

8
Vorbereitung Buchhandel
1621
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XI. JAHRGANG 1934

4.

HEFT / APRIL

GEOPOLITISCHE ZÜGE DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNG

Karl Haushofer: Geopolitik im Reichs-Erbhofgesetz

Schmid: Zur Geopolitik des Arbeitsdienstes

Heinz K. Haushofer: Der europäische Kulturboden

Schumacher: Wie sieht Mitteleuropa den Südosten? II

Colin Ross: Eroberung der Arktis?

Warneck: Die Staatsgrenzen von Manchoukuo

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 9, Schmargendorf 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

X I. J A H R G A N G / H E F T 4 / A P R I L 1 9 3 4

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Karl Haushofer: Geopolitische Anmerkungen zum Reichserbhofgesetz	211
Albert Schmid: Zur Geopolitik des Arbeitsdienstes	214
Heinz Konrad Haushofer: Der europäische Kulturboden	217
Rupert von Schumacher: Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas II.	222
Colin Ross: Eroberung der Arktis?	240
Siegfried Warneck: Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo	244

BERICHTE

Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt	250
Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum	255
Karl Haushofer: Einem verstummten Fern-Ost-Forscher zum Gedächtnis! Oskar Nachod†	261

GRUNDFRAGEN

Erich Maschke: Preußen und die polnischen Mutterländer	262
--	-----

LITERATURBERICHTE

Oskar von Niedermayer: Rudolf zu der Luth, Wehrwissenschaftlicher Atlas	269
Klaus Mehnert: Eine Sowjet-Geopolitik	269
Hans Hummel: Büchertafel	270

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzel M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Heinz Konrad Haushofer, München O 27, Mauerkircher Str. 73 I — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 38 — Dr. Erich Maschke, Königsberg/Pr., Schrötterstr. 82 — Dr. Klaus Mehnert, Berlin W 35, Am Karlsbad 29 — Dr. Oskar von Niedermayer, Berlin-Grünwald, Friedrichsruher Str. 31 — Dr. Colin Ross, z. Z. in USA, Anschrift durch Verlag — Arbeitsführer Albert Schmid, Marburg/Lahn, Barfußertor 1 — Rupert Schumacher, Ritter von Tännengau, Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8 — Siegfried Warneck, Harbin, Anschrift durch Verlag.

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

KARL HAUSHOFER:**Geopolitische Anmerkungen zum Reichserbhofgesetz**

Die Neuordnung des Verhältnisses eines Volkes zu seinem Boden gehört zu den größten Aufgaben, die dem Staatsmann gestellt sind. Die Mittel zur Lösung dieser Aufgabe können zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Räumen verschieden sein. Die Extreme sind: Auf der einen Seite Auflockerung dieses Verhältnisses bei starken Bevölkerungsüberschüssen und frei verfügbarem Raum, wie es zwischen 1919 und 1930 die Sowjets versuchten; auf der anderen Seite Verfestigung des Verhältnisses bei beschränktem Raum und bei gefährdeter Bevölkerungsentwicklung (Deutschland, Italien, Japan).

Infolgedessen ist es notwendig, das deutsche Reichserbhofgesetz nicht nur vom Standpunkt der Agrarpolitik aus betrachten zu lassen, sondern auch von dem weiteren der Geopolitik. Hieraus leitet sich auch die Berechtigung für den Nicht-agrarpolitiker ab, Anmerkungen zum Reichserbhofgesetz zu machen. Es ist kein Zufall, daß Geopolitik und Agrarpolitik in wörtlicher Übersetzung gleiches — wenn auch in verschiedener Weite der Auffassung — bedeuten. Die Verteidigung des Kulturbodens eines Volkes im Frieden geschieht ja auch ausschließlich durch den Bauern, und Pflugfurche und Weidezaun sind die endgültig entscheidenden Volksgrenzen! Trotzdem brauchen alle Reagrarisierungsbestrebungen, im Gegensatz zur primären Siedlungsausdehnung eines jungen Bauernvolkes, zuerst eine geistige Vorarbeit, die erst die seelische Voraussetzung in den Völkern schafft. (Deutschland, Japan, Franken-Reich, Zweites und Drittes Italien.) Das stärkste Beispiel für unsere Tage ist die Verlegung des Sitzes des Reichsnährstandes von Berlin nach Goslar! Bei der Wahl dieses neuen Schwerpunktes haben Agrargeschichte und Agrargeographie als Haupt-Teilwissenschaften der Landwirtschaftswissenschaft zusammengewirkt.

Vom Standpunkt wissenschaftlicher Arbeit in Deutschland aus können wir feststellen, daß die einheitliche Linie geistiger Vorarbeit für kommende agrarpolitische Möglichkeiten immer fortgeführt wurde, auch wenn sich die Durchsetzung ihrer Erkenntnisse gegen die Übermacht anderer wissenschaftlicher Zeitströmungen nicht immer ermöglichen ließ. (Bestes Beispiel: Fraas-Liebig! Streit in Bayern.) Für die Haltung der Zeitschrift für Geopolitik können wir auf deren agrarpolitische Aufsätze, besonders auf den im Aprilheft 1933 enthaltenen: „Das Agrarrecht als Mittel des sozialen Umbaues“ verweisen. Die Mittel zur Schaffung und Erhaltung eines arbeitsfähigen Agrarwesens („Wesen“ dabei im Sinne der modernen Biologie verstanden) mußten zu verschiedenen Zeiten verschieden sein. Der Zwang zur Reichsgründung nach dem Abschluß der Völkerwanderung erforderte in vielen Teilen des Reichsgebiets eine ausgesprochene, teilweise gewaltsame Verfestigung des Verhältnisses Volk zu Boden, wie es dann im Lebens- und Ordens-

system erstarrte, das wieder in der großartigen Organisation der Rodungs- und Siedlungsbewegung seinen Berechtigungsnachweis erbrachte. Im Gegensatz dazu erzwang die sprunghafte und auf allen Lebensgebieten revolutionär wirkende Bevölkerungsvermehrung vom Ende des 18. und während des 19. Jahrhundert eine Lockerung dieses Verhältnisses, unter deren negativen Auswirkungen wir heute leiden.

Es handelt sich also für die Geopolitik nicht darum, das Reichserbhofgesetz als ein Zurückgreifen auf frühere geschichtliche Organisationsformen zu erklären. Man würde seiner ungeheuren Bedeutung als einer heutigen und in die Zukunft weisenden Lösung der großen staatsmännischen Aufgabe damit nicht gerecht werden; genau sowenig, wie man der Agrarpolitik vergangener Jahrhunderte dadurch gerecht würde, daß man sie von den heutigen und nicht von den damaligen Voraussetzungen aus beurteilen wollte. Das sogenannte „bürgerliche“ Zeitalter in Deutschland hat in Stil und Stimmung während seiner kurzen Blütezeit auf die deutsche Renaissance zurückgegriffen; die Romantik auf das Hochmittelalter usw.; China auf seine Klassiker; Japan nicht weniger als dreimal auf seine nationale Shinto-Erneuerung. Alle diese Rückgriffe haben zwar an sich einen nicht zu unterschätzenden suggestiven Wert, sie werden aber regelmäßig schon von der zweiten oder dritten nachfolgenden Generation nicht mehr voll verstanden. Große Reformen können sich infolgedessen nicht auf den geschichtlichen Rückgriff stützen. Sie dürfen zwar das Heute in Rechnung setzen, müssen aber doch schließlich auf dem Morgen beruhen. Wir würdigen also das Reichserbhofgesetz als das, was heute aus einer höheren und langwirkenden Notwendigkeit heraus für die deutsche Zukunft zu geschehen hatte. Ihre Verfasser hatten seinerzeit die Weimarer Verfassung als die „modernste“ Verfassung der Welt bezeichnet; demgegenüber ist die neue deutsche Agrarverfassung nichts anderes als eine Fortbildung der ältesten, bewährtesten und „ewigen“ Agrarverfassung.

Es ist wichtig zu wissen, daß das Reichserbhofrecht in einem sehr weitgehenden Maß wissenschaftlich unterbaut worden ist und auf einzelnen Gebieten noch unterbaut werden kann. Es spricht für das Gesetz, daß sein Schöpfer Darré auf ein einheitliches agrarpolitisches Gedankengebäude verweisen kann, das zum erstenmal nach einigen Jahrzehnten der Auseinanderentwicklung die Wirtschaftslehre des Landbaues und das agrarpolitische Verhalten des Staates zu einer Einheit zusammengebaut hat. Damit ist eine Reihe von Zwiespältigkeiten aus der Politik verschwunden, die als „Antinomien der deutschen Agrarpolitik“ jahrelang unüberwindlich schienen. Es wird die Aufgabe der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Reichsbauernführers sein, aus dem Gedankengebäude der deutschen Agrarpolitik ein geschlossenes Lehrgebäude zu machen, das auch über die heutigen

Reichsgrenzen hinaus wirken kann. Wir konnten aus dem Bauerntumswerk Darrés den Abschnitt über das europäische Waldbauerntum auf Grund der genauen Kenntnis der Lebensbedingungen eines eigenen oberbayerischen Bauernhofs nachprüfen und fanden eine biologisch einwandfreie und im Geist der Landschaft vollkommene Darstellung dieses landwirtschaftlichen Lebenskreises.

Die Geopolitik hat jede drohende Verengung des deutschen politischen Horizontes bekämpft und infolgedessen auch mit guten Gründen und im Bewußtsein ihrer deutschen Verantwortung die ängstliche Vermeidung des Wortes „europäisch“. Sie begrüßt darum, daß die junge Schule deutscher Agrarpolitiker sich den Blick über die Reichsgrenzen neu erobert hat. Es ist schon mehrere Jahre her, daß ein us-amerikanischer Agrarpolitiker nach einer Studienreise durch Europa „the green rising“ (d. h. die Bauernerhebung) auch für die Teile Europas vorhersagte, die noch nicht von den Nachkriegsagrarreformen ergriffen waren. Es gibt in der Darréschen Agrarpolitik wahrscheinlich viel mehr Fäden der Verständigung unter den europäischen Bauernschaften im Dienst der Selbsterhaltung des alten Erdteils, als in der alten. Der besondere Anteil der Neuordnung der Handelspolitik an dieser Verständigung ist nicht zu unterschätzen; die klare ständische Steuerung der innerdeutschen Marktpolitik ermöglicht einen klaren Überblick über den Einfuhrbedarf; der Handelsvertragspartner erkennt von vornherein einen von Prestige- und anderen Gründen freien, sachlichen Rahmen möglicher Einfuhrkontingente.

Die größte Verheißung für die Arbeitsfähigkeit der neuen Agrarpolitik ist die Einheitlichkeit, mit der sich der neue politische Stil gerade in ihr durchgesetzt hat. So betrachtet ist es auch kein Zufall, daß die Landwirtschaft sich als erste ihren Stand schaffen konnte. Mit dem Reichserbhofgesetz muß infolgedessen das Reichsnährstandsgesetz als zwar dem Inhalt nach getrennt, geistig aber zusammengehörend und von gleicher Zukunftsbedeutung genannt werden. Die auf Grund des Reichsnährstandsgesetzes begonnene Marktregelung ist eine der größten sozialrechtlichen Aufgaben, welche die Organe der Bauernschaften in engste Zusammenarbeit mit dem Leben des Gesamtvolks, also auch der Verkehrs- und Industriezentren bringt. Die dadurch geschaffene Gewährleistung, daß diese Fühlung nicht verlorengehen kann, ist neben der Existenzsicherung für die Landwirtschaft selbst, die erstwichtigste Nebenwirkung! Denn sosehr das Reichserbhofgesetz eine Sonderstellung für den Bauernstand bedeutet, sosehr bleibt er auf dem Absatzweg mit den nichtlandwirtschaftlichen Volksteilen verbunden.

Man hat dieses Sonderrecht des Bauern aus prinzipiellen Gründen abzulehnen versucht. Sobald man aber die Geschichte unter dem Gesichtspunkt des „Staates als Organismus“ überblickt, findet man mehr derartige Sonderrechte. So wurde z. B. das deutsche Städtewesen zu jener Zeit, als der große Organismus dieses Glied besonders auszubilden begann, unter dem Sonderrecht „Stadtluft macht

frei“ begründet. Ein geheimnisvoller Instinkt des Lebens in gesunden Völkern (Staats-„Wesen“) schafft die Stimmung für Sonderrechte für bedrohte oder besonders lebenswichtige aufzubauende Glieder oder für eine Beschneidung zu üppiger. Es gibt zahllose geschichtliche Beispiele für die zeitweise Förderung von Krieger- und Priesterkasten, von Städteverbänden und Bauernschaften, und meist ebenso viele für den Wiederabbau. Aufgabe der wissenschaftlichen Politik, in genauerem Begriff Aufgabe der auf sie gebauten nicht lehrbaren Staatskunst ist es, aus diesen Wandlungen heraus eine Form zu finden, die dann durch die Zustimmung der Geführten sich als die gültige erweist. So können wir das Reichserbhofgesetz als eine direkte Lebensäußerung und Bestätigung des Lebenswillens des deutschen Volkes werten, und als eine der stärksten und am besten begründeten.

Damit ist es zugleich ein untrennbarer Eckstein zu einem — deutscher volkspolitischer Wesensart gemäßen — Lehrbau der Geopolitik.

ALBERT SCHMID:

Zur Geopolitik des Arbeitsdienstes

Unser Führer Adolf Hitler hat bei seiner Reichskanzler-Antrittsrede ausdrücklich erklärt, daß der Arbeitsdienst eine Säule in seiner zukünftigen Politik sein werde. Was ist nun dieser Arbeitsdienst, was bezweckt er und in welcher Beziehung steht er zur Geopolitik?

Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Reichsarbeitsführer Hierl, gibt auf die erste und zweite Frage eine kurze und klare Antwort, wenn er sagt:

„Der Arbeitsdienst ist Dienst am deutschen Volke, nicht nur, indem er den deutschen Boden bearbeitet, damit zwei Halme sprießen, wo vorher nur einer wuchs, sondern vor allem dadurch, daß er auch die jungen deutschen Menschen bearbeitet, so daß auch dieser lebendige Acker doppelt reiche Frucht trägt für unser Volk. Auf dieses hohe volkserzieherische Ziel muß das ganze Leben im Arbeitsdienst gerichtet sein.“

Und weiter sagt der Inspekteur der Führerschulen, Will Decker:

„Der Arbeitsdienst ist in umfassendem Maße die Erziehungsschule der deutschen Jugend, in der Arbeiter-, Bürger- und Prinzensöhne, in der alle jungen Menschen unter dem deutschen Schicksal ihre Hände ineinanderlegen, um für die Zukunft unseres Volkes die Werte zu schaffen, die wir brauchen. Und wenn wir den Arbeitsdienst als die große Erziehungsschule des deutschen Volkes ansehen, und wenn wir in ihm dann auch ein Instrument sehen, die deutsche Volkswirtschaft wieder gesund machen zu helfen, weil wir neue Heimat gewinnen, neues Bauerntum schaffen und allen Deutschen eigenes Brot geben, dann ersteht vor uns das einmalige Neue des deutschen Arbeitsdienstes, des großen Ausdruckes unserer Zeit.“

Wir Führer des Arbeitsdienstes erstreben daher bewußt die enge und tiefe Verbundenheit mit Volk und Raum an. Wir wissen genau aus unserer 2000jährigen Geschichte, daß es nur ein Unglück war, wenn wir in die Ferne zogen. Arm und geschlagen mußten wir immer wieder zu unserer Heimat und zu unserem Volke, unserer Rasse zurück, zu den Wurzeln unserer Kraft. Unsere Zukunft ist

Deutschland und das deutsche Volk, nicht ein Deutsches Reich, nicht Länder und nicht Stämme.

*

Der einzelne Volksgenosse kannte bisher sein Volk und sein Land viel zuwenig. Mancher lebte in guten Verhältnissen in einer Großstadt, gedankenlos sah er auf dem Markt oder in den Geschäften die Erzeugnisse seiner Heimaterde und die der fremden Länder. Er kaufte Auslandswaren, ohne zu überlegen, daß er damit sein eigenes Volk, den Bauer, den Fabrikarbeiter usw. schädigte. Er kannte nicht die Not des Landes oder des arbeitslosen Volksgenossen in den dunklen Löchern der Hinterhäuser und Mietskasernen, er wollte sie vielleicht nicht kennen. Ein anderer, seit Jahren arbeitslos, lebte mit seiner abgehärmten Frau und seinen kranken Kindern verbittert und verzweifelt und war gegen alles apathisch geworden. Menschen in besseren Verhältnissen waren grundsätzlich seine Feinde.

Hier nun beginnt die erste Aufgabe des Arbeitsdienstes. Es genügt nicht, den Wohlhabenden über sein Verhalten aufzuklären, den Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Die Kluft würde bestehen bleiben. Wenn man aber die reifere Jugend aus diesen Familien herauszieht und sie für einige Zeit unter gleichen Bedingungen zusammen leben läßt, dann beginnt das gegenseitige Verstehen und Achten, die gegenseitige Erziehung, da entsteht wieder die Frontkameradschaft. Einer sieht im anderen den Volks- und Schicksalsgenossen; mit der gleichen Liebe zu seiner Heimat, seinen Eltern und Geschwistern; mit demselben Streben nach Höherem; aber auch mit gleichen oder ähnlichen kleinen täglichen Sorgen; mit den gleichen menschlichen Schwächen und Fehlern.

Durch eine etwa einjährige systematische Schulung des Körpers: Gymnastik, Sport und Spiel, durch einen systematischen staatspolitischen Unterricht, ferner durch die Gewöhnung an eine geregelte tägliche Arbeit, entsteht der zukünftige deutsche Mensch. Hierbei lernt der Junge, — und das ist eine Erziehungsmaßnahme mit starker geopolitischer Dauerwirkung, — die verschiedenen Gegenden seiner deutschen Heimat kennen und schätzen. Durch seine Hände Arbeit rodet und hackt und schaufelt er an seinem Heimatboden und erringt damit die Brotfreiheit seines Volkes. Man muß unsere Jungens gesehen haben, wie sie mit entblößtem Oberkörper, in Schweiß gebadet, aber dabei lustig scherzend und singend, schaffen; man muß in die klaren und freudigen Augen geblickt haben, welche noch vor kurzem trübe und stumpf waren; dann wird man verstehen lernen, daß wir auf dem richtigen Wege sind: Es entsteht ein völlig neues Verhältnis zum Boden, ein neues Verhältnis zum Leben überhaupt. Das bedeutet eine soziale Auslese unter neuen und fruchtbaren Gesichtspunkten. Wer den Arbeitsdienst erlebt hat, besitzt eine unmittelbare Verbundenheit zum Boden und eine wesentlich engere Beziehung zum Mitmenschen überhaupt, als sie bisher in der städtischen Erziehung denkbar war. Arbeitsdienst: das ist Überwindung der Verstädterung.

*

Der Arbeitsdienst muß aber noch aus einem anderen Gesichtswinkel betrachtet werden: dem Ziel der Brotfreiheit. Es bedarf dies kaum einer Erklärung, denn heute noch steht fest, daß unser Volk in Zeiten einer Krise, wo es von der Einfuhr abgeschnitten wird, verhungern würde. Unser derzeitiger Raum ist zu klein, um uns zu ernähren. Die früheren Feinde haben uns im Versailler Vertrag absichtlich wertvolle Gebiete unseres schon damals zu engen Raumes genommen und unseren schwachen Volkskörper weiter verstümmelt. Betrachten wir einige nüchterne Zahlen:

Bekanntlich leben im Deutschen Reich 140 Menschen auf 1 qkm (in Frankreich 75; in Polen 8,2; im europäischen Rußland 19; in der Tschecho-Slovakei 104). — Allein die Lebensmitteleinfuhr beträgt immer noch etwa 2 Milliarden jährlich, nachdem sie durch unsere Verarmung und durch entsprechende Aufklärung von etwa 3,5 auf 2 Milliarden gesenkt wurde.

Wie können wir nun die letzten 2 Milliarden wegbringen? Nur durch intensivere Ausnutzung des an und für sich zu engen Raumes: durch Bodenverbesserung also und durch Neulandgewinnung. Im innerdeutschen Raum sehen wir noch manche Möglichkeiten einer landwirtschaftlichen Besserung. So haben wir rund 8,5 Mill. ha entwässerungsbedürftiges Kulturland, ferner noch rund 2,5 Mill. ha kulturfähiges Moorgelände und Ödland. An Umlegungen (Flurbereinigungen) sind noch etwa 4 Mill. ha durchzuführen, Hochwasserschutz muß auf etwa 1 Mill. ha gemacht werden. Ferner Großlandgewinnung an der Nord- und Ostsee durch Deichbauten, Trockenlegung des Frischen Haffes usw. Dazu kommt noch vieles andere, wie z. B. Siedlungen, Forstwirtschaft, Wegebauten usw.

Bedenkt man, daß alle vorgenannten Arbeiten volkswirtschaftlich wertvoll sind, so ist nicht nur eine langfristige Bereicherung der Volkswirtschaft vom Arbeitsdienst zu erwarten, — es ergibt sich auch ein schnell wirkender Beitrag zur Wirtschaftsbelebung. Denn auf dem neugewonnenen Raum entstehen neue Dörfer, neue Straßen und Eisenbahnen. Das wirkt belebend auf Industrie und Handel. In den neuen Siedlungen kann der noch zu erwartende Bevölkerungsüberschuß des nächsten Jahrzehnts und der Teil unseres Volkes untergebracht werden, der der mordenden Stadt entflieht. Umgekehrt sollen aber auch beträchtliche Stücke ungeeignetes Kulturland in Naturland zurückverwandelt werden. Manch ein in unverständiger Weise abgeholzter Hang ist wieder aufzuforsten, weil er sich zur Forstwirtschaft besser eignet als für landwirtschaftliche Zwecke.

Mit der Zeit entsteht so ein neues Bild unseres Raumes, ein Bild allerdings, sehr zweckmäßig und bis ins einzelne durchdacht und gewollt. Ein Bild aber auch in strenger Anlehnung an die Tradition der Verbundenheit von Blut und Boden.

Der Arbeitsdienst ist somit der erste Diener am Volke und seinem Boden; jedes einzelne Mitglied des Arbeitsdienstes muß den tiefen Sinn seiner Arbeit fühlen, mancher wird dabei Freude und Liebe zur körperlichen oder handwerklichen Arbeit bekommen. Er möchte bei dieser Arbeit bleiben, er

möchte auf der Scholle sesshaft werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unsere Erwartung, der Arbeitsdienst führe zur Wiederverwurzelung, richtig ist. Selbstverständlich müssen wir darauf achten, daß die Verpflanzung nicht in Räume erfolgt, die allzu wesensverschieden vom geographischen oder geistigen Heimatsraum sind, weil sonst die Lebensbedingungen doch zu fremd sind.

Bei der Verpflanzung der jungen Freiwilligen von ihrer Heimat nach ihrer neuen Wirkungsstätte darf auch ein weiteres Moment nicht übersehen werden: das rassische. Es ist selbstverständlich, daß viele der jungen Menschen in ihren neuen Standorten Beziehungen mit dem anderen Geschlecht anknüpfen, teils dort einheiraten oder von dort sich ihre Frau holen. Im Interesse des Volksganzen ist dies zu begrüßen, handelt es sich doch bei diesem Blutaustausch von sonst abgeschlossenen Gebieten in der letzten Auswirkung um eine Blutauffrischung mit körperlich und moralisch gesunder und kräftiger Jugend. Beim Einsatz des Arbeitsdienstes sind diese Gesichtspunkte unter Wertung der voraussichtlichen Blutmischung vorzubedenken.

Das Erleben des deutschen Arbeitsdienstes hat noch weitere Auswirkungen, die wir ebenfalls begrüßen: die Freiwilligen tragen es heim in ihre Familie und hinaus in die Welt. Dadurch nehmen auch Angehörige und Freunde mittelbar teil an der neuen Volksgemeinschaft, an der Zurückstellung des eigenen Ich, an einem Dienen am Ganzen.

*

Auch aus dieser geopolitischen Aufgabenstellung des Arbeitsdienstes ergeben sich die Forderungen: Jahr für Jahr muß eine halbe bis eine Million junger Volksgenossen geschult werden, die große Idee und die Segnungen der bluts- und schicksalsverbundenen Einigkeit des deutschen Volkes erleben. — Leider sind wir aber noch nicht so weit, da wir zur Zeit erst einen freiwilligen Arbeitsdienst haben und nicht die gesamte Jugend erfassen können. Obwohl die Arbeitsdienstpflicht aus allen Kreisen des Volkes immer dringender gefordert wird und von uns sehr begrüßt würde, mußte doch damit noch gewartet werden, da erst ein geeignetes Führerkörps und brauchbare Unterkünfte zu schaffen sind.

HEINZ KONRAD HAUSHOFER:

Der europäische Kulturboden

Es ist auffallend, eine wie große Rolle der Hirsebrei im deutschen Märchen spielt, trotzdem sein Genuß fast vollständig, der Anbau der Hirse mit wenigen Ausnahmen aufgehört hat, während er noch im Anfang des vorigen Jahrhunderts allgemein bekannt war. Das „Vorkommen im Märchen“ aber ist ein völkerkundlich ungemein wichtiges Kennzeichen für Alter und Bedeutung¹⁾. Aus dem

1) So erschloß z. B. Darré die Bedeutung des Königsmantels aus der Rolle, die das

Schicksal dieser einen Frucht — wie überhaupt aus den Wanderungen und Wandlungen der Haustier- und Kulturpflanzenrassen — ergeben sich Streiflichter auf die Gesamtgeschichte des Kulturbodens.

Die Hirse ist eine in Deutschland fast untergegangene Frucht; ihr Untergang ist das Anzeichen einer der ungeheuersten Wandlungen, die jemals auf diesem Kulturboden vorgegangen ist: denn sie war die wichtigste Frucht des europäischen, viehzüchtenden Waldbauern vor der allgemeinen Ausbreitung des Pflugbaues! Wir sind zu sehr an die allgemeine, schon in der Schule gelernte Formel für den Aufstieg des menschlichen Landbaues gewöhnt, diese drei Stufen: Jäger (und Fischer), Hirten und Ackerbauer. Auch sind wir zu sehr gewohnt, eine bestimmte Form des Ackerbaues, d. h. jene eigentümliche Bestellung mit Pflug und Viehvorspann, als die Spitze der möglichen Entwicklung der Bodenkultur zu betrachten. Zweifellos ist aber der Gartenbau, d. h. der vervollkommnete Hackbau, diese Spitze, soweit wir das an den jetzt vorhandenen Formen der Bodenkultur beurteilen können. Der Pflugbau hat den Anbau der Hirse in Deutschland zum Verschwinden gebracht; nur unter extensiven Verhältnissen, wie im Bayerischen Wald, konnte sie sich noch längere Zeit in kleinem Umfang halten. Weiterhin wurde schon vor Generationen eine Krise des Pflugbaues als Kulturform vorhergesagt und tatsächlich gehört heute das Getreide im europäisch-nordamerikanischen Kulturkreis zu den Kulturpflanzen, die nach einer zu großen Anbauflächenausdehnung in Rückzugskämpfen begriffen sind, die freilich nur eine kurze Phase in größeren Entwicklungen darstellen.

Das bedeutet, daß mit den Völkern auch die Rassen der Kulturpflanzen ebenso wie der Haustiere und ebenso die Formen der Bodenkultur in langwelligen Kämpfen auf- und abgehen, herausgezüchtet werden und wieder in den Wildzustand oder in das Märchen heruntersinken.

Das, was wir im siedlungsgeographischen, biologischen und wirtschaftlichen Sinn als „Kulturboden“ bezeichnen, ist damit auch keine einmal gegebene Größe, sondern ein Ergebnis dieses Kampfes. Der Kulturboden, zunächst rein physikalisch genommen, hat nur in der Kulturform des Ackerbaues überhaupt katastralisch festlegbare Grenzen. In der Wiesen-, Weide- und in der Waldwirtschaft geht er — und eben das ist eine gewisse Gefährlichkeit in der Beurteilung! — ohne Grenze in die Wildlandschaft über. Das wesentliche Kennzeichen, ob irgendein Teil des Besitztums der europäischen Völker als Kulturboden anzusprechen ist, ist einzig und allein die daran geleistete menschliche Arbeit. Die Eignung zum Kulturboden ist natürlich verschieden: Grenzfälle sind einerseits das an

Hermelin (oder große Wiesel) noch vor Einführung der Hauskatze gespielt hatte. Wer erinnert sich bei der Märchenerscheinung des gekrönten Schlangenkönigs an die Rolle der früheren Hausotter; oder daran, daß die Hausunke oder -kröte ihren bestimmten Platz in ungepflasterten Kellern hatte, so daß man dem Kind durch ein Märchen verbieten mußte, nach ihr zu schlagen!

den Küsten eingedeichte Land, kultivierte Moore, ebenso die Bergäcker, auf welche die Erde mit Maultieren oder durch menschliche Kraft hinaufgebracht werden muß („sekundäre Kulturböden“); andererseits Böden wie der „Goldenen Aue“ und ähnliche, aus denen auch nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der Pflug wieder leidliche Ernten hervorrufen kann. Der Anteil der primären Kulturböden, d. h. derjenigen, die es auch ohne ständigen Aufwand an menschlicher Erhaltungsarbeit sind, ist in Europa relativ gering, und sinkt in einzelnen, besonders gebirgigen Ländern auf wenige Prozente¹⁾.

Das bedeutet für den Menschen: Solange in Europa (und überhaupt auf der Welt) Landbau getrieben wird, ist auf dem einen Boden und unter dem einen Klima mehr Arbeit nötig, um das Leben zu erhalten, als auf dem andern. Die Wirtschaftlichkeit der aufgewendeten Arbeit ist auf einer Hochalm eine andere als in der lombardischen Ebene, und in Holstein eine andere als in den Pyrenäen. Man könnte daraus viel Theoretisches über die notwendige Ungleichheit in der wirtschaftlichen und damit kulturellen Lage der Menschen ableiten, eine Erkenntnis, die ohnehin vom Boden her verständlicher ist als von der Stadt. Jeder Bauer, der auf einer windumfegten Höhe hoch über der geschützten Flur des Dorfes wohnt, weiß, daß er anders und mehr zu arbeiten, und weniger an Ertrag zu erwarten hat, als die unter ihm, und daß ihm auch in der sekundären Neuschaffung von Kulturboden Grenzen gesetzt sind, welche die andern nicht kennen²⁾. Trotzdem kann er wenig Unzufriedenheit haben, denn er sieht es ja täglich vor seinen Augen: Daß nicht alle im Tal Landbau treiben können und daß — ganz primitiv gesprochen — „irgend jemand eben einfach auf dem Berg wohnen muß“³⁾. Oder übertragen: daß irgend jemand in Neuseeland und der andere im Frankenwald siedelt. Jedem Bauern ist diese Beantwortung der Frage selbstverständlich. Aber es konnte tatsächlich die Gegenfrage aufgestellt werden: Ist es wirklich unumgänglich nötig, daß der eine die „Goldene Aue“ bebaut, während der andere in der Eifel oder im Frankenwald die Steine aus dem Acker gräbt?

Diese Gegenfrage ist bereits in anderm als im bäuerlichen Sinn beantwortet worden und man hat die Antwort schon durch großzügige, planmäßige Umsiedelung in die Tat umzusetzen versucht, wie in Rußland. Das geht ohne weiteres da, wo noch genügend primäre Kulturböden zur Verfügung stehen oder wo zur Neuindustrialisierung Arbeiter nötig sind, oder wo die Meliorationen, d. h. die bereits im Kulturboden versenkte Arbeit und die Gebäude keinen zu großen Wert

1) Eine der wenigen Möglichkeiten, in Deutschland einen wirklichen Nachweis über die Eigenschaft eines Bodens als primärer oder sekundärer Kulturboden zu führen, ist die Art der Wiederaufnahme des Landbaues nach der Verödung des Dreißigjährigen Krieges!

2) Z. B.: 100 m Höhenunterschied im Voralpenland bedingen eine Verschiebung des Beginns der Vegetation im Frühjahr um etwa acht Tage. 3) Außerdem wurde der wirtschaftliche Ausgleich bis zum Beginn einer geregelten Forstwirtschaft durch die Möglichkeit freier Rodung, nach deren Aufhören durch die Abstufungen des Bodenpreises geschaffen!

bedeuten. Aber im „alten Europa“? Darum gibt es in alten Kulturländern grundsätzlich keine andere Lösung des Zwiespalts zwischen „primären“ und „sekundären“ Kulturböden, keine andere Dauerlösung des Problems dieser bodenbedingten Ungleichheit und Gliederung als die bäuerlichen Besitzes und bäuerlicher Siedlung.

Es kann als eine, dem Verfasser als Landwirt verzeihliche Einseitigkeit empfunden werden, daß der Begriff „Kulturboden“ bisher ausschließlich im biologischen und wirtschaftlichen Sinn des Landbaues aufgefaßt wurde. Schon der Umstand stimmt nachdenklich, daß der Begriff „Kulturboden“ auch in der wissenschaftlichen Sprache zwei Bedeutungen hat, daß er sowohl die Grundlage der „Landeskultur“ im landwirtschaftlichen Sinn, als auch dessen, was der Städter als „Kultur“ bezeichnet, in sich begreift. Tatsächlich haben sich die beiden Bedeutungen des Begriffs bis noch vor einigen Jahrzehnten vollkommen gedeckt. Seit dem Aufblühen des Überseehandels und der Industrie haben sie sich auseinander entwickelt. Trotzdem decken sie sich auch heute noch so weit, daß die eine Seite ohne die andere auf die Dauer unmöglich ist. Eine Bestätigung dafür ist, daß Spitzen des Landbaues außerhalb des kulturellen Volksbodens nicht dauernd bestehen können: der baltische Großgrundbesitz. Andererseits ist die Abstraktion eines reinen Industriestaates ohne eine das Land erfüllende und bearbeitende Bevölkerung kaum durchzudenken, geschweige denn durchzuführen. Das Aufgeben des Kulturbodens bedeutet deswegen überall da, wo sich eine starke äußere (künstlerische oder Bau-) Kultur entwickelt hat, auch das Aufgeben dieser Kultur, d. h. die Selbstaufgabe als Individualität, sei es des Volkes, des Stammes, der Familie oder des Einzelindividuums.

Wir haben damit um das Zentrum „Hirsebrei“ einen großen Kreis beschrieben, dessen einzelne Sektoren von vielen Wissenschaften gebildet werden: Ethnographie und Archäologie, Geographie, Geschichte, Biologie, und der deswegen so außerordentlich schwer vom Einzelnen zu durchdringen ist. Wer erfaßt heute das alles: zugleich das geheime Leben im garen Ackerboden, der elastisch unter dem Fuß lebt wie ein gesäuerter Brotteig; zugleich die Grundsätze, nach denen ein Einödbauer als Folge wirtschaftlicher und anderer unwägbarer Gründe den Standort seines Hofes gewählt hat; zugleich die rassischen und religiösen Antriebe, die in der Erhaltung von Bauernschaften mitgewirkt haben und die Gesetze, nach denen die Bauernfamilien ihre besten Blutlinien zu Höchstleistungen geistiger und künstlerischer Kultur entsandt haben. Das alles und noch sehr viel mehr ist im europäischen Begriff des „Kulturbodens“ eingewebt, ein feines Netz uraltester und neuester Beziehungen, das sich der rohen Gestaltung der Landschaft angepaßt hat wie ein edles Kleid. Es muß betont werden: Es ist für keinen einigermmaßen mit Vollmachten ausgestatteten Agrartechniker eine Kunst, dieses

Netz der Beziehungen zwischen Mensch und Landschaft auch auf dem europäischen Kulturboden zu zerreißen. Solches Können hat sich leicht in volkswirtschaftlichen Seminaren gelernt. Es ist auch für keinen europäisch geschulten Agrartechniker eine Kunst, auf Grund solcher Vollmachten mit den Hilfsmitteln moderner Technik auf unbeschränkten Flächen Getreidebau zu treiben. Wohl aber ist es eine Kunst — im wahren Sinne des Worts, nicht nur eine Wissenschaft — auf allseits begrenzten Böden eine möglichst große Zahl von Menschen bei wirtschaftlich und seelisch möglichst glücklichen Lebensbedingungen zu erhalten. So wurde von je das Ziel jedes europäischen Agrarwesens definiert.

Die große Frage, deren Beantwortung die Zukunft des europäischen Kulturbodens bestimmen wird, ist nun diese: Wieweit ist es Europa gelungen, durch eine auf Grund dieser Definition bestimmte Besiedlung und Bebauung seiner Böden dieses Ziel zu erreichen? Wieweit beruht der Landbau Europas im Strukturgleichgewicht? Die Antwort wurde von allen denen, welche die Entwicklung in irgendeiner Richtung mit ihren Gedanken oder Händen fördern, verschieden gegeben. Jedenfalls kann aber gesagt werden, daß die — für die bäuerlichen Gebiete Deutschlands überwundene — Krise unseres Kulturbodens nicht entstanden ist durch die konsequente Durchführung der Grundgedanken dieses europäischen Agrarwesens, sondern durch deren Verlassen.

Damit ist die Frage: Was ist eigentlich der europäische Kulturboden? nahe an die Antwort herangerückt. Sie lautet: Der Kulturboden ist, und zwar in den beiden Sinndeutungen, die er zuläßt: landbaulich und „kulturell“, ohne den Geist der ihn erschafft und hält, nicht dauernd existent. Er wächst mit der Idee der Selbstverantwortlichkeit des Kulturträgers und verfällt mit ihr; und am schnellsten da, wo für rational eingerichtete kollektive Landbau-Unternehmungen die Voraussetzungen fehlen, sei es in der Qualität des Bodens oder Klimas, oder in der hindernden Kleingliederung der Landschaft.

Welches ist dieser Geist? Er ist der gleiche, der unserer Landschaft jenen Kranz unvergleichlicher kleiner und großer Kultstätten gegeben hat, von den grasüberwachsenen Kriegergräbern der Hallstadtzeit über Melk und Ottobeuren bis zum kleinsten alpenländischen Feldkreuz. Er ist der gleiche, der aus kleinen Feldblumen und Steinpflanzen in langer Arbeit die lodernde Pracht unserer Gärten gezüchtet hat. Er ist der gleiche, der aus einer Reihe mythischer Begriffe heraus den Pflugbau erfand. Es ist der gleiche, der unserer Hirse den Platz einer lieben und kindlichen Erinnerung im Märchen gegeben hat... vom Hirsebrei!

RUPERT VON SCHUMACHER:

Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas II

Die Voraussetzungen im deutschen Raum

Die Erkenntnis eines einheitlichen Raumes vom Bodensee bis zur persischen Grenze, die ihre unmittelbare Grundlage im Balkanpakt, sowie in den Verflechtungen der Bündnisse, Interessengruppen und Raumbildungen des letzten Jahres gefunden hat, fordert gebieterisch auch von der deutschen Einstellung zum Südosten eine großräumige Schau: ja, sie muß über die Konzeption der anderen Mächte hinausgehen. Eine großräumige Schau ist aber das Ergebnis großräumlichen Denkens. Wo Teilinteressen das politische Handeln bestimmen, vermag man vielleicht großräumliche Vorgänge objektiv zu registrieren, ihre Auswertung wird, aber an der Untauglichkeit der kleinräumlich geschulten Hand scheitern. Für die europäischen Großmächte, die über die Grenzen des Kontinents hinausgreifen, ist diese Einheit zwischen großräumlicher Basis und Sichtweite gegeben; ihre Konzeption des Südosten konnte nicht unter binnenpolitischen Hemmungen leiden. Anders ist die Grundlage der deutschen Geschichte. Man müßte über die Chronik der Beziehungen Zentraleuropas zum Südosten ein „Pater peccavi“ setzen, wenn nicht geopolitische Gründe, die heute endlich in zweifacher Hinsicht, nämlich in außen- und innenpolitischer Hinsicht, beseitigt sind, den Hemmungen im nachbarlichen Verhältnis zwischen den beiden Räumen zugrunde gelegen hätten. Dem Geopolitiker ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Geschichte in langen Abschnitten zum Schaden der deutschen Politik jede großräumige Auffassungsgabe für den Südosten vermissen läßt: sie ist den kleinräumlichen Splitter Tendenzen Mitteleuropas erlegen. Doch erhält die Südostfrage ihre besondere Note durch den Bestand des mächtigen deutschen Kolonialreiches der Donaumonarchie, die als Einheit einer Vielheit im Rücken und einer Vielheit an der Front gegenüberstand, und durch die labile Eigenart des Südosten.

Ist die Erkenntnis des gesamt-südöstlichen Charakters die erste Stufe zur Umwandlung der Mentalität des deutschen Volkes gegenüber unserm Nachbarraum, so ist die zweite das Bewußtwerden der räumlichen Ursachen im eigenen deutschen Raum, die darum einer eingehenden Untersuchung bedürfen. Die raum-geschichtliche Betrachtung richtet aus diesem Anlaß das geopolitische Scherenfernrohr am zweckmäßigsten vom Standort der eine Zwitterstellung einnehmenden Donaumonarchie auf die gestaltenden Faktoren im mitteleuropäischen Feld. Unter diesem Gesichtswinkel ergibt sich, daß das Verhältnis des Reiches zum Südosten immer am stärksten durch die verwirrende Fülle der Grenz- und Randprobleme des deutschen Raumes bestimmt war; denn dieser entsprachen ebenso viele politische Konzeptionen und Meinungsbildungen. Der Mangel eines geographischen Kristalli-

sationspunktes im deutschen Raum wird hier besonders deutlich sichtbar. Schon allein die Tatsache der Existenz einer österreichisch-ungarischen Monarchie, der Umstand, daß Wien als grenzständige Stadt zum Reichszentrum hatte werden können, und der nicht immer berechtigte Wunsch wie die Schwierigkeit, die andern deutschen Teilräume für die Südostinteressen zu gewinnen, sind Erfahrungen, die reiche Aufschlüsse über das mittel-südosteuropäische Verhältnis geben.

Die Entwicklung Österreich-Ungarns verrät uns die geopolitische Ursache der peripheren Anordnung der geschichtsbildenden Landschaften im deutschen Siedlungsgebiet: es ist offenkundig eine Bevorzugung der potamischen Räume und niederschlagsreicher Gebiete durch das deutsche Volk, welche die Reichsform und -gliederung gestaltet, die Reichsidee beeinflusst hat und die stärkste Dynamik von den Rändern ausgehen läßt, wo die dem deutschen Raumempfinden gemäßen größten Landschaftseinheiten und -individualitäten des deutschen Raumes angeordnet sind. Es ist das, gemessen an künftigen Notwendigkeiten, gewaltige Verdienst K. Haushofers, die genetischen Wurzeln dieser entscheidend wichtigen Tatsache herausgearbeitet zu haben (30), während H. Hassinger die Nachweise der Wirksamkeit dieser rassisch-räumlichen Zusammenwirkung für den Sudetenraum erbracht und für die Karpathenbesiedlung angedeutet hat (31) — nicht zu vergessen die grundlegenden Ausführungen R. Kjelléns (32).

Diese Tatsache — das Rhein-Weichsel-Donau-Schicksal des deutschen Volkes — ist nur von Reichsgewalten überwunden worden, die an die Stelle des nicht vorhandenen geographischen Zentrums ein Ideenzentrum gesetzt und damit die einseitigen psychologischen Einflüsse der Grenzteilgebiete auf das ihnen zukommende Maß beschränkt haben; dann erst konnten sie die zusammenströmenden Teilkräfte nach den für die Gesamtheit dringlichsten Abschnitten lenken. Ein typisches Beispiel für die Hintansetzung wichtigster Teilinteressen eines deutschen Grenzlandes zugunsten des Reiches ist die Preisgabe der Reunionen, um den Türkeneinbruch nach Mitteleuropa zu verhindern, dessen Erfolg ein weiteres Vordringen Frankreichs begünstigt hätte. Die Reichsidee, die preußische Staatsidee, der Nationalsozialismus erscheinen in diesem Zusammenhang als biologisch-psychologische Auseinandersetzungen und als Überwindung des Raumes bzw. als Schaffung einer größeren Raumeinheit durch einen von der Idee geleiteten, auch mechanisch zum Ausdruck kommenden Umbau des Raumes (Verkehrsgestaltung, Siedlung usw.).

Meist war der Kampf der Reichsführung indessen ein Kampf einer der grenzständigen Räume um die Unterordnung des Gesamtraumes unter sein Teilinteresse. Die Grenzmarken im weitesten Sinne sind fast immer die Träger der Reichsgewalt und -tradition; es wird schon äußerlich bezeugt durch die Lage der deutschen Kaiserstädte: Prag, Wien, Berlin, die rheinischen Krönungstädte. Der deutschen Politik fehlt deshalb meist der gemeinsame Nenner, der ihr die Stoßkraft eines einzigen Gesamteinsatzes verleihen könnte. Es entsteht das eigentümliche Geschichts-

bild, daß der Einigungskampf des deutschen Volkes und Raumes nicht von einem geographischen Mittelpunkt aus mit Naturgewalt radial bis zur äußersten Machtverdünnungsgrenze fortschreitet, daß er auch nicht aus dem Stammland vortragen wird, sondern daß die Marken des Neulandes es im Kampf um die Dienstbarmachung des Gesamtreiches die Konzentrationsarbeit von der Peripherie her aufnehmen. Der Zusammenstoß der randständigen Kräfte im Binnenraum hat zu den ewigen Auseinandersetzungen und dem teilweisen Abtriften der Grenzlandschaften geführt, so daß man von einer Rückverlegung der Raumgrenze in das Innere des deutschen Siedlungsgebietes — gewissermaßen von einer psychologischen Aufteilung Deutschlands unter die Anrainer hatte sprechen können. Es ist geradezu eine Umkehr des Grenzproblems in ein Ringen der nach innen verlängerten Grenzsäume gegeneinander, das noch heute in der Form des landschaftlichen Auseinanderklaffens des außenpolitischen Verständnisses fortlebt.

Der Mangel eines geopolitischen Zentrums hat tiefe Furchen in das Seelenleben des deutschen Volkes gegraben. Es ist charakteristisch, daß der deutsche Sprachgebrauch auch, wie K. Tampler mit feiner Beobachtungsgabe für die seelischen Untergründe geopolitischen Erlebens feststellt, nicht von „der Grenze“, sondern von „Grenzen“ spricht, womit die Vielfalt der nationalen Lebensfragen und die Themenmehrheit der außenpolitischen Konzeptionen, entstanden aus der Mehrheit politischer Zentren, angedeutet wird (33). Für das Teilgebiet spricht der Deutsche dagegen immer nur von „der Grenze“ — „die bayrische“, „die österreichische“, „die rheinische Grenze“. Erst für die Gesamtheit kennt er „Grenzen“, was eben sinnwidrig wäre, wenn bloß ein Zentrum bestünde, für das nur eine Peripherie auch bei Problemmehrheit bestehen kann. Frankreich hat so „seine Grenze“ — la frontière —, der ein einziges außenpolitisches Thema, ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit, eine vom Zentrum bestimmte Blickrichtung — „Sicherheit“ (der Ostgrenze) — entspricht. Eine Einheit, die allen „zentrierten“ Staaten eigen ist, ob es sich nun um das „two keels to one“, um den „Drang zum Meer“, um den griechischen Wunschtraum vom tausendjährigen Byzanz oder andere Beispiele handelt.

Die politisch-psychologische Zerklüftung der deutschen Nation durch Jahrhunderte hat, großräumlich gesehen, vier große Leitideen herauskristallisiert, die als gleichwertige Kräfte gegeneinander standen. Diese vier politischen Prinzipien lassen sich mit den vier politischen Landschaften des deutschen Raumes:

Rheinischer Raum,	Ostelbischer Raum,
Donauraum,	Nordwestlicher Küstensaum

geopolitisch in ursächlichen Zusammenhang bringen. Jede dieser Landschaften stellt ein ausgeprägtes Raumindividuum dar, sobald die Flüsse und Waldgebiete nicht als Grenzlinien, sondern als Leitmittellinien und -punkte der Landschaftsauffassung erscheinen. In dieser ethnischen Unterbauung mußten die vier Räume

naturgemäß mangels eines sie verbindenden Zentrums ihr Sonderleben und ihre Sonderart im höchsten Maße entwickeln, was sich in politischer Hinsicht nach der negativen Seite in der Ausbildung eines eigenen Grenzen- und Raumschutzinteresses, nach der positiven in der Entstehung partikulärer Raumkonzeptionen und einer entsprechenden Außenpolitik geäußert hat. Der Mangel stoßmindernder „Naturgrenzen“, welche die Widerstandsbildung mit ihrer staatsformenden Tendenz verringert hätten (die stärksten deutschen Staaten lagen an der Ostgrenze!), und eine gewisse Absprungbereitschaft ins Grenzenlos-Phantastische im seelischen Untergrund des deutschen Volkes haben zu dieser Sonderentwicklung durch ihre zentrifugale Wirkung beigetragen. Römerzüge, Friedrich II., des Hohenstaufers, Verlegung des Reichszentrums nach Apulien, Karl V. spanisch-amerikanische Ausweitung des Reiches, Südost- und Nordostkolonisation haben darin ihre tiefsten Wurzeln. Es ist ein Grenzsuchen, ein Raumgestaltungs- und -erfüllungs(-wachstums-)bedürfnis, das aus dem vielgestaltenden deutschen Raum nach allen Richtungen strebt. Die Konzentration der Grenzsaumkräfte gegen Widerstand und Angriff von außen hat die Zersplitterung des Schutzinteresses im Reich und die Zerreißung des außenpolitischen Ideals herbeigeführt, die nur auf dem Umweg der Auseinandersetzung der Grenzräume untereinander beseitigt werden konnte.

*

So wurde auch der Südosten als Glacis und Expansionsgebiet eines deutschen Grenzraumes bloß diesem einen Raum überantwortet, während die anderen ihre Aufgaben fern vom südöstlichen Wirkungskreis deutscher Arbeit suchten. Am stärksten war die Abtrift des Nordwestraumes, dessen kontinental-ozeanische Zwitterstellung immer den vergeblichen Versuch erzeugt hat, ozeanisch vollwertig zu werden. Das Schicksal dieses Teilraumes ist aber vorbestimmt durch die bessere ozeanische Lage der Britischen Inseln und durch den überwiegend kontinentalen Charakter des ethnischen Verbreitungsgebietes, dem er angehört. Die Hanse ist trotz ihrer rheinischen und baltischen Verflechtung an der mangelnden Unterstützung durch den Binnenraum und an der Dynamik der englischen Inseln gescheitert. Die hannoverschen und niederländischen Bindungen an den britischen Inselstaat haben ebensowenig genützt wie der Versuch, den deutschen Kontinentalstaat zu einer Flotten- und überseeischen Kolonialmacht zu machen — ohne Seewege und Flottenstützpunkte und ohne Zugang zum freien Meer! Selbst das Abgleiten vom Reich hat Hollands Seemachtstreben wenig genützt, hat die Kapitulation vor dem englischen Widerstand nicht verhindert. Trotz des Besitzes der Rheinmündung spielt heute dieser Staat keine andere Rolle als das dem deutschen Zollverein einstmals widerstrebende Hamburg: Den machtpolitisch bedeutungslosen Vermittler zwischen See und Festland. Der Nordwestraum ist eben kein ozeanisches Gebilde, sondern geopolitisch unselbstständiger Festlandsrand. Nichtsdestoweniger hat er der deutschen

Außenpolitik die größten Schwierigkeiten bereitet, des öfteren das Reichsinteresse einseitig beeinflußt und vor allem am stärksten von der eigentlichen Aufgabe des Reiches — der Ostpolitik — abgelenkt. Auch die aus einer eigentümlichen Äußerung des Gesetzes der Nachbarfeindschaft entstandenen Zusammenhänge mit dem deutschen Südosten haben an diesen Tatsachen wenig geändert.

Der machtpolitischen Schwäche des Nordwestens entspricht derselbe Charakter des rheinischen Raumes, der so wie jener seine Stärke im bevölkerungs-, kultur- und wirtschaftspolitischen Moment hat. Die Geschichte des deutschen Rheins ist durch die Tatsache bestimmt, daß seine starke Mittellandschaft ohne natürlichen Grenzen dem von Westen andrängenden Streben nach Lineargrenzen gegenübersteht. Die vom gesamtdeutschen Gesichtspunkt aus vorhandene schutzlose Randständigkeit der gewaltigen Kultur- und Verkehrsmagistrale hat ein fast übermäßiges Schutzbedürfnis entstehen lassen; es äußert sich aber merkwürdigerweise nicht in der Entwicklung eines starken Staatswesens, sondern in der psychologischen Einwirkung auf das Gesamtvolk. Die andererseits nicht seltenen, seltsamen Zusammenbrüche des Abwehrgeistes lassen sich vielleicht auf den Mangel staatlicher Versteifung zurückzuführen, vielleicht auch auf das überwiegende Ostinteresse des Reiches, dem der Rheinraum recht häufig geopfert wurde. Es ist überhaupt eigenartig, daß die deutschen Kraftreservoirs und -ballungen im Osten zu finden sind, wie auch der sture Blick der französischen Außenpolitik seit dem Vertrag von Verdun bis zum Geist der „chinesischen“ Mauer unserer Tage nur nach Osten gerichtet ist. Es scheint, als ob der Wanderdruck der eurasiatischen Ebene in den küstenbegrenzten Stauungsräumen zurückflutet und einen in den Kontinent hineingerichteten Druck erzeugt. Die stärksten deutschen Teilstaatbildungen sind dementsprechend im Osten zu finden: Bayern, Österreich-Böhmen, Sachsen, Ordensland-Brandenburg-Preußen, obwohl der Grenzdruck an dieser Stelle sicherlich nicht viel heftiger als im Westen war.

Allerdings liegen zumindest im nordöstlichen Raum auch die geopolitischen Verhältnisse anders als im Westen. Die grenzenlose Weite und Gleichförmigkeit der Landschaft verhindert räumliche Splitterbildungen. Äußerem Druck kann nur in Form straffster organisatorischer Zusammenfassung begegnet werden — die Organisationsgrenzen ersetzen gewissermaßen die Naturgrenzen. Andererseits sind dem Ausdehnungsdrang sehr weite Räume geöffnet, aber diese Ausdehnung ist wieder nur bei starker innerer Kraftballung imstande, Dauerwerte zu schaffen. Der Zusammenklang zwischen der Landschaft mit ihrem Anreiz zum Raumwachstum bis zu den natürlichen Grenzen und ihrer Aufgeschlossenheit vom Osten her, mit dem Rassencharakter hat offenbar das Streben nach straffer staatlicher Gliederung in den Vordergrund geschoben, — vielleicht als Gegenwirkung gegen die räumliche und ethnische Gestaltlosigkeit.

Die natürliche Expansionsbahn des Nordostens in die westliche Richtung hat

Preußen die Einigung mit dem Rheingau wie mit dem Nordwesten vollziehen lassen, während der hohenzollersche Teilstaat mit den Gebieten der habsburgischen Hausmacht im Südosten in einen erst heute schrittweise verschwindenden Gegensatz geriet. Der „Staat“ im Nordosten war rein ideell anders — zentripetal — geartet als das vielgestaltige zentrifugal seine Macht verschleudernde Südostreich.

Der Donauraum ist völlig von den andern deutschen Grenzräumen verschieden. Er weist einen ethnischen und morphologischen Formenreichtum auf, der nur durch die zentrale Magistrale der Flußlandschaft und die Existenz eines geographischen Zentrums gebändigt werden konnte. Der überaus hohe Druckquotient von Osten hat hier früher als im Nordosten zur Zusammenfassung gezwungen; aber die staatliche Kraftkonzentration war doch zum Kompromiß mit der Verschiedenartigkeit ihrer Gebiete gezwungen. Die nach dem Südosten abfallende Kammerung der Donaulandschaft hat das kolonisatorische Moment besonders in den Vordergrund gerückt und das politische Geschehen des deutschen Binnenraumes mit unwiderstehlicher Gewalt an sich gezogen. Geht doch eine enge Verbindung zum Rhein hinüber, die Abtrift Österreichs verhindernd. Es ist die typische, nach zwei Richtungen wirkende Tendenz einer Transversale, die in der geopolitischen Rolle der Donau zum Ausdruck kommt. Der Anschluß des Donaupraumes an Elbe, Oder und Weichsel, die Kreuzung der kontinentalen Verbindungslinien zwischen Nord- und Ostsee, Adria (Levante) und Pontus in seinem Zentrum hat ihm jahrhundertlang das Übergewicht im deutschen Raum verliehen. Infolge dieser Stellung ist der Donauraum ohne Mitteleuropa ein Torso, er ist nur denkbar mit seinen mitteleuropäischen Verbindungen, muß an der Abschnürung seiner Lebensfäden nach Westen verbluten, weil er nur durch den „Transit“ lebensfähig werden und bleiben kann.

Die geopolitisch fundierte Macht der deutschen Randlandschaften hat in der Wechselwirkung von Ursache und Folge aus ihnen die stärksten Stoßdämpfer gemacht; durch Jahrhunderte haben sie dem Ansturm der Nachbarräume standgehalten. Sie liegen wie wuchtige Schutzdämme vor Binnendeutschland, sei es als bevölkerungspolitische, sei es als staatlich versteifte Wälle, den Binnenraum isolierend, der kein unmittelbares Schutzinteresse empfindet und sich bedenkenloser Zersplitterung ergeben kann. Diese Abschnürung erzeugt ein erstaunliches Maß von Unkenntnis über die fremdräumlichen Vorgänge und Zusammenhänge, — eine Unkenntnis, die jedem Versuch einer Politisierung des deutschen Volkes Widerstand leistet und erst vom Nationalsozialismus unter dem Eindruck der grenzräumlichen Nachkriegszusammenbrüche beseitigt werden kann.

So gesehen wird die Unkenntnis über den Südosten in der Zeit der Blüte sonderstaatlicher Entwicklung verständlich. Die außenpolitische Passivität des Binnenraumes hinsichtlich des Reichsauslandes und die nach anderen Richtungen tendierenden Interessen der anderen Grenzräume sind die beiden Faktoren, die

das Verhältnis Zentraleuropas zum Südosten negativ gestalten. Die positive Seite gelangt nur zum Durchbruch, wenn der südöstliche Druck das ganze deutsche Siedlungsgebiet unmittelbar erschüttert und die Anstrengung des Gesamttraumes zur Abwehr der andrängenden Zerstörungskräfte schon sehr sichtbar erfordert. Das Spiel zwischen Gleichgültigkeit und Sammlung läßt im großen und ganzen vier Perioden erkennen, die sich ungefähr folgendermaßen abgrenzen lassen:

1. Periode — bis zur Entstehung der österreichisch-ungarischen Macht 1526;
2. Periode — bis zur Reichsgründung Bismarcks 1871;
3. Periode — bis zum Zusammenbruch der Grenzräume 1918;
4. Periode — bis zum Durchbruch des Nationalsozialismus 1933.

Die Beziehungen des Altreiches zum Südosten waren vor der Entstehung Österreich-Ungarns, d. h. vor dem Erwerb der böhmischen und ungarischen Länder, durchaus natürliche. Abwehr und Angriff bestimmen sie, das Reich ist als solches unmittelbar an der Südostfrage interessiert, die Grenzmarken sind noch keine Scheidewände mit Eigendasein, und die Konzeption der Reichsaußenpolitik ist eine Reichsgesamtkonzeption. Schon das fränkische Reich konzentriert seine Macht im Südosten zur Abwehr der Awaren und Slawen in der gleichen Weise wie gegen die Araber im Westen und sichert durch die Einrichtung der Marken das Land bis zum Meridionallauf der Donau. In dieser Zeit „überwiegt“ der Südosten nicht, noch wird er vernachlässigt: Die Schwierigkeiten des Reiches in der Ostwestspannung werden durch eine klare Geschlossenheit der Reichsaußenpolitik überwunden. Die Größe der Reichskonzeption dieser Epoche wird aus dem allerdings an technischer Unzulänglichkeit gescheiterten Projekt eines Rhein-Main-Donaukanals ersichtlich (Herbst 793), der die beiden größten europäischen Verkehrsstraßen, staatenbildenden Flußlandschaften und kontinentalen Ausfallspforten miteinander verbinden und zum Rückgrat des abendländischen Universalreiches ausgestalten sollte. Der Überblick über die konzeptionsgestaltenden Außenfaktoren bleibt der Reichspolitik auch unter den Sachsenkaisern erhalten. Der Zusammenbruch der bayrisch-fränkischen Südostsiedlung unter dem Ansturm der Madjaren läßt die Bedeutung des Südostraumes nicht verkennen. Der sorgfältige Ausbau der Ausfallstellungen gegen den Südosten durch Heinrich I. zeigt eine Einheit der Reichspolitik, die in ihrer organischen Feinheit nur von Otto dem Großen übertroffen wird. Die Gemeinsamkeit der Wurzeln der Südost- und der Nordostkolonisation und die gemeinsame Frontstellung — der Ostraum als einheitliches Glacis — bleiben noch lange nach Otto lebendig. Selbst durch die Erstarkung der Territorialfürsten, der böhmischen Přemysliden, der Babenberger im Süden und der Wettiner und Askanier im Norden während der Regierung des Hohenstauferkaisers Friedrich II. erleidet die Idee der Ost- und Südostpolitik des Gesamtreiches keine Einbuße. Der auf den Reichstag von Magdeburg 1197 folgende kurze Stillstand der Ostpolitik bedeutet allerdings insofern eine Wandlung, als nach der Wie-

deraufnahme des östlichen Vormarsches um 1230 die Südostkolonisation, insbesondere seit dem Mongolensturm, durchwegs friedliche Züge trägt, während der Ritterorden in den baltischen Ländern dem Deutschtum den Weg mit dem Schwerte bahnt. Die Arbeit des Ordens in Siebenbürgen, die gemeinsame Abwehr des Mongolensturmes und die Belehnung der Deutschritter durch Kaiser Friedrich II. beweisen am besten, daß die Marken psychologisch noch nicht als Auffangvorrichtung gewertet werden. Selbst 1683 ist das Bewußtsein von der Bedeutung des Südostens — diesmal in Form der Türkengefahr — im Binnenraum lebendig. Die Anteilnahme der Brandenburger und Bayern an der Eroberung Ungarns zeugt von dem nachhaltigen Eindruck der Türkenbelagerung auf das ganze Reich ebenso wie etwa die Türkenbefreiungsfeier der Stadt Hamburg. Aber schon in den interessanten Plänen Karl IV., Prag zum geopolitischen Zentrum Deutschlands zu machen, zeichnet sich die künftige Barrierenwirkung der südöstlichen Grenzmark und ihr Streben nach Unterordnung des Gesamtreiches ab. Seit 1438 ist diese Entwicklung endgültig im Gange, und alle spanischen, italienischen und Vorlandeinteressen haben daran nichts mehr geändert, nachdem die böhmischen und ungarischen Länder erworben sind (1526). Der etappenweise Zuwachs im Südosten und der schrittweise Abfall der westlichen Besitzungen verlegen das Schwergewicht der Politik des deutschen Kaiserhofes in die österreichischen Angelegenheiten, bis ihr Einfluß auf das Reich durch den Zusammenstoß mit dem jungen Preußen gänzlich beseitigt wird. Die Annahme der österreichischen Kaiserkrone durch Kaiser Franz II. 1804 und seine Abdankung als deutscher Kaiser 1806 haben auch formell die deutsche Südost-Grenzlandschaft aus dem Rahmen des Gesamtreiches gehoben. Schon die Germanisierungsbestrebungen Josef II. entspringen nur mehr verwaltungstechnischen Überlegungen, seine Versuche, Deutschland unter die Südostinteressen der habsburgischen Hausmacht unterzuordnen, scheitern an Friedrich dem Großen. Die Teilnahme Österreichs am Deutschen Bund und die Versuche Wiens, die gesamte Donaumonarchie in den deutschen Zollverein einzugliedern, entsprechen von seiten der Wiener Regierungskreise nicht mehr gesamtdeutschen Absichten, wenn sie auch das Volk so auffaßte. Es ließe sich allerdings darüber streiten, ob Bismarcks schroffe Ablehnung der habsburgischen Bestrebungen von Vorteil für die gesamtdeutsche Politik war; denn das Verhältnis zwischen Volk und Dynastie war zu jener Zeit in den deutschen Teilen der Donaumonarchie nicht sonderlich fest gefügt, und der spätere Aufstand des Südostens im Dienste Westeuropas hätte sich vielleicht durch den Einsatz des Gesamtdeutschtums längst des Donauweges eindämmen lassen.

Seit 1526 ist jedenfalls der Bau des südöstlichen Grenzwalles sichtbar, hinter dem das Interesse für den Südosten so gründlich einschlafen konnte, daß eben eine Unterscheidung zwischen Hausmachtinteressen und gesamtdeutschen Belangen im Südosten nicht mehr möglich war, selbst bei der für seine Zeit umfang-

reichen Südostkenntnis Bismarcks. Hatte man doch in Deutschland noch in den 48er Jahren nicht einmal über die fundamentalsten Dinge in diesem Nachbarraum eine Ahnung. Beredtes Zeugnis gibt ein 1848 erschienenes geographisches Handbuch, betitelt „Neueste Länder- und Völkerkunde“, das den „serbischen Stamm“ in die Völker der Serwier, Bosnier, Bulgaren, Mkoken, Morlaken und slawischen Walachen“ gliedert, mit anderen Worten keine Ahnung von den Dingen hinter dem Schleier der türkischen Grenze verrät (34). Man beharrte einfach in der Annahme einer politischen Gestaltlosigkeit des Balkanraumes und kümmerte sich herzlich wenig um die gewaltige Dynamik der Kräfte auf dem Boden der Türkei.

1713 und 1723 (pragmatische Sanktionen) wächst der Wall Österreich zu imposanter Größe, 1806 kann er sein Sonderdasein ohne Erschütterung und Reaktion formell dekretieren, 1871 beginnt der tiefe Zwiespalt in der Seele des Österreichers und die endgültige staatliche Zerreißung des deutschen Volkes, obwohl sich bereits 1867 im österreichisch-ungarischen Ausgleich die ersten Bruchlinien in der zum Grenzreich gewordenen Grenzmark zeigen und drohend den neuerlichen Anmarsch des Südostens verkünden.

1871 hat sich die Grenzmark gegen Südosten vollends aus dem Gefüge des deutschen politischen Lebens gelöst. Das Unglück wollte es, daß das zur Einigung bestimmte neue Reich, das zweite deutsche Kaiserreich, Einwirkungen erlag, die es statt zum Südostdeutschtum und damit zu den Problemen des Südostraumes hinführen, beiden entfremdeten. Das Zweite Reich wird auf den Schlachtfeldern Frankreichs geboren: Es ist klar, daß der Binnenraum der psychologischen Wirkung des westlichen Grenzdrucks erliegt, die durch die Erinnerung an 1813, 1789, an die Raubkriege unterstützt wurde. Versailles oktroyierte dem jungen Reich die rheinische Konzeption, es lenkte den Blick des geeinten Teils des Deutschtums auf den Hauptgegner, verschleierte aber die Tatsache, daß der Westen keineswegs der Gegenspieler schlechthin war. Diesem psychologischen Wandel erlag sogar der Nordosten. Bismarcks Versuche, die preußische Rußlandspolitik und die Unterordnung des Nordwestens unter die preußischen Interessen auf das neue Reich zu übertragen und so die konzeptive und außenpolitische Synthese zwischen West und Nordost herzustellen, wurden mit seinem Abgang liquidiert. Der wenig geopolitische Versuch, mit einem Kontinentalstaat Seemacht- und Kolonialpolitik zu betreiben — wogegen sich noch Bismarck gewandt hatte —, hat die Westwendung verstärkt.

Der Sieg der Blickrichtung nach Westen war als Fortschritt der politischen Entwicklung des deutschen Volkes zu werten. Aber er war teuer erkaufte: Es ging das Verständnis für den Osten verloren. Nicht einmal der eigene Anteil des Reiches an diesem Raum blieb ein positiver Begriff. Der vielgegliederte, unwahrscheinlich verstädterte Westen mit seiner gigantischen Industrie- und Menschenkonzentration, seinen sozialen Problemen, die Umstellung der deutschen Ernährung auf den Exportüberschuß und die Wirtschaftsbasis in Übersee, die

Gemeinsamkeit der großkapitalistisch-industriellen Entwicklung des deutschen und des nichtdeutschen Westens, der immer schärfere Konkurrenzkampf mit den westlichen Nachbarn, die Kolonialinteressen und schließlich die Wahlverwandtschaft des Liberalismus zogen alle Blicke westwärts und entfremdeten dem Reich den kleindeutschen Osten, seine preußisch-kolonisatorischen Aufgaben, vor allem aber das agrarisch betonte, wirtschaftlich selbstgenügsam, in ruhigeren Bahnen lebende Donaureich. Der Liberalismus bot der Reichsidee keinen Halt. Er ist aufsplitternd, rationalistisch, der mythischen Reichsidee entgegengesetzt, sie zerstörend; er ersetzt „Blut“, „Boden“ und „Eisen“ durch materielle Erwägungen und mechanische Staatsauffassungen und -einrichtungen. Machtpolitisch zog die Entente cordiale das Denken vorwiegend nach Westen und selbst in religiöser Hinsicht hatte der Kulturkampf mit seinem Mißerfolg den Gesamtosten innerpolitisch in den Hintergrund gedrängt, vor allem aber den Gedanken an ein großdeutsches Reich aus dynastischen Erwägungen stark gehemmt.

Das psychologische, weltanschauliche und gesamtpolitische Interessengefälle nach Westen war selbst im industrialisierten Sachsen und im katholisch-agrarischen Bayern vorhanden. Die sächsischen Grenzgebiete galten als „Hinterland“, die Westorientierung Bayerns wirkt noch heute in der Lage des Bayrischen Waldes nach (36). Die aus Tradition und Zweckmäßigkeit entstandene viel innigere, politische und religiöse Verflechtung des deutschen Südens, selbst das geographisch zum Donauraum gehörige Bayern mit den Rheinlanden, trug das ihrige zur „Verwestlichung“ bei. So waren alle Faktoren gegeben, die Raumtendenz des Hohenzollernreiches nach dem Westen abgleiten zu lassen, während die politische Blickrichtung der Doppelmonarchie gerade entgegengesetzt längs der Donau nach Osten abtrifftete. War schon die Form der Einigungslösung nicht vollkommen, nicht einmal optimal, weil die größte Randlandschaft außerhalb des Reichsverbandes geblieben war, so wurden die Folgen dieser Lösung absolut tragisch. Die Sonderstellung der Donaumonarchie und ihrer alten Erfahrungsschule in der Behandlung des Südostens hat die große europäische Zusammenschau der reichsdeutschen Politik verhindert, weil das stärkste dynamische Kraftfeld Europas, die südosteuropäische Schütterzone, gänzlich der Beurteilung und Behandlung der Donaumonarchie überlassen blieb. Daran hat auch das enge Bündnis mit Österreich nichts geändert. Die staatliche Trennung hielt die Schäden der außenpolitischen Arbeitsteilung, das alte Übel randständiger Eigenkonzeptionen, wenn auch auf zwei herabgemindert, aufrecht. Der Binnendeutsche kam deshalb nicht dazu, den Südostraum zu „erleben“. Er war nicht gefühlsmäßig für die Eigenart dieses Raumes aufgeschlossen, ihm fehlte der Antrieb, sich in das Innenleben des Südostens zu vertiefen. Das Binnendeutschtum hat darum nach dem Zusammenbruch der südostdeutschen Machtstellung am hilflosesten den neuen Südostgrenzen gegenübergestanden, weil zu dem Mangel einer Gesamtkonzeption auch noch das Fehlen

eines teilgrenzräumlichen Verständnisses, einer verdolmetschenden Grenzerfahrung trat. Lediglich das gemeinsame Fronterlebnis hat das Verwirrungsmoment gedämpft, aber praktische Lösungen sind an dem Versagen der breiten Resonanz im Reich gescheitert. Das Jahr 1918 hat wieder einmal gezeigt, daß die deutsche Raumzersplitterung dem gleichzeitigen Andrang aller Grenzprobleme (im weitesten Sinne) fördernd ist. Man hätte aber aus unzähligen Beispielen der deutschen Geschichte die Lehre ziehen können, daß dem Angriff des Westens der Angriff des Ostens folgt oder umgekehrt.

1918 hat sich gerächt, daß dem Zweiten Reich der Südosten eine große Unbekannte war, die für die Öffentlichkeit praktisch überhaupt nicht existierte. Sogar die Beziehungen zu den Stammesbrüdern im Südosten traten hinter die überseeischen Bindungen des jungen Staates zurück. Die wenigen Fäden zum Südosten waren charakterisiert durch die nebensächliche Behandlung, die man diesem komplizierten Nachbarraum zuteil werden ließ.

Die reichsdeutschen Beziehungen zum Südosten beruhten in der Vorkriegszeit auf einer eigentümlichen Auswirkung des Gesetzes der Nachbarfeindschaft, das sich in diesem Fall durch die Überkreuzung mit unwägbaren unter der Oberfläche vorhandenen gesamtdeutschen Tendenzen nicht voll auswirken konnte. Es ist eine dreifache Gliederung der deutschen Interessen, die graduell von Osten nach Westen abgestuft sind:

1. Aus einem gewissen Gegensatz zu Wien gingen die Beziehungen zu Budapest hervor, die auf eine lange Tradition zurückblickten. Schon im 17. Jahrhundert bestand eine enge Fühlungnahme zwischen den ungarischen protestantischen Führern und den norddeutschen protestantischen Ländern, vor allem zu Brandenburg, das wiederholt Anlaß nahm, sich aus konfessionalen Gründen in die Angelegenheiten der kaiserlichen Erblände einzumengen. Die Unterstützung der ungarischen Insurrektion durch Bismarck verstärkte die Beziehungen, die noch im Weltkrieg auf wirtschaftlichem Gebiet sich ungünstig für Österreich auswirkten.

2. Aus einem gewissen Gegensatz zur gesamten Donaumonarchie entstanden die reichsdeutschen Absichten im übrigen Teil des europäischen Südostens, die durch stärkere wirtschaftliche Verflechtungen und vor allem durch den berühmten Dynastienexport gekennzeichnet waren. Auch hieraus haben sich häufig Widersprüche zur österreichisch-ungarischen Politik ergeben, die nicht immer vom Vorteil für die gesamtdeutschen Interessen im Südosten waren (Dobrudscha-Kondominium).

3. Am stärksten waren die reichsdeutschen Interessen in der Türkei engagiert, wo der eigentliche Ansatzpunkt der deutschen Südostpolitik allerdings unter der Einwirkung reiner Nahostpläne gegeben war.

Diese Staffelung konnte nicht von Erfolg begleitet sein, weil sie im umgekehrten Verhältnis zur Interessengliederung des Gesamtdeutchtums stand, die ein Gefälle von West nach Ost bedingt hätte. Durch die Überschneidung der deutsch-

österreichischen und reichsdeutschen Politik im Südostraum war das Südostdeutschum gewissermaßen in die Lage eines Dammes gebracht worden, dessen Deichgenossenschaft den Meeresfluten den Weg bahnen half, bis der Damm überaltet brach und die Fluten wieder an die Siedlungen herankommen, ja sie überschwemmen und zerstören konnten. Kann man die Einverleibung des Südostdeutschums in die französisch-balkanische Sphäre, die Rückverlegung der binnendeutschen Wehrgrenze bis auf die Linie Donaueschingen—Regensburg—Hof—Bautzen—Görlitz—Neiße anders erklären?

Freilich — das staatliche Beharrungsvermögen und die dynastischen Interessen haben die österreichische Eigenstaatlichkeit erhalten helfen und der deutschen Einigung entgegengewirkt (Metternich?) und zwischen Reich und Südosten die Rolle eines Isolators gespielt: „Auch die Großmächte können im Zeichen des Gleichgewichtes Pufferzwecken dienen. Die ganze Geschichte Österreichs hat dieses Gepräge“ . . . hat bereits Kjellén betont (36). Dieser Eigenart des Staates entspricht auch die Erfahrungsschule und der Typus des Südostdeutschen. Über tausend Jahre hat der Südostdeutsche keinen anderen politischen Eindruck gehabt, als den des unterbrochenen Anpralls fremder Völkerfluten. Er empfindet täglich die Dynamik seines Nachbar-, seines eigenen Lebensraumes, der wie eine Rinne, wie ein sich verengender Turbinenkanal die zusammenströmenden Elemente des weitläufigen asiatischen Kontinents in die zentralen Landschaften der eurasiatischen Halbinsel hineinschleudert, der aber auch die Kraftströme des Westens nach dem Osten ableitet und dabei ebenfalls absorbierend wirkt. Der Binnendeutsche vermag sich überhaupt nicht den heroischen, immer als gesamtvölkisches Erleben empfundenen Kampf, z. B. des Siebenbürger Sachsen vorzustellen. Vierhundert Jahre hat dieser Stamm allein dem Türkensturm standgehalten, hat Jahr für Jahr, Monat für Monat die Kriegsfurie über sich ergehen lassen, ist ausgemordet, ausgehungert, vertrieben worden, seine Angehörigen sind geschändet, verbrannt, in die Sklaverei verkauft worden, und trotzdem hat er standgehalten und wird weiter bestehen und bauen, wie der Mensch der Erdbebenzonen, der den Naturgewalten zum Trotz seine neuen Wohnstätten immer wieder auf die Ruinen der alten stellt. Seit jeher hat der Südostdeutsche, der Alpen-, Sudeten-, Karpathen- und Donaudeutsche seine Lage und die Stellung Mitteleuropas gegenüber dem Südosten als die Lage einer Ortschaft am Lawinenhang empfunden, dessen Gefahren nur durch katastrophengeschulte Beobachtung und instinktsicheres Verwehen der Schutzbauten mit den Formen und Gesetzen der Landschaft gebannt werden können. Die großartigen Leistungen der Südostdeutschen im geopolitischen Abwehrstellungsbau sind denn auch die größten Beispiele kraftsparender Politik mit optimaler Erfolgserzielung, die den besten Schöpfungen des kolonialerfahrenen Angelsachsentums an die Seite gestellt werden können. Bloß ein Blick auf eine genaue Karte der Siedlungen in Siebenbürgen, ihre nicht zu verbessernde geopolitische Gliederung

vom Roten Turm bis zum Predeal mit ihrer klein- und kleinsträumlichen Unterbauung, die wundervolle Anpassung der Zips an die machtpolitischen Notwendigkeiten ihres Raumes, der Aufbau der deutschen Ordensarbeit im Südosten, die geschickte Lagerung der deutschen Donausiedlungen, die Einrichtung der Militärbezirke sind Befähigungsnachweise geopolitischer Einfühlungsgabe, die den Forscher nur ungern zu manchem anderen Kapitel innerdeutscher Geschichte zurückkehren lassen.

Das politische Raumerlebnis des Südostdeutschen hat seine seelische Haltung geformt. Sein „keep smiling“ ist kraftbewahrende Abwehr, Erkenntnis des Unmöglichen und der Grenzen des Möglichen, Ausweichbereitschaft ohne Zielverrückung. Wie oft hat man diesen Typus mißverstanden, ihn in Operette und Film verzerrt der Welt gezeigt. Es hat immer erst drastischer Beweise der südostdeutschen Einsatzfähigkeit bedurft, um das, was man als Wesen nahm, als Schein, als eine im ständigen Kampf erworbene Zweckmäßigkeit der Lebensform zu erkennen.

„Die beständige Fühlung mit Völkern verschiedenster Kulturstufen, verschiedenster Wesensart, die außerdem im letzten Jahrhundert des Habsburger Staates in eine stürmische innere Veränderung hineingerissen wurden, ergibt erst die wesentlichen Züge des Südostdeutschtums: Einmal eine für den deutschen Volkscharakter ganz außerordentliche Begabung für psychologische Einfühlung in fremde Art und für seelische Witterung; sodann gleichzeitig eine besonders starke Bewußtheit der eigenen Art. Beides steht ja in Wechselwirkung und ergänzt sich.“ (38)

Der Typus, der aus dem Kampf gegen 16 Nationen mit allen sozialen und kulturellen Schattierungen, aus der Auseinandersetzung mit den räumlichen und wirtschaftlichen Verschiedenheiten seines Staatsgebietes entstanden ist, hat durchaus imperiale Merkmale. Es hat im Südostdeutschen tatsächlich etwas von dem Stolz gelebt, der den Briten unnahbar macht, wenn auch äußerlich gemildert durch die Erziehung an der Romantik. In seinem Herrentum unterscheidet sich der Südostdeutsche vom Preußen nur darin, daß er an die Stelle des disziplinären Prinzips das gesellschaftliche gesetzt hat, eine Folge der einer straffen Zusammenfassung und Unterordnung abgeneigten Raumvielheit, die weniger mit gestraffter Einheitlichkeit als mit ideellen Bindungen beherrscht werden konnte.

Der Menschentypus des Südostdeutschen hat als Stütze des Donauraumes in der Eigenart der Südostkolonisation und in der Jahrhunderte alten Verknüpfung der Reichstradition mit seinem Staat und seiner Stadt einen physischen und ideellen Halt gefunden. Der Donauraum war mit dem Pflug erobert worden. Der Deutsche ist als friedlicher Siedler ins Land gekommen, er ist mit dem Boden verwachsen, hat die Einheit zwischen Blut und Boden gefunden. Sein konservativer Glaube an die Größe seiner Leistung und seines Rechtes verknüpfte ihn aufs engste mit Wien, das ihm als die Verkörperung seines Erfolgs und seiner Macht erschien. So tief jedoch auch die Trennung vom Muttervolk war — der Südostdeutsche konnte niemals von seinem gesamtdeutschen Empfinden abgebracht werden. Weder Gegenreformation, noch Barock, staatliche Trennung und antideutsche Propaganda ver-

mochten seinen Volkscharakter zu ändern. Im Kampf um Raum und Volk hatte er den Wert des Volkstums unmittelbar und am stärksten von allen deutschen Stämmen erlebt und die Überzeugung von der Notwendigkeit des gesamtdeutschen Rückhalts vertieft. Sein Staat war für ihn immer Durchmarschgebiet nach dem mitteleuropäischen Stauungsraum, und daher sah er als Vorwerk in der engsten Wechselwirkung mit der Etappe ein unbedingtes Erfordernis seiner Politik. Der Österreicher hat sich als Volk immer gegen eine antideutsche Haltung gewehrt (1870!) und gerade deshalb seinen Staat als Notwendigkeit betrachtet. Deswegen ist der Pufferstaatscharakter des Donaureiches auch nicht negativ, sondern positiv zu werten, wie es Kjellén tut: „So war es zuerst Europas Schutz gegen die Awaren, dann gegen die Madjaren, dann gegen die Türken, und heute hat es in gleicher Art zum Schutz gegen die Russen gedient.“

Wenn sich aber dennoch eine Grenze in der Zeit der beginnenden Bindung des deutschen Volkes zwischen Nord und Süd schieben konnte, so müssen wir wie im Reich auch in der Donaumonarchie die Ursachen in den geopolitischen Faktoren suchen, die damals den psychologischen Trennungsmomenten das Übergewicht vor den Einigungswünschen gaben. Es sind dieselben Gründe, die bei der Entstehung des Donaustaates Pate gestanden hatten (Fairgrieve):

„Von den östlichen Staaten Deutschlands entwickelte sich Österreich zuerst, weil die Drohung aus dem Südosten offenkundiger und andauernder war, als aus irgendeiner anderen Richtung. Das war die Folge zweier Ursachen: Das Dasein des oströmischen Reiches und das ganze Schwergewicht der Zivilisation im Südosten bewirkten die Entstehung organisierter Gemeinschaften innerhalb des von den Karpathen und den Balkanländern gebildeten Ringwalles, und außerdem war das Land, in dem diese Gemeinschaften lebten, noch halb und halb Steppe und lag für die Einfälle nomadischer Horden aus dem Fernen Osten offen, solange bis Rußland aus dem Walde emportauchte und ihnen den Durchgang versperrte. So wurde der Angriff aus dem Südosten öfter wiederholt und war ernsthafter zu nehmen, weil besser organisiert, als der Angriff von irgendeiner andern Seite. Es war natürlich, daß an dieser Stelle ein Staat entstehen mußte, um sich dem Angriff zu widersetzen“ (38).

Dasselbe gilt für die Entstehung des selbständigen österreichischen Kaisertums als Folge der Türkenabwehr. Der Südostdeutsche kam nach den Lehren dieser Aufgabe in der Zeit stärkster deutscher Zersplitterung und Ohnmacht gar nicht auf den Gedanken, daß das starke Österreich der Reichsidee des Deutschtums entgegenwirken könnte. Er sah diesen Staat als sein Werk an, an dem er aus Selbsterhaltungsgründen festhielt, als die Sonderentwicklung im Westen einsetzte, die für ihn als eine Loslösung Binnendeutschlands vom Gesamtdeutschtum erschien. Die Gründe Fairgrieses zählen auch 1870/71: die Rolle der Nomaden hatte Rußland übernommen (siehe Kjellén), das den Südosten auflockerte und vor sich hertrieb, wodurch der Südostdeutsche erst recht zu seinem Staat gedrängt wurde.

Die wachsenden Schwierigkeiten der Donaumonarchie haben die ganze Kraft des österreichischen Deutschtums in Anspruch genommen und dadurch den Blick des Österreichers vom Reich weg auf die Schütterzonen der Monarchie gelenkt, so daß

die Grenze zwischen den beiden deutschen Reichen eine Interessenöde wurde, eine psychologisch-politische Wasserscheide, an der sich die Quellen der deutschen Politik teilten. Aus dynastischen Gründen ist vom Reich aus die Engagierung des Südostdeutschtums auf dem Balkan rege unterstützt worden (Bosnien). Die deutsch-österreichische Grenze war so für die große Politik der beiden Staaten nebensächlich, für das Volk, das in anderen Problemen auf beiden Seiten gebunden war, uninteressant. Die Kenntnis der Tatsache, daß auf der „andern Seite“ auch Deutsche wohnen, hatte auch in dem sonst wenig über die Donaumonarchie orientierten Reich kein Schutzinteresse an dieser Grenze entstehen lassen, während der Staat im Osten von der gleichen Bevölkerung, die an der Grenze sitzt, getragen wurde und die völkischen Bindungen zum Muttervolk trotz aller Sonderentwicklung als selbstverständlich galten, so daß auch hier kein Grenzbewußtsein im negativen Sinn der Abwehrtendenz aufkommen konnte. Dieser Grenze waren die völkischen Unterschiede fremd, es fehlten die rassischen Gegensätze, und die machtpolitischen waren durch das Bündnis auf ein Minimum bis zur Unsichtbarkeit reduziert. Das leise Gegeneinanderklirren der alten Reichstradition in Österreich mit ihrem ehrwürdigen Anhauch und der jungen aufstrebenden Kraftkonzentration hat daran auch nichts geändert. Der dadurch entstandene Zwiespalt zwischen der Reichssehnsucht und dem Kolonisationsdrang des Südostdeutschen mit seinen Wirkungen bis in die jüngste Vergangenheit hat eher grenzverwischend, denn grenzerrichtend gewirkt. So haben sich auch die Ereignisse von 1871 an dieser Grenze nicht hart an den Dingen gestoßen. Sie klingen „drüben“ in leiser Resonanz weiter, die politische Farblosigkeit der Alpen- und Sudetengrenze unterstreichend. Bismarcks Zeugnis ist der beste Beweis dafür:

„Die angeblich konfessionellen Kämpfe des Dreißigjährigen Krieges, die einfach politischen des Siebenjährigen und die diplomatischen Rivalitäten vom Tode Friedrichs des Großen hatten das Gefühl dieser Verwandtschaft nicht erstickt, so sehr sonst der Deutsche auch geneigt ist, den Landsmann, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten wird, mit mehr Eifer zu bekämpfen als den Ausländer. Es ist möglich, daß der slawische Keil, durch den in Gestalt der Tschechen die urdeutsche Bevölkerung der österreichischen Stammlande von den nordwestlichen Landsleuten getrennt ist, die Wirkungen, die nachbarlichen Reibungen auf Deutsche gleichen Stammes, aber verschiedener dynastischer Angehörigkeit auszuüben pflegen, abgeschwächt und das germanische Gefühl der Deutsch-Österreicher gekräftigt hat, das durch den Schutt, den historische Kämpfe hinterlassen wohl verdeckt, aber nicht erstickt worden ist“ (39).

Diese Tatsachen waren gewiß mit Rücksicht auf den großdeutschen Gedanken zu bejahen, für die Außenpolitik des Reiches waren sie jedoch verderbenbringend. So, wie die Ausstrahlungen des mitteleuropäischen Raumes im Donaustaat sich fortsetzten und dort aufgefangen wurden, so hat die Doppelmonarchie auch die Stöße von Osten in sich abgebremst und ihr Vordringen bis zur deutschen Reichsgrenze verhindert. Gewissermaßen nach dem Prinzip des gestaffelten Grabensystems der Westfront mit seinem „Gegenstoß aus der Tiefe“ aufgebaut, konnte der Donaustaat Stoß und Gegenstoß in sich selbst ausgleichen und dirigieren. Ein Durchbruch

des Südostens durch diese elastische Sperre schien nicht mehr möglich, solange die Verbindung nach hinten klappte. Diesen Umständen verdankt die deutsch-österreichische Grenze ihre fast an die Anökumene heranreichende sicherheitswiegende Wirkung, durch die Binnendeutschland die Bewußtheit der drohenden Nähe des Südostens soweit verlor, daß nicht einmal mehr das Spiel der Entente auf dem Balkan durchschaut werden konnte.

Die Grenze behielt ihre Bedeutung, als schon die Katastrophe auf dem Marsch war. 1866 riß die rückwärtige Verbindung des österreichischen Stoßdämpfers, der Mißerfolg Wiens brachte bereits 1867 den ungarischen Ausgleich, der plötzlich einen eigenen ungarischen Staat entstehen ließ, wo man eine Einheit vermutet hatte. Hatte noch im Deutschen Bund ein nach außen hin relativ geschlossenes Deutschtum mit gemeinsamer Einsatzmöglichkeit im Südosten im Bereich des Möglichen gelegen und war eine deutsche Einigung, wenn auch im Wege einer machtpolitischen Auseinandersetzung, nicht von der Hand zu weisen, so hat das trennende Ergebnis von 1866 bereits 1867 die Bruchlinien der Donaumonarchie ans Tageslicht befördert, die 1918 zu neuen Grenzen wurden. Die nationale Erhebung der Südostvölker (typisch die Nationalisierung der Slowenen!) lockerten den Boden des von der Donaumonarchie unterworfenen fremdnationalen Grenzsaumes des Südostens weiter auf, und die die Gegensätze verwischende Politik Wiens geriet rasch in die Verteidigungsstellung. Die seit dem Abbröckeln des Osmanischen Reiches im Gang befindliche Ostbewegung des Raumes war zur politischen Westbewegung zurückgekehrt, in verfeinerten Formen, aber darum nicht weniger heftig: Es war kein Territorialkrieg, sondern eine legale Sprengung der Decke über dem Südosten durch die andrängenden Kräfte von unten her.

Man hat auf den Ballhausplatz von diesen Dingen nicht sonderlich viel Aufhebens gemacht. Es wäre Wasser auf die Mühle der gegen die deutsche Herrschaft Wiens andrängenden Nationalitäten gewesen, wenn Wien alarmierende Rufe an seine Bundesgenossen ausgesandt hätte. Das Südostdeutschtum als solches hatte auch keinen Grund, die Sprünge im kunstvollen Bau eines komplizierten Staates mit Fremdenführern der Weltöffentlichkeit als Naturerscheinung vorzuführen und so den andern Argumente für ihre Behauptung der deutschen Untüchtigkeit zu liefern. Es hätte unbedingt geringes geopolitisches Verständnis verraten, wären die neuen Grenzen des Balkan quer durch die Donaumonarchie zugegeben worden.

Der Vorwurf der Fehlinformation aus Wien scheint darum nicht ganz angebracht, zumal der Vormarsch des Ostens innerhalb des Habsburger Staates aller Welt bekannt war. In Frankreich war man über die kommenden Ereignisse längst im klaren und die Ablösung des „kranken Mannes am Bosphorus“ durch den „kranken Mann an der Donau“ vollzogen. Wenn man aber die geopolitischen Wartungstafeln zerstörender Schlagwörter übersehen konnte, so hätte die wissenschaftliche Erkenntnis jenseits der Vogesen und des Kanals Bedenken erregen müssen:

„Französische geopolitische Arbeiten, u. a. das bekannte „L'Europe et la question d'Autriche“ von Cheradame, stellten denn auch schon 1902 die ungesunde geopolitische Struktur Cisleithaniens bloß, namentlich vom Standpunkt geopolitischer Grenzlandforschung, während man im deutschen Sprach- und Kulturgebiet dagegen die Augen verschloß“ (40).

Allerdings — das Südostdeutschum kannte die Fragen. Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Wien und Budapest wegen jedes Kilometers Bahnbau haben dem Generalstab ebensowenig Zweifel gelassen wie der Ausgleich von 1907 u. a. m. der Wiener Regierung. Die deutsche Bevölkerung, die an der Leithagrenze großzügigen Schmuggel betrieb (er führte im Weltkrieg auf beiden Seiten bis zum Einsatz von Maschinengewehren und Flugzeugen), hatte die Zeichen ebenfalls verstanden.

Faßt man alle diese Erkenntnisse und den einheitlichen Charakter des Südost-
raumes zusammen, so lassen sich vier entscheidende Faktoren herausschälen, die die Ursache für die Abschnürung des Deutschen Reiches vom Südosten geliefert und damit die geopolitischen Gründe für den Zusammenbruch der östlichen Grenzräume 1918 gebracht haben:

1. Der Bestand eines Deutschen Reiches, das nach dem Westen tendierte, und
2. der Bestand eines zweiten Deutschen Reiches, das nach dem Osten tendierte, das aber einen großen Teil des sich politisch bewußt gewordenen Südostens mit umfaßte, so daß
3. die politische Grenze zwischen dem mittel- und südosteuropäischen Raum damals mitten durch die Donaumonarchie lief und diese für das Gesamtdeutschum undeutlich machte, während
4. die Grenze zwischen den beiden deutschen Reichen mitten durch deutsches Siedlungsgebiet verlief und daher wohl psychologische Trennungsmomente, aber kein Schutzbedürfnis beim Binnendeutschen gegen den für die Reichspolitik neutralisierten Südosten erzeugen konnte.

Die Schüsse von Sarajewo haben das Binnendeutschum unsanft geweckt. Sie haben gelehrt, was schon längst zu erkennen gewesen wäre: Der Südosten läßt sich nicht für die deutsche Politik vernachlässigen. Die Heilige Allianz hatte durch die Vorgänge auf dem Balkan — Griechenbefreiung — ihren entscheidenden Stoß erhalten, der Bulgarische Krieg 1877 führte zur Auflösung des Dreikaiserverbandes, das russisch-deutsche Bündnis kühlte über der russischen Enttäuschung nach dem Berliner Kongreß ab, der zweite Dreikaiserverband wurde durch die nationale Revolution Bulgariens gesprengt, die Spaltung im Dreibund kam durch die Haltung Italiens gegen Österreich in der bosnischen Annexionskrise zum Ausbruch, die italienisch-russische Zusammenarbeit setzte mit dem Beginn der Balkankriege ein und schließlich wurde die Weltkriegsfront von Saloniki her aufgerollt.

Für Frankreich ist der Südosten der Aufmarschraum schlechthin. Mittel- und Südosteuropa seit jeher großräumig beurteilend, hat Paris immer getrachtet, den Südosten gegen Mitteleuropa in Bewegung zu setzen. Von den Millionenbestechun-

gen des polnischen Hofes zur Zeit Sobieskis, der Unterstützung der ungarischen Aufstände gegen Habsburg im 17. Jahrhundert und der sehr bemerkenswerten Neutralitätserklärung Frankreichs in Konstantinopel im Jahre 1683 bis zur Kleinen Entente und der Unterstützung der Wiener Sozialdemokratie usw. zieht eine schnurgerade Linie. Der „Drang nach dem Osten“ war längst zum „Le drang nach osten“ geworden, ehe man in Deutschland entdeckt hatte, daß jenseits der östlichen Reichsgrenzen noch Millionen Deutsche wohnen. Für Frankreich ist der Südosten das rückwärtige Tor zu Mitteleuropa gewesen, das durch Ablenkung des zentralen Binnenraumes nach Westen für den Osten frei gegeben wurde. In dieser Zeit verwandte das deutsche Volk das gewaltige Menetekel des Nibelungenepos vorwiegend zum Studium grammatischer Regeln...

Auch die Periode der beginnenden Südosterkenntnis zwischen 1918 und dem 30. Januar 1933 führte zu keiner Änderung, weil sie teils in einer sentimentalen, teils in einer nur-wirtschaftlichen Haltung zum Südosten verharrete. Aus dieser Einstellung heraus wurde vor allem vergessen, daß Österreich nicht Mitteleuropa, sondern deutscher Anteil am Südosten ist, ein Tor, gegen dessen Öffnung sich viele mißverstehende und übelwollende Kräfte wenden müssen. Nur in einer Hinsicht wurden in dieser Periode gute Arbeiten geleistet: Die volksdeutsche Aufklärung hat in der reichsdeutschen Öffentlichkeit weiteste Kreise erfassen können und lebhaften Widerhall gefunden. Über diese Brücke gelangt das deutsche Volk auch zum Verständnis der Politik des Südostens, die bis zum Durchbruch des Nationalsozialismus wirklich großzügig, besonders im Hinblick auf die schwierigen Grenz- und Raumfragen, nur von der geopolitischen Schule verdolmetscht wurden. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Geopolitik, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Zusammenschau der außenpolitischen Probleme in Ost und West geliefert zu haben. Die raumpolitische Erkenntnis wird auch aus diesem Grund in der Verbreiterung des Wissens eine erste Rolle einnehmen, da sie vollwertiges Rüstzeug über den immer deutlicher in den Mittelpunkt des europäischen Geschehens rückenden Schütterraum liefert.

Eine weitere Fortführung dieser Gedankenreihe ist für spätere Hefte vorgesehen. Die Schriftleitung.

Literatur: 30. K. Haushofer: „Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Vowinkel, Berlin 1927. — 31. H. Hassinger: „Die Tschechoslowakei“, Wien 1925. — 32. R. Kjellén: „Studien zur Weltkrise“, München 1917 u. a. O. — 33. Kurt Trampler: „Deutsche Grenzen“, Z. f. G. Heft 1/1934. S. 16. — 34. Zitiert nach Hugo Grothe: „Bulgarien. Natur, Volkstum, Staat, Geistesleben, Wirtschaft“ in „Angewandte Geographie“, Band 48, Wien 1921. S. 105. — 35. Auf die Einstellung Bayerns zu seiner Ostgrenze weist besonders K. Haushofer in den oben zitierten „Grenzen“ hin. S. 130. — 36. R. Kjellen: „Der Staat als Lebensform“, Berlin 1924. S. 82. — 37. Herrmann Ullmann: „Das Südostdeutschtum“. Sonderdruck aus Auslandsdeutschtum und evangelische Kirche. Jahrbuch 1933. S. 24. — 38. Fairgrieve J.: „Geographie und Weltmacht“. S. 256. — 39. „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“, Band II. S. 282 f. — 40. K. Haushofer: „Grenzen“. S. 264.

COLIN ROSS:**Eroberung der Arktis?**

Der Mensch verfügt über zwei Methoden, sich der Natur gegenüber durchzusetzen und ihr sein Dasein abzugewinnen: die magische und die mechanische. Alle Naturmenschen befolgen die erstere, alle Kulturmenschen die letztere. Zivilisation ist keineswegs eine Weiterentwicklung der primitiven Lebensformen, wie wir gerne annehmen, sondern etwas prinzipiell anderes, obgleich natürlich auch die magische Form zu leben einer mechanischen Grundlage bedarf, und andererseits die mechanische nicht ohne ein gewisses Quantum von Magie auskommen kann.

Die Ausdrücke „magisch“ und „mechanisch“ sind hier in dem gleichen Sinne gebraucht wie in der „Welt auf der Waage“ und im „Willen der Welt“; den beiden Büchern, in denen ich nach einer neuen Lebensphilosophie suche. Das heißt „magisch“ bedeutet natürlich keinerlei Zauber oder Hokuspokus. Ein Mensch, der der Natur gegenüber „Magie“ anwendet, ist einer, dessen mechanischer Apparat so dürftig ausgebildet ist, der über derartig armselige Geräte, Waffen und Werkzeuge verfügt, daß er nur zu leben vermag, wenn er „Magie“ gebraucht, das heißt, wenn er seine gesamten Willens- und Seelenkräfte mobilisiert. Wenn ein Papuaner oder ein Eskimo „Wildzauber“ ausübt, so ist das nichts anderes, als solch äußerste Konzentration aller Kräfte des Menschen. Der mechanisch lebende Mensch hat diese Konzentration nicht nötig. Der „Apparat“, der gewissermaßen „erstarrte Magie“ ist, versorgt ihn auch ohne solche Anstrengung mit aller Nahrung und Notdurft des Leibes.

Dadurch hat die Zivilisation ihre Seelenkräfte für „Kultur“ freigemacht, für Kunst, Philosophie, Wissenschaft, kurz für ein höher entwickeltes emotionelles Leben. Auf der andern Seite kann eine allzugroße Verwöhnung durch den bequem und sicher arbeitenden mechanischen Apparat die „magischen“ Fähigkeiten auch verflachen lassen bis zu ihrem Verlust oder ihrer Leugnung. Ein solcher Mensch ist dann natürlich im Falle eines Versagens des Mechanismus, auf den er zu vertrauen pflegte, viel hilfloser als ein sogenannter Naturmensch. Vor allem hat ein solcher „Kulturmensch“ verlernt, im Notfall seine ganzen, nicht nur körperlichen und geistigen, sondern auch seelischen Kräfte auf den einen wesentlichen Punkt der Daseinserhaltung und Daseinssicherung zu konzentrieren, sich gegen Hunger, Kälte und jede sonstige Bedrohung unter Aufgebot aller Kräfte zu wehren.

Die magische Einstellung hat den Nachteil, daß sie der Natur nur ein materiell ungewisses Dasein abgewinnt, aber dieses ohne großen Apparat mit einem Minimum mechanischer Mittel sichert. Die mechanische Methode macht die Menschen zu Krösussen, aber vom Apparat abhängig; versagt dieser, so sind sie wie auf das Land geworfene Fische und gehen in Gebieten zugrunde, in denen der Naturmensch noch sein gutes Auskommen findet.

Bei einer Beurteilung der Möglichkeiten der Arktis und ihrer eventuellen Erschließung muß man sich über diese beiden prinzipiell verschiedenen Methoden des Verhaltens der Natur gegenüber klar sein.

Die Polarregionen sind die Gebiete der härtesten, grausamsten und lebensfeindlichsten Natur. Sie auf dem mechanischen Weg zu bezwingen, erfordert den umständlichsten mechanischen Apparat. Auf der anderen Seite bieten sie, wenigstens bisher, rein materiell so wenig, daß es sich nicht lohnt, einen solchen aufzubauen. Begreiflicherweise ist darum auch bisher Arktis wie Antarktis von der sich über die ganze übrige Erde ausbreitenden Zivilisierung, das heißt, Mechanisierung unberührt geblieben.

Heute nun tritt die Arktis mit dem Problem der Polflüge plötzlich in den praktischen Interessenkreis der zivilisierten Menschheit, und es erhebt sich die Frage ihrer Erschließung. Alle Polarexpeditionen waren ursprünglich solche auf mechanischer Grundlage; daher denn auch ihr meist katastrophales Ende, wenn der Apparat versagte, das Schiff im Eise festsatz, die Vorräte ausgingen.

In allerletzter Zeit haben die Polarforscher die magische Methode übernommen. Das heißt, sie haben von den Eskimos gelernt, wie man aus dem Lande leben kann. In seiner vollkommensten Form heißt das, daß ein arktischer Robinson auf einer Eisscholle ausgesetzt, ohne alle mechanischen Hilfsmittel sein Dasein zu fristen versteht, und nicht nur zu fristen, sondern mit der Zeit zu einem leidlich komfortablen und zufriedenen auszubauen. Es gibt heute noch solche Fälle, und ich habe in Wolstenholme selbst einen solchen kennengelernt. Es handelt sich um eine Eskimofamilie, die auf einer Eisscholle abgetrieben, auf einer unbewohnten Insel strandete und hier jahrelang lebte, bis es ihr gelang, aus Knochen und Häuten ein seefestes Fahrzeug zu erbauen, mit dem sie nach Wolstenholme zurückkehrte.

Diese Fähigkeit, gleichsam aus dem Nichts sich die Mittel zu schaffen, in einer öden Eiswüste sein Dasein zu fristen, basiert nicht so sehr auf großer manueller Geschicklichkeit, als auf einer ganz anderen Einstellung der Natur gegenüber, eben der magischen. Auf dem Eise den scheuen Seehund mit der Harpune zu jagen, erfordert eine intime Kenntnis der Psyche des Tieres, wie sie der Zivilisationsmensch nie besitzt. Der vertraut auf die Überlegenheit seines mechanischen Apparates, und versagt dieser, so ist er hilflos.

Wieviele Flieger, die als Könige über dem Eisfeld schwebten, gingen jämmerlich zugrunde, sobald ihr Apparat strandete, während Eskimos, deren Schlitten zerbrach, aus gefrorenen Fischen neue Kufen fertigten oder aus einem Packen zu einem Block zusammengefrorener Häute sich einen kompletten neuen Schlitten schnitzten. Bei eisigster Kälte stunden-, unter Umständen tagelang neben einem Luftloch im Eis auszuharren, um auf einen auftauchenden Seehund zu lauern, erfordert eine Ausdauer und Geduld, die nur bei einer von Grund aus anderen Einstellung zum Leben möglich ist, auf Grund von seelischen Kräften und Fähig-

keiten, eben der magischen, die unter anderm auch bis zu hohem Grade Unempfindlichkeit gegen Kälte verleihen.

Das sind Dinge, die einen Europäer seltsam anmuten; aber von einem kanadischen Flugzeugführer, der Flüge in die Arktis unternimmt, wird heute bereits als selbstverständliche Voraussetzung verlangt, daß er für den Fall eines Unfalles versteht, à la Eskimo zu leben, das heißt, ein Schneehaus zu erbauen und sich und seine Passagiere mit selbsterlegten Seehunden zu ernähren, die gleichzeitig Kleidung und Feuerung liefern.

Da aber ein Europäer bei aller Anpassung und Schulung dazu niemals im gleichen Maße in der Lage sein wird, ist es so wichtig, die arktischen Ureinwohner nicht nur zu erhalten, sondern auch ihre primitiven Lebensformen zu bewahren.

Dieses letztere schlägt dem ganzen bisherigen Verhalten des weißen Mannes primitiven Völkern gegenüber ins Gesicht. Diese wurden früher ausgerottet oder versklavt, später zivilisiert. Die möglichst rasche und möglichst vollständige Zivilisierung erschien nicht nur als die beste Methode, ein wildes Land zu erschließen, sondern auch als die größte Wohltat, die man den „Wilden“ selbst antun konnte. Freilich in allerletzter Zeit ist man an dieser Methode irre geworden und hat angefangen, in den magischen Lebensformen der Primitiven Werte besonderer Art zu erkennen.

Diese Erkenntnis bestimmt die Eingeborenenpolitik der kanadischen Regierung im Hohen Norden. Die Eskimos werden nicht zivilisiert. Im Gegenteil, man sucht sie so weit wie möglich im bisherigen primitiven Zustand zu erhalten. Die einzige Fürsorge, die die Dominionregierung ihnen angedeihen läßt, ist die, den polaren Wildbestand, von dem sie leben, mit allen Mitteln zu heben. Der Eskimo soll in seiner bisherigen Unabhängigkeit von der Zivilisation, soweit wie dies noch möglich ist, erhalten werden. Völlig geht dies ja auch in der Zentralarktis, dem bisher am wenigsten europäischen Teil der Polarzone, nicht mehr. Auch hier kennt der Eskimo bereits Gewehre, Petroleum und europäische Boote. Aber im übrigen lebt und jagt er doch noch völlig in der altüberkommenen Weise.

Die Idee dabei ist nicht, den Eskimo gewissermaßen als lebendes Museumsobjekt zu konservieren, indem man ihn in einer Art Naturschutzpark für primitive Rassen isoliert, sondern seine unersetzbaren magischen Fähigkeiten zu bewahren, um sie für die Erschließung der Arktis zu nutzen.

Der Weiße, der in den Hohen Norden geht, lebt dort zunächst wie unter einer Glasglocke; ohne die mitgebrachte Nahrung und Feuerung geht er zugrunde. Vom Eskimo lernt er mit der Zeit, wie man von einer Natur leben kann, die zuerst als tödliche Eiswüste erscheint. Jede europäische Siedlung in einem andern Kontinent war zunächst für Jahrzehnte, ja Jahrhunderte von Europa abhängig. Selbst Amerika, das kanadische wie das britische, später US-amerikanische hing zwei Jahrhunderte von der europäischen Zufuhr ab, bis es gelernt hatte, sich ganz auf

eigene Füße zu stellen und sich selbst zu versorgen. Wo solche Versorgung und Zufuhr vorzeitig aussetzte, wie bei der ersten Normannensiedlung in Grönland, ging die abgeschnittene europäische Kolonie zugrunde, beziehungsweise in den magisch lebenden Ureinwohnern auf.

Ein solches Auf-eigene-Füße-Stellen wird bei der Arktis allerdings kaum je möglich sein, wenigstens nicht im Sinne europäischer Arbeits- und Lebensform. Es erscheint aber nicht ausgeschlossen, die natürlichen Hilfsmittel und Reichtümer der polaren Region derart zu entwickeln, daß die Arktis bei einer Kombination der mechanischen mit der magischen Lebensform sich selbst erhält. Das würde heißen, daß die Eskimos langsam und vorsichtig in die Zivilisation eingegliedert werden, bei möglichster Wahrung ihrer magischen Fähigkeiten, während andererseits die Weißen in der Arktis, soviel wie nur angeht, von den Eskimos und deren Methoden übernehmen.

Eine solche wechselseitige Anpassung und Übernahme der beiderseitigen Methoden ist vielleicht nur in der Arktis möglich, da lediglich hier für den weißen Mann eine zwingende Notwendigkeit dazu besteht.

Die Bewahrung magischer Lebensformen und ihre Übernahme und Nutzung durch den Weißen ist jedoch nicht nur für die Arktis bedeutsam. Die rein mechanische Zivilisation erweist sich immer mehr als unbefriedigend und als ungenügend, die seelischen Bedürfnisse der zivilisierten Menschheit zu stillen. So wächst langsam die Gefahr heran, daß es zu einem Überdruß an der Zivilisation kommt, der unter Verkennung der katastrophalen materiellen Folgen zum Niederreisen und Zusammenbruch unseres komplizierten mechanischen Apparates führen könnte.

Amerika ist bisher führend in der mechanischen Zivilisation und in der Mechanisierung des Lebens gewesen. Es trägt die Hauptverantwortung für die gegenwärtige Krise des weißen Mannes. Auch das riesige Reich, das sich von den Vereinigten Staaten von Amerika bis an den Pol erstreckt, ist in diesem Sinne „Amerika“. Auch im südlichen Kanada hatte man den Ehrgeiz, nicht hinter dem Nachbarreich zurückzustehen, was den mechanischen Apparat anbetrifft. Auf den höchsten Breitegraden dieses neuen Nordreiches aber leben Menschen noch im Eiszeitalter, und eine ganz moderne Regierung sucht sie in diesem zu erhalten. Nirgendwo sonst auf der Erde außer in Sowjetasien sind die beiden Pole menschlicher Lebensformen derart in einem Lande vereinigt.

Die Synthese dieser beiden Pole ist das große Problem der Zukunft, das allerdings kaum in Kanada noch überhaupt in Amerika seine Lösung finden wird, sondern vielleicht in Europa, wohin das Weltpendel langsam wieder zurückzuschwingen anhebt.

SIEGFRIED WARNECK:**Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo**

Harbin, Februar 1934.

Der neue Mandschurische Staat hat nach zweijährigem Bestehen den Prozeß seiner territorialen Loslösung aus dem chinesischen Reichsverbande nahezu vollendet. Bedeutende Gebietserweiterungen sind nicht mehr zu erwarten, und die abschließende Arbeit der endgültigen Grenzbestimmung steht bevor. Dabei soll die schwierige Aufgabe einer Grenzschaftung gelöst werden, welche die Interessen des jungen Staates wahrt, ohne die bestehenden internationalen Verträge zu verletzen und auch ohne den Argwohn der Mächte von neuem zu erwecken. Eine kurze Betrachtung des jetzigen Grenzstandes von Manchoukuo und seiner vertraglichen Grundlagen, soweit solche vorhanden sind, dürfte deshalb auch für uns Deutsche von einigem Interesse sein, handelt es sich doch um ein Problem, dessen glückliche Entscheidung von weltpolitischer Bedeutung sein kann.

Der Mandschurische Staat beansprucht das Hoheitsrecht über vier ehemalige chinesische Provinzen: Liaoning (Mukden oder Fengt'ien), Kirin, Heilungkiang und Jehol. Die alte Mandschurei, das Stammland der Mandschukaiser Chinas, umfaßte das Gebiet der drei erstgenannten Provinzen, die damals jedoch bedeutend kleiner waren und erst nach der chinesischen Revolution von 1911, durch Einverleibung der angrenzenden mongolischen Ländereien des Cherim (Dscherim)-Bundes, ihren gegenwärtigen Umfang erreichten. Die Fortsetzung dieser neuen, westlichen und südwestlichen Teile der drei mandschurischen Provinzen bildet die vom geschichtlichen Standpunkte aus rein mongolische Provinz Jehol, die, vor 1928 ein chinesischer Sonderbezirk, das Gebiet der innermongolischen Bünde von Chouta (Dschouda) und Chosot'u (Dschossotu) umfaßt. Westlich davon liegt die ebenfalls zur Inneren Mongolei gehörende Provinz Chahar, deren südlicher Teil aus dem eigentlichen Gebiet der Chaharmongolen, der Norden aber aus dem des Silingolbundes besteht. Hier ist die Grenze von Manchoukuo am unbestimmtesten. Im weiten Steppenlande der nomadischen Mongolen ist man nicht gewohnt, feste, unabänderliche Grenzlinien zu ziehen: auch die von den chinesischen Behörden bei der Verwaltungsübernahme unternommene Grenzziehung zwischen Chahar und Jehol entspricht keineswegs den Forderungen, die einer Grenze zwischen zwei Staaten gestellt werden. Wirtschaftliche und zum Teil auch strategische Gründe erfordern dringlich, das Gebiet des mandschurischen Jehol auf Kosten des chinesisch bleibenden Chahar abzurunden. In Betracht kommt der wirtschaftlich eng mit Jehol und teilweise auch mit der eigentlichen Mandschurei verbundene nordwestliche Teil des Silingolbundes und der südlich davon um das wichtige Handelszentrum Dolonnor herum gelegene Streifen Chahars. Der schon nach der Eroberung Jehols durch die Japaner von Marschall Feng

Yü-hsiang im vergangenen Jahre durch einen seiner Untergenerale unternommene Versuch, Dolonnor für China zu retten, ist natürlicherweise gescheitert; der Ort befindet sich heute im Machtbereich eines manchoukuofreundlichen Truppenführers. Ähnlich wird in nächster Zukunft wohl auch das Geschick der betreffenden Teile des Silingolbundes sein.



Die Grenzen der Mandschurei

Die südliche Grenze des neuen Staates mit China stimmt ebenfalls nicht mit der bisherigen Provinzialgrenze Jehols überein. Letztere verlief in ihrem östlichsten Teile eine ziemliche Strecke nördlich von der Großen Mauer, während die jetzt von Manchoukuo beanspruchte Grenze unmittelbar von Shanhaikuan westwärts der Großen Mauer entlanggeht. Es wäre dies die alte historische Scheidelinie zwischen dem eigentlichen China und den nördlichen Nomadenländern. Etwas

Bestimmtes läßt sich jedoch vorläufig über diese Grenze ebensowenig behaupten, wie über die Grenze der Inneren Mongolei. Ihre endgültige Festlegung bleibt einem späteren chinesisch-japanisch-mandschurischen Abkommen anheimgestellt.

Mit der Provinz Mukden ist auch der entsprechende Teil der Küste des Gelben Meeres mit der Liaotunghalbinsel mandschurisch geworden. Der südliche Teil der letzteren mit Dairen und Port-Arthur bildet bekanntlich das ehemalige russische, jetzt japanische Pachtgebiet von Kwantung, dessen Grenzen von Manchoukuo selbstverständlich respektiert worden sind. Sie sind ursprünglich in der russisch-chinesischen Konvention von Peking vom 15. März (a. St.) 1898 nebst dem ergänzenden Protokoll vom 25. April (a. St.) 1898 bestimmt und im japanisch-chinesischen Vertrag von Peking vom 22. Dezember 1905 bestätigt worden.

Der altherkömmlichen mandschurisch-koreanischen Grenze ist durch den Umsturz in der Mandschurei gleichfalls keine Änderung widerfahren. Diese Grenze, vom Gelben Meere stromaufwärts dem Yalukiang entlang bis zu dessen Quellgebiet am Pai-t'ou-shan und von dort stromabwärts längs dem Tumenkiang bis zur russischen Grenze 20 chinesische Li (etwa 10 km) von der Küste des Japanischen Meeres entfernt, ist, unseres Wissens, nicht vertraglich festgesetzt, sondern als sozusagen „natürliche“ Grenze zwischen der Mandschurei und Korea im Laufe der Jahrhunderte bestimmt worden. Bis vor wenigen Jahrzehnten war es auch die ethnographische Trennungslinie beider Länder.

Weit komplizierter ist das Problem der mandschurisch-russischen Grenzen.

In jener längst vergangenen Zeit, als der erste Mandschukaiser Shun-chih (1644 bis 1661) den Thron Chinas bestieg, hatte sein Heimatland, die Mandschurei, keine bestimmte nördliche Grenze. Endlose Wälder bedeckten die fruchtbaren Täler und die an allerhand Mineralien reichen Gebirgshöhen des weitausgedehnten Amurbeckens. Wilde tungusische und mongolische Jägerstämme und vereinzelte Gold- und Ginsengsucher waren ihre einzigen Bewohner. Der Hof von Peking betrachtete dieses Land als seine Domäne und bezog von dort regelmäßige Tributsendungen von kostbaren Zobelpelzen und wertvollen Ginsengwurzeln. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erreichten russische Kosaken die Ufer des Amurs. Sie kümmerten sich wenig um die Rechte des Khans von Han (des Kaisers von China). Ein Zusammenstoß folgte bald dem anderen, bis endlich der Vertrag von Nertschinsk vom 27. August 1689 die russisch-mandschurische Grenze endgültig festlegte. Das Stanowoigebirge, die Wasserscheide zwischen Lena und Amur, bildete die Grenze im Norden, während südlicher der Argunstrom in seiner ganzen Länge als Grenze beider Reiche galt. Letztere Bestimmung ist bis heute noch in Kraft.

38 Jahre später, im Herbst 1727, schloß Rußland einen ergänzenden Grenzvertrag mit China (ebenfalls in Nertschinsk, jedoch mehr bekannt als der Vertrag von Kiachta), der die Grenze beider Reiche westlich vom Argun im Norden der Mongolei bestimmte. Den äußersten östlichen Abschnitt dieser neuen Linie bildet

die jetzige Landgrenze bei Manchuli. Wegen der ungenauen Ausdrucksweise des Vertrages ist sie der Gegenstand eines noch nicht entschiedenen russisch-mandschurischen Streites. Die Manchoukuovertreter behaupten nämlich, die russischen Grenzbefestigungen bei Manchuli seien, ebenso wie die kleine russische Grenzstation „Rasjesd Nr. 86“ zwischen Manchuli und der russischen Station Mazijewskaja, auf mandschurischem Boden gebaut. Ein Blick auf die alten, um die Jahrhundertwende herausgegebenen Landkarten scheint diese Behauptung zu bestätigen. Nach ihnen liegt die Staatsgrenze nicht unmittelbar vor Manchuli, sondern sie geht dicht an Mazijewskaja vorbei. Erst die späteren Karten haben der jetzigen tatsächlichen Lage Ausdruck verliehen¹⁾. Zur Zeit der früheren russischen Machtentfaltung konnte eine kleine Grenzverschiebung, falls sie wirklich stattgefunden hat, wohl ohne weiteres geschehen. Doch selbst wenn der mandschurische Anspruch berechtigt ist, wird sich an der Hand des Vertrages von 1727 nichts beweisen lassen, denn dort ist bloß von einer unbestimmten Grenzlinie in unbesiedeltem Lande die Rede²⁾.

Im 19. Jahrhundert litt das Chinesische Reich unter schweren inneren und äußeren Erschütterungen. Diesen Moment nützten die Russen zum Vormarsch nach Süden und zur Aufhebung der nominellen chinesischen Herrschaft im nördlichen Amurgebiet aus. Im erzwungenen Vertrage von Aigun vom 16. Mai (a. St.) 1858 wurde vereinbart, daß das linke Amurufer, vom Argun bis zur Mündung, nunmehr dem Russischen Reiche gehöre, während das rechte Ufer vom Argun bis zur Mündung des Ussuri chinesisch blieb. Die spätere russische Küstenprovinz zwischen dem Ussuri und der Küste des Japanischen Meeres sollte endlich bis auf weiteres ein chinesisch-russisches Kondominium bilden. Ferner besagt Artikel 1 des Vertrages von Aigun u. a. noch folgendes: „Die sich am linken (d. h. russi-

1) Wie uns ein gewesener russischer Diplomat, der jahrelang der Kaiserlich Russischen Gesandtschaft in Peking nahestand, versicherte, wurde die Grenzlinie Manchuli von einer gemischten russisch-chinesischen Grenzkommision wenige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges (in der Zeit zwischen 1909 und 1911) genau festgelegt, wobei die ganze Angelegenheit als wenig bedeutend betrachtet wurde, was sie ja eigentlich auch ist. Es scheint sich hier um ein nicht veröffentlichtes Abkommen zu handeln, das inzwischen wieder in Vergessenheit geraten ist. Wenigstens wird die Tatsache dieses Abkommens sogar von manchen sowjetrussischen Spezialisten bezweifelt.

2) Der entsprechende Abschnitt (Art. III, zweiter Absatz, zweite Hälfte) des Vertrages von 1927 lautet im französischen Text wie folgt: „Le désert entre le pays habité par les sujets de L'Empire des Oros et la maison de garde mongole de L'Empire du Centre sera divisé en deux parties égales comme à Kiachta. Où il y a des montagnes, des sommets des montagnes et des rivières dans le voisinage du pays habité par les sujets de L'Empire des Oros, ils serviront à déterminer leur frontière, et où les montagnes et les rivières se trouvent à plus de proximité de la maison de garde mongole, ils serviront également à établir la frontière de L'Empire du Centre, mais où il y a des vastes plaines sans montagnes ni rivières, elles seront divisées en deux parties égales, et on établira des poteaux au milieu pour marquer cette frontière depuis la maison de garde de Tsagan Oola jusqu'aux bords de la rivière Ergoune (Argoun) ...“

schen SW.) Ufer des Flusses Amur, vom Sejastrom südwärts bis zum Dorfe Hormoldjin befindenden mandschurischen Bewohner sollen für ewige Zeiten in ihren früheren Wohnorten unter Obhut der mandschurischen Regierung belassen bleiben, damit ihnen vonseiten der russischen Bewohner kein Leid, noch Bedrückungen widerfahren.“ In keinem der späteren russisch-chinesischen Verträge ist diese Bestimmung je widerrufen worden. Theoretisch besteht sie auch heute noch, in der Praxis jedoch wurden die letzten Vorrechte, die China nördlich vom Amur genoß, zur Zeit des Boxeraufstands (1900) endgültig beseitigt. Damals mußte die ohnmächtige kaiserlich chinesische Regierung sich alles gefallen lassen, und erst während der Herrschaft der Kuomintang sind im Reich der Mitte wieder Stimmen vernehmlich geworden, welche die Wiederherstellung des status quo am Amur forderten. Gewisse Kreise in Manchoukuo haben später diesen Anspruch von China übernommen und warten bloß auf den geeigneten Moment, um zu versuchen, das, in diesem Falle allerdings nicht absolute, Hoheitsrecht der Mandchurei auf das entsprechende Gebiet nördlich vom Amur auszudehnen.

Am 2. November 1860 (a. St.) wurde in Peking ein ergänzender russisch-chinesischer Vertrag geschlossen, welcher das Küstengebiet Rußland zusprach und das Kondominium aufhob. Gleichzeitig wurde die jetzige nordöstliche Grenze der Mandchurei bestimmt. Vom Amur verläuft sie erst dem Ussuri, dann dem kleinen Flusse Sungatscha, welcher den Ussuri mit dem Hangkasee verbindet, entlang, durchquert den nördlichen Teil des genannten Sees, und schlängelt sich von dort südwärts durch das Gebirge bis zu einer Stelle am Ufer des Tumenkiang etwa 10 km von der Küste des Japanischen Meeres entfernt. Der letztgenannte Abschnitt war Gegenstand eines speziellen ergänzenden russisch-chinesischen Grenzabkommens vom 16./28. Juni 1861.

Das letzte allgemeine russisch-chinesische Abkommen der Vorkriegszeit, der Vertrag von St. Petersburg vom 12./24. Februar 1881, hat, gleichwie die späteren speziellen Verträge und Konventionen der zaristischen Regierung mit China, die Grenzen der Mandchurei nicht verändert und die Gültigkeit der bisherigen Verträge von neuem bestätigt. Auch die Vereinbarungen der Sowjetunion mit China 1924 bzw. 1929 haben den bisherigen Grenzstand weiter bestehen lassen.

Die russisch-chinesischen Grenzabkommen enthalten viele unklare Punkte. Außer den bereits erwähnten Streitfragen über die Grenze bei Manchuli und die mandschurischen Dörfer nördlich vom Amur, muß hier noch der Streit über die Amurinseln erwähnt werden, auf die beide Regierungen, die russische wie die von Manchoukuo, Ansprüche erheben. Die Verträge sagen nichts von den Inseln der Grenzströme und Rußland hat sie bisher stets als russisches Gebiet betrachtet, was bei Chinas wohlbekannter Schwäche ein leichtes war. Dabei sind manche der Inseln von großer strategischer Bedeutung, so die Inseln an der Sungarimündung und die langgestreckte Insel San-chiao-chou an der Ussuri-

mündung. Letztere bildete eine Art Dreieck, dessen Spitze nach Süden hin gerichtet ist, und wird im Norden vom Amur, im Südosten vom eigentlichen Ussuri und im Südwesten vom sog. Arm Kosakewitschs (Kosakewitschewa Protoka) umspült. Nahe der östlichen Spitze der Insel, wo der Ussuri in den Amur mündet, liegt Habarowsk. Laut den Verträgen von Aigun und Peking müßte die russisch-mandschurische Grenze hier liegen, da das Gebiet südlich vom Amur bis zur Ussurimündung chinesisch bleiben sollte, folglich auch die Insel Sanchiao-chou, die an dieser Stelle tatsächlich das südliche Amurufer bildet. Da jedoch der Besitz der Insel für die Sicherheit Habarowsks unentbehrlich ist, haben die Russen hier an dieser Stelle des Ussuri den Flußarm Kosakewitschs zum Grenzfluß erklärt und somit die in Frage stehende Insel aus dem mandschurischen Gebiet ausgeschieden. Im Falle einer allgemeinen Auseinandersetzung mit der UdSSR. wird Manchoukuo wohl auch diese Frage nicht unberücksichtigt lassen.

Zum Schluß, um das Bild der Staatsgrenzen von Manchoukuo zu vollenden, sei noch die Grenze mit der Äußeren Mongolei erwähnt. Sie beruht auf alten Abkommen zwischen den einzelnen mongolischen Stämmen und Fürstentümern der Halha und der Barga und ist in keinem internationalen Verträge festgesetzt. Mit Ausnahme der von Grenzwachen besetzten Stellen wird sie wohl ebenso unbestimmt sein, wie ihre Fortsetzung: die Grenzlinie zwischen Jehol und Chahar.

Abschließend können wir feststellen, daß bei der endgültigen Fixierung der Grenzen von Manchoukuo, die russische Grenze ausgenommen, voraussichtlich keine bedeutenden Schwierigkeiten zu erwarten sind. Die eben geschilderten russisch-mandschurischen Grenzstreitigkeiten bilden jedoch, trotzdem es sich um räumlich unbedeutende Gebiete handelt, ein nicht zu unterschätzendes Hindernis auf dem Wege zu einer allgemeinen russisch-japanisch-mandschurischen Verständigung. Besonders peinlich ist die Frage der Amurinseln und des von Nachkommen der Mandschu besiedelten Gebietes nördlich vom Amur. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir sie als eine dauernde Gefahr für die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten bezeichnen. Bei dem gespannten politischen Verhältnis zwischen der UdSSR. und Japan-Manchoukuo können es die Vertreter der betreffenden Staaten nicht einmal wagen, das Grenzproblem öffentlich am Verhandlungstisch zu erörtern. Die für den Herbst 1933 angesagte russisch-mandschurische Amurkonferenz in Blagowjeschtschensk konnte überhaupt nicht zusammen treten, hauptsächlich wohl, um der Gefahr eines offenen Bruchs zu entgehen.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt.**

Frühjahrsbeginn ist eine Zeit launischen Wetters nicht nur im klimatischen Bereich. Unstetigkeiten auf der politischen Wetterkarte zeigen sich auf der ganzen Erde; damit die Dauereinflüsse zu ihrem Recht kommen, läßt sich freilich oft schon vorher mit einiger Sicherheit sagen, an welchen Stellen solche Unstetigkeiten auftreten. Die Zugstraßen politischer Störung in Europa sind bekannt; wir wissen, wo wir sie in Südamerika zu suchen haben, und kennen sie vom Nahen und Fernen Osten. Reißen wir eine Sammlung von Nachrichten aus der jüngsten Zeit aneinander, so gewinnt man ein reizvolles Gesamtbild...

Scheitern einer Chaco-Vermittlung (zum wievielten Mal?); gewaltsamer Tod des Generals Sandino im angeblich befriedeten Nicaragua; Unruhen in New York; Ablehnung des Lorenzstrom-Vertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten; neues Gesetz über die Unabhängigkeit der Philippinen; Anpassung der südafrikanischen Verfassung an das Statut von Westminster; Besuchsreise eines englischen Prinzen nach Südafrika; „endgültige“ Befriedung Marokkos; Regierungskrise in Spanien, verbunden mit katalanischer Opposition; gescheiterte Verfassungsreform in der Schweiz; Dreierpakt in Rom; tschechisch-polnische Spannung im schlesischen Grenzgebiet; Unfreundlichkeiten Polens gegen Litauen und Litauens in Memel; Diktatur in Estland mit russischen Hintergründen; Hauptstadtverlegung der Ukraine von Charkow zurück nach Kiew — eine Fülle von Einzeltatsachen, aus denen wir einige zu besonderer Betrachtung herausgreifen...

Nach dem Abklingen der kubanischen Wirren — das man für weniger endgültig halten sollte als die derzeitige kubanische Regierung — ist es wieder Nicaragua, das durch eine ausgesprochene Wildwest-Handlung den freundlichen Schleier vor sorgsam gehüteten Hintergründen hinweggerissen hat. Die Verkündung der völlig veränderten nordamerikanischen Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten in Montevideo hatte so guten Eindruck gemacht; die Langmut der Washingtoner Regierung gegenüber den kubanischen Ärgernissen war so überzeugend gewesen — mußte nun wirklich ein übereifriges Mitglied der (seinerzeit von den Vereinigten Staaten eingesetzten) Regierung von Nicaragua dem Rebellengeneral Sandino zuerst freies Geleit geben und ihn dann trotz freien Geleites erschießen lassen? Sandino hatte Jahre hindurch in den unzugänglichen Waldgebieten seiner Heimat — zeitweise sogar mit versteckter Hilfe aus Mexiko — den amerikanischen Marinetruppen, dem Bananentrust und der von diesen beiden Mächten abhängigen Regierung von Nicaragua getrotzt. Man hatte schließlich einen „Frieden“ geschlossen, der den treuesten Anhängern Sandinos ihre Waffen ließ, und ihm selbst die Freiheit, sich mit seinen Leuten — fern den Besitzungen des Bananentrusts — anzusiedeln. Scheinbar ging alles gut; aber der „Ordnungssinn“ in Managua ließ

nicht locker; Sandino sollte völlig unschädlich gemacht werden, und dazu bediente man sich des bereits erwähnten Mittels... Wie Staatsmänner und Generale in Nicaragua miteinander umgehen, ist an sich keine Frage von Wichtigkeit; daß aus diesen Vorgängen ein seltsames Licht über den ganzen amerikanischen Kontinent geistert, ist schon wichtiger. Ganz unabhängig davon, ob Vertreter des Nordens irgendeine wirkliche Verantwortung an dem Vorgang tragen — sie wird ihnen im ganzen nichtangelsächsischen Amerika zugeschoben; und darin liegt allerdings ein Vorgang, der stimmungsmäßig nicht unterschätzt werden darf. Es wird noch lange Zeit und eine sehr gleichmäßige Außenpolitik Washingtons nötig sein, bis die süd- und mittelamerikanischen Völker ernstlich glauben werden, daß der Imperialismus in Washington tot sei. Solange Panama und Nicaragua, Kuba und Haiti so regiert werden, wie sie zur Zeit regiert werden, solange die Kanalzone und die Fonseca-Bucht und Guantanamo so aussehen, wie sie heute aussehen — so lange wird man in Buenos Aires und in Rio de Janeiro, noch mehr aber in Mexiko, Bogotá und Caracas mißtrauisch sein. Das Ballspiel, das zwischen Präsidenten und Parlament in der Philippinenfrage gespielt wird, gehört auch nicht zu den besten Beruhigungsmitteln für zahlen- und wirtschaftsschwache Völker. Ein „klein“amerikanischer Interessentenkreis in den Vereinigten Staaten will (aus Gründen der Konkurrenzabwehr in bestimmten tropischen und subtropischen Produkten) die Philippinen loswerden; ein anderer, kaum weniger starker, will sie als Exportgebiet behalten; die politische Spitze in Washington schwankt hin und her; erinnert sich Roosevelt seiner Vergangenheit als Staatssekretär der Marine, so wird er sich ungern von Manila trennen; auf der anderen Seite wechseln Hull und Hirota die freundlichsten Briefe... Das Ergebnis ist für die Philippinen wenig erfreulich: ein Unabhängigkeitsgesetz, das zunächst zehn Jahre Ausbeutung einseitigster Art durch die Vereinigten Staaten sichert, um dann zu einer höchst ungesicherten Zukunft zu leiten. Es ist begreiflich, daß das Parlament der Philippinen von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, diese Art Unabhängigkeit nicht zu ratifizieren. Womit der Entschluß nach Washington zurückgeworfen ist, wo man zu der Absicht steht, den Philippinen ein gleiches oder ähnliches Gesetz von neuem zuzumuten. Ein freundliches Spiel, bei dem Japan es sich leisten kann, den nicht minder freundlichen Zuschauer zu spielen...

Liegt schon in der Gestaltung des Philippinengesetzes eine bemerkenswerte Schwäche des Präsidenten gegenüber dem Kongreß, so gilt das noch mehr von der Niederlage, die Roosevelt mit der Ablehnung des Lorenzstrom-Projektes durch den Senat erlitten hat. (Zur Richtigstellung mancher Meldungen: das Gesetz ist nicht mit Mehrheit abgelehnt worden; es wurde nur die qualifizierte Mehrheit dafür nicht erreicht.) Wir haben in einem früheren Bericht das Lorenzstrom-Projekt eingehend behandelt und können uns daher kurz fassen. Ziel des von den Vereinigten Staaten und von Kanada gemeinsam durchzuführenden Projektes war

— neben der Gewinnung riesiger Wasserkräfte — die Schaffung eines durchgehenden Großschiffahrtsweges vom Ozean bis zum Oberen See, der das Ende der Seeschiffahrt tief in den amerikanischen Kontinent hineinverlegen sollte. Die Wirkung sowohl auf die Wirtschaft Kanadas wie auf die der Vereinigten Staaten wäre im höchsten Maß umwälzend gewesen; der Gewinn der Binnenlandschaften beiderseits der Grenze hätte den Schaden der Umschlagplätze sowohl in Quebec wie in den atlantischen Staaten der Union auf lange Sicht sicherlich aufgewogen. Aber es ist verständlich, daß man sowohl in Quebec wie in den östlichen Küstenstaaten der Union zunächst mehr den Schaden des eignen Hafens als den Nutzen der großen Binnengebiete sah, und alles tat, um das Projekt zu Fall zu bringen. Die Ablehnung des Lorenz-Vertrages durch den amerikanischen Senat ist eine Niederlage der amerikanischen Kontinentalpolitik; in der Rückwirkung auf Kanada gibt sie dem französischen Osten Oberwasser gegenüber einer an sich schon schwankenden englisch-konservativen Zentralregierung. Ein Vorgang, der Beachtung verdient. Besonders in einem Augenblick, in dem diese Regierung in Ottawa allen Zwang einer Regierungsmehrheit aufbieten muß, um nicht über einer gefühlsmäßig sehr eigenartigen Sache zu stürzen: der Titelfrage! Diese stammt aus dem Weltkrieg; genauer gesagt, aus der Regierungszeit Lloyd Georges, der wahllos nicht nur das Oberhaus mit Kriegsgewinn durchsetzte, sondern auch die Dominien mit Titeln überfluten ließ. Dagegen wandte sich Kanada und beschloß, kanadischen Bürgern das Tragen englischer Titel zu verbieten. Mit dieser Regel hat der gegenwärtige Ministerpräsident Bennett gebrochen; es hat nicht viel gefehlt, und er wäre darüber gestürzt.

Seltsame Dinge scheint auch das südafrikanische Kabinett zu planen, wenn die vorsichtigen „Times“ angesichts der kommenden Verfassungsreform Südafrikas darüber klagen, daß man dort anscheinend beabsichtige, „to cross the t's and to dot the i's“ — nämlich der südafrikanischen Unabhängigkeit. „Um die Verfassung dem Statut von Westminster anzupassen.“ Man könnte beinahe versucht sein, an Irland zu denken, wenn nicht Smuts der Stellvertreter Hertzogs wäre, und wenn nicht auch Hertzog und vor allem sein Finanzminister Havenga so gute Beweise dafür gegeben hätten, daß sie das Imperium gerade dann nicht verlassen werden, wenn ihnen kein theoretisches Recht in den Weg gelegt wird. Im übrigen war auch ein Bruder des Prinzen von Wales in Südafrika...

An diesen Besuch aber knüpft sich ein Vorgang, den wir unseren Lesern doch nicht verschweigen wollen, so klein und unscheinbar er auch sein mag. Denn er beleuchtet eine tiefe Wandlung... Der Vorgang ist folgender: In Betschuanaland lebt ein Negerhäuptling namens Tschekedi, ein Mann mit Rundfunk und Automobil, der seinen Stamm mit jener in Afrika heute üblichen Mischung von schwarzen und weißen Methoden regiert. Anlaß zu politischem Sturm gab die Tatsache, daß er einmal mit schwarzen Methoden an weiße Haut geriet. Einer jener „armen

Weißer“, welche die Distanz zum Neger verloren haben, und „wie Neger“ leben, ließ sich in Tschekedis Herrschaftsbereich etwas zuschulden kommen; und nun tat Tschekedi etwas, was er nicht hätte tun dürfen: er ließ von schwarzen Händen an diesem Weißen eine gründliche Prügelstrafe vollziehen. Die Nachricht davon kam, stark vergrößert, an die höchste weiße Autorität des Gebietes, einen wackeren Admiral, der den Vorgang als Aufstand betrachtete, und mit bewaffneter Macht heranzog, um Tschekedi abzusetzen. Die Sache kam zur Entscheidung nach London; Tschekedi schrieb einen Brief, worin er mitteilte, daß es ihm ferngelegen habe, seine Rechte ausdehnen zu wollen; nach einer kurzen Anstandspause, während deren der wackere Admiral von der englischen Presse weidlich verlacht wurde, hat man Tschekedi wieder in seinem Machtbereich eingesetzt. Das vor einigen Monaten. Jetzt hat der Bruder des Prinzen von Wales, der Sohn des regierenden englischen Königs, den Häuptling Tschekedi besucht und ihm die Hand geschüttelt. Wandel der Zeiten. Man braucht sich nur vorzustellen, was etwa vor dreißig Jahren mit einem Negerhäuptling geschehen wäre, der in aller Öffentlichkeit einen Weißen hätte verprügeln lassen — in einer englischen Kolonie! Freilich — vor dreißig Jahren gab es auch noch nicht das Problem der „armen Weißen“ — ein gefährliches Problem in Ländern mit starken schwarzen Unterschichten... Nicht ohne Reiz war auch der Kommentar französischer Blätter zur „Affaire Tschekedi“!

Im Bereich der „dunklen Franzosen“ Nordafrikas haben die Nachfolger Marschall Lyauteys einen entscheidenden Erfolg errungen. Sie haben wohl das letzte Nest ernstlichen Widerstandes im AntiAtlas ausgeräumt. Marokko ist nun unterworfen; die ungelöste Frage ist höchstens die, ob es nicht vorher schon unterworfen war und ob die Unterwerfung nicht bequemer zu haben gewesen wäre — der Feldzug im Marokko ist so seltsam zeitgerecht gekommen, in dem Augenblick, wo man eine Abrüstungsnote zu verfassen hat... Im übrigen soll die endgültige Befriedung Marokkos dazu dienen, einen Teil der nordafrikanischen Regimenter nach Frankreich selbst zu legen — ein Vorgang, der an gewisse Perioden des Römischen Reiches erinnert (nicht an die glanzvollsten!) — der freilich kein neuer Anfang, sondern nur eine Fortsetzung einer bereits bestehenden Übung ist. Immerhin ein eigener Hintergrund zu dem in höflichsten Formen sich vollziehenden „Abrüstungsgespräch“ der europäischen Mächte. Man reist und schreibt Noten und glaubt nicht daran, daß etwas dabei herauskommt...

Im Inneren Frankreichs bestehen die Stavisky-Nöte weiter. Man wird sich daran gewöhnen müssen, ihre innerpolitischen Rückwirkungen sehr scharf von den möglichen außenpolitischen zu scheiden.

Italien hat in einer Rede Mussolinis wieder einmal in aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß es in der Rüstungsfrage gegen Frankreich, in der Donaufrage gegen Deutschland steht. Abzuwägen bleibt immer nur, welches Interesse bei der römischen Außenpolitik gerade im Vordergrund steht. Die Zusammenkunft

mit Gömbös und Dollfuß in Rom galt der Donaufrage, die für Italien eine Frage des Glacis und eine Frage der Umklammerung Südslawiens ist — so sehr man auch bemüht sein mag, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund zu schieben. Italien, Österreich und Ungarn können sich auf wirtschaftlichem Gebiete nur sehr beschränkte Vorteile bieten; man soll also gerade den wirtschaftlichen Teil des römischen Paktes nicht für wertvoller und bedeutender halten (für die Beteiligten) als er ist. In der politischen Beurteilung fällt eine vorsichtig abwägende Haltung der Ungarn auf. Die herrschgewohnte magyarische Oberschicht ist klug genug, um wenig Freude an allzu einseitigen Bindungen zu haben. Von ungarischer Revisionsbewegung ist wenig mehr die Rede...

Seltsame Vorgänge haben sich in der baltischen Politik der letzten Wochen abgespielt. Ob in Estland eine Verfassungsrevision durchgeführt wird, die eine Angleichung an faschistische Formen ermöglichen soll, dann aber von der bestehenden Regierung ausgenützt wird, um mit rücksichtsloser Energie die faschistische Richtung zu unterdrücken — das ist an sich verhältnismäßig unwichtig. Wichtig wird dieser Vorgang erst, wenn man weiß, daß russischer Druck dahinter steht; daß Moskau in Reval zu verstehen gegeben hat, daß es eine faschistische Regierung in nächster Nachbarschaft nicht dulden werde... Natürlich sagt man dergleichen nicht so deutlich. Man spricht in solchen Fällen davon, daß es einem schwer sein werde, die Leidenschaft der erregten Volksmassen im eigenen Lande zu zügeln, daß man nicht sicher sei, ob man Zwischenfälle vermeiden können, wenn nicht... Alles sehr höflich und sehr verbindlich — aber doch zum erstenmal seit Jahren wieder ein deutlicher Eingriff der sowjetrussischen Außenpolitik in die innere Lebensgestaltung benachbarter Länder. An der sicherungsbedürftigen Westgrenze der Sowjetunion — das soll nicht übersehen werden! Und in gleichem Sinn wie die Einmischung in Estland ist die Rückverlegung der ukrainischen Hauptstadt von Charkow nach Kiew ein Zeichen, daß man sich sicher fühlt. Es ist ein erster Schritt in einer Richtung, die man grundsätzlich aufgegeben hatte. Der ganze Westen sollte Grenzwildnis sein... Wenn man heute an den Dnjepr zurückkehrt, nachdem man Charkow mit riesigen neuen Anlagen umgewandelt hat, so ist das ein politisches Symbol, das nicht nur einer Deutung fähig ist. Sollte man schon jetzt im Fernen Osten eine Entlastung spüren? Oder zu spüren glauben?

Es gibt auch in weltpolitischer Überschau Fragen ohne Antwort. Nur über eines sollte sich die Mitte Europas klar sein: daß für ihre eigene Zukunft jede Entlastung der Sowjetunion im Fernen Osten (sie könnte auf friedlichem Weg des Ausgleichs mit Japan erfolgen; sie könnte auch auf anderen Wegen geschehen) Gefahren bringt, deren man während der Dauer eines Amurkonfliktes enthoben ist. Damit aber lenken wir in Betrachtungen eines früheren Berichtes zurück, auf den wir nur immer wieder verweisen können, wenn die großen geopolitischen Zusammenhänge weltüber zur Frage stehen.

KARL HAUSHOFER:**Bericht über den indopazifischen Raum**

Höflicher ausgesprochen: „Man muß dem Gegner — [aber auch dem Wettbewerber!] — auf die geschickten Hände sehen, nicht auf den salbungsvollen Mund“, gilt die alte, herbe Weisheit Wallensteins, des so vielfach in diesem Jahr prodeutsch und protschechisch ausgenutzten rätselvollen Feldherrn, heute erst recht: „Man muß ihm auf die Faust schauen — nit aufs Maul!“

Je mehr begreiflicherweise die Augen und Ohren Mitteleuropas durch Nahgeräusche, wie den Wiener Häuserblock-Kampf, die Dreier-Tagung Italiens, Österreichs und Ungarns in Rom in Anspruch genommen und von wichtigen Weltvorgängen abgelenkt werden, um so wachsamer müssen wenigstens Einzelbeobachter auf den abgelegensten Zäunen der Weltpolitik sitzen und in die Hinterhöfe spähen.

Zu diesen Hinterhöfen gehört leider zwar für uns Mitteleuropäer, aber für die großen Weltmächte durchaus nicht, das austral-asiatische Mittelmeer. Darin hat auf kurze Zeit die halb holländische, halb portugiesische, also nicht eben von starken Kräften beschützte, flugwichtige Insel Timor unliebsame Aufmerksamkeit auf sich gezogen. „Manch. Guardian“ v. 12. 3. 1934 wiegelt freilich ab. Aber etwas Rauch war bei dem Feuer! Man sprach von einem Ankauf durch England, weil es einen Flughafen der England—Australien-Fluglinie dort errichten wollte. Wer die geopolitische Lage des verwahrlosten Timor auf der Karte prüft, der sieht schnell, daß es sich um eine wehrtechnisch nach ihrer Lage sehr interessante Insel handelt; um so mehr, wenn man weiß, daß Japan schon einmal den Niederländern einen Rückversicherungsvertrag angeboten hat, wenn sie dafür ihren Neuguinea-Anteil der japanischen Siedlung freigäben. Starke Goldfunde im ehemaligen Deutsch-Neuguinea und das Japan nötige Öl von Borneo verstärken den Reiz dieses Erdenwinkels.

Australien wird, wenigstens, wenn man Douglas Copland: „Australia in the World Crisis 1929 bis 1933“ [Cambridge, University Press] zu Rate zieht, keinen Bedarf nach weiteren Schwierigkeiten mit solchen bei seiner Menschenarmut unbesiedelbaren Großinseln haben. Wenigstens hat sein Premierminister eine Verständigungsfahrt nach Japan angetreten, und England leugnet jede Absicht eines Ankaufs von Timor ab, so gern vielleicht Niederlande und Portugal die unsichere Habe für gutes Geld los wären. Copland zeigt, wie Australien als eines der ersten Hochlohngebiete von der Weltkrise geschüttelt wurde und sich in Kompromissen mit ihr abfand, die heute noch mühsam gerechtfertigt werden müssen.

Erst nachdem wir der Spähepflicht in weniger weltkundig auftretende Vorgänge genügt haben, wenden wir uns der weithin sichtbaren, aber nur eine schon voll-

zogene Tatsache besiegelnden Kaiserkrönung in Hsinking in der Mandschurei zu. Es liegt eine fast verletzende, geopolitisch wohl verständliche Absicht in der Vernachlässigung der alten Stammzentralen der Tatsing-Dynastie in Mukden und Jehol, ferner darin, daß man zur dritten Thronbesteigung des einstigen Kaisers Hsuan-tung, des späteren Prinzen Pu yi, jetzigen 28jährigen Kaisers Kang Teh, das traditionslose, in Hsinking umgetaufte Changchun wählte und das Fest unter reichlichem Waffenschutz sich abrollen ließ. Der philosophisch angelegte junge Kaiser hat sicher viel aus zweimaligem Herabsteigen von Thronen und dreimaligem Besteigen zuerst des Drachenthrones, dann des örtlich-mandschurischen (i. 3. 1934) gelernt. Es ist auch durchaus falsch, in seinem Reich nur ein Puffergebilde zu sehen. Es hat zum mindesten dieselbe Aussicht, dereinst in einen Großmachtrang hineinzuwachsen, wie etwa ehemals die habsburgische Hausmacht, die Staaten des Großen Kurfürsten oder die Krone Frankreich, und kann Japan einmal sehr unbequem, allerdings auch ein Eckstein eines emanzipierten Ostasien werden.

Alles in allem wird man im Augenblick die Gesamtbewohnerzahl unter seiner Herrschaft auf etwa 36 Millionen schätzen müssen, und weitere 64 haben gewiß in deren heutigem Lebensraum Platz.

Bleibt die Schwierigkeit der Rassegegensätze, wobei wir aber ein Ineinandervachsen der Mandschurenreste mit den eingewanderten 18 Millionen Chinesen und ihrer Nachkommenschaft und das Einschmelzen der paläo-asiatischen Reste im Norden zu im ganzen mehr als 33 Mill. einheitlichen Blutes als durchaus wahrscheinlich anerkennen müssen, höchstens im Norden mit einer Mansen-Abschattierung [Nordasiatische Mischung aus Chinesen, Russen und Paläoasiaten]. Schwieriger sind die $\frac{1}{4}$ Million Japaner und die $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{4}$ Million Koreaner, endlich im Westen die 2 Million Mongolen zu verarbeiten, die unmittelbar jenseits der Grenze Anlehnung an verwandte Rassen haben und außerdem für Japaner und Koreaner den augenblicklich starken Schutz der japanischen Staatsmacht und Staatskultur. Aber dabei gibt die Frage der Rassenzähigkeit, Bedürfnislosigkeit und Volksvermehrung den Ausschlag, also die echt geopolitische Tatsache der besseren Boden- und Klimaanpassung der Nordchinesen. Von den gewaltigen Umsiedelungsplänen der Japaner ist es stiller geworden; einer Verschiebung von mehr Japanern nach Korea, Koreanern dafür nach der Mandschurei wird jetzt das Wort geredet.

Korea würde dabei als Klima-Anpassungs-Garten festlandwärts benützt.

Darin liegt stillschweigende Anerkennung einer nordischen Grenze und das Sich-Beugen vor einer weiteren, in diesen Blättern oft warnend betonten geopolitischen Tatsache: der Unfähigkeit dauernder Eingewöhnung japanischer Massen in küstenfernen, binnenländischen, bei jähem Temperaturwechsel klimaharten, hochgelegenen Wohnlagen.

Verfestigung einer Rückfront; Sicherung der Raumweite und der Kriegsrohstoffe des Festlandes ohne weitere volkspolitische Vergewaltigung haben wir oft

genug als das geopolitisch vernünftige Ziel der japanischen Festlandpolitik bezeichnet. Nur ein Angriff der im Fernen Osten versammelten Sowjetstreitkräfte würde sie darüber hinaus in unberechenbare Bahnen fortreißen und in gegenseitiger Schwächung Japans und der Sowjets ein östliches Seitenstück zu dem gegenseitigen Aufreiben Zarenrußlands und der europäischen Zentralmächte zur Freude der angelsächsischen und ozeanischen Politik schaffen.

Die Angriffsschuld aber würde bei diesem, von uns aus nur zu beklagenden Ausgang genau so auf der Seite der Russen liegen wie 1904 und 1914.

China hat gegen die Errichtung des mandschurischen „Pufferstaats“, wie man ihn dort nennt, Protest erhoben. Das war man in Nanking seinem Gesicht schuldig. Darüber hinaus sind aber Verhandlungen wegen eines Ausgleichs im Gange, der unentbehrlich ist, wenn man das zerfallende Reich wenigstens für sein Stammkulturgebiet zusammenhalten will. Für die Außenlande vgl. z. B. André Dubosq im „Temps“, 5. 2. 1934: „Au Turkestan Chinois.“ Die neuerlichen Schritte Präsident Roosevelts zur Auflassung der Philippinen sind eine zu grelle Warnung, wie es praktisch mit der usamerikanischen Hilfe aussehen würde, deren Unverlässigkeit ja Korea zur Genüge erprobt hat, als es kurz vor seiner Annexion auf sie vertraute.

In seinem Verhältnis zu den Sowjetbünden sind für Japan allerdings ein feindliches, als Flugstützpunkt in naher Zeit höchst bedenkliches Wladiwostok, mit russischen U-Booten ausgerüstet, und ein von fremder Kriegsindustrie entwickeltes Nordsachalin auf die Dauer unerträglich. Alle anderen Fragen, auch die der Fischereigründe [Jap. Ver. in Deutschland, Nr. 341, 26. 2. 1934] und Stützpunkte ließen sich schlichten. Der Gedanke einer festländischen Abrundung des großasiatischen Sowjetgebiets in Ostturkestan gegen eine Küstenabrundung des Reiches um die Japan-See liegt für nüchterne, raumweit denkende Staatsmänner vom Range der in Moskau und Tokyo regierenden zu nahe, als daß man ihn in China vollständig aus den Augen lassen sollte. Briten werden in Europas gegenwärtigem Rüstungszustand nicht störend eingreifen, außer durch Erweiterung in Tibet [Revue de Paris; 1. 2. 1934: „Le Tibet et le Dalaï Lama“].

Die höchst problematischen Vorgänge beim Dalai-Lama-Thronwechsel, die erfahrungsmäßig eine mindestens neunmonatige Lähmung des Priesterstaates bedingen, geben ausreichende Möglichkeiten zur Abfindung eines sonst lästigen Aufpeitschers der öffentlichen Meinung der Erde. Europa ist durch den Schatten der Dreier-Konferenz in Rom, den späteren einer Achter-Konferenz und die Gewißheit des Zusammenbruchs aller Abrüstungsvorschläge vor Frankreichs außer-europäischer weltpolitischer Voraussicht und Sturmwarnung genügend beschäftigt, um geschickten Händen ein Bluffspiel mit hohen, zum mindesten raum- und rohstoffreichen Einsätzen zu ermöglichen.

Deshalb nahmen wir eine höchst zeitgemäße Warnung Wallensteins voraus.

Einem wehrgeographischen Überblick — („Die Spannung im Fernen Osten“; Mil. Wochenblatt, 11. 3. 1934, Nr. 34, S. 1111—1116) im wesentlichen zustimmend, aus dem stehengebliebenen „Gianciun“ der Skizze 2 auf eine italienische Quelle schließend, glauben wir doch, man sollte sich auf die defensiven Absichten der japanischen Seemacht nicht allzusehr verlassen. Sehr einverstanden sind wir mit der Ansicht, daß Japan besser als der Völkerbund weiß, wie ernsthaft die Russen als Gegner zu nehmen sind. Blücher wie Borodin kennt man als ganze Männer.

Überschauen wir die zweifellos allerwärts um den Pazifik mit großen Mitteln in Gang gebrachten Wehrvorbereitungen, so scheinen uns die Japans auf die kürzeste Frist (1934 bis 1936) berechnet, etwas langfristiger die der Sowjets, am langfristigen die der Angelsachsen und des durch Mangel an Barmitteln gehemmten China, der durch Mangel an Wehrwillen gehemmten Niederlande. Die Zeit arbeitet also gegen Japan, das freilich — abgesehen von der ausgesetzten, umfassenden, aber auch schwer umfaßten Lage Wladiwostoks — die weitesten Raumpuffer und an seinen Mandatinseln eine vorzügliche Fühlerbasis hat. Die straffere Handhabung des japanischen Rundfunks (19 Sender in Alt-Japan, 1 in Korea, 1 in Kwangtung, 2 in Formosa) behandelt „American Council Inst. of Pac. Relations“, Vol. III, 4 vom 24. 2. 1934. Die Mandschurei ist stark rundfunkfähig (aktiviert); um den Pazifik herrscht ein stiller, zäher Rundfunkkrieg, und Methoden zur Kontrolle der Massenpsychologie sind auch dort wohlbekannt.

In das Kapitel Massenpsychose scheinen dagegen von chinesischer Seite die Bemerkungen über die „Einwirkung der französisch-russischen Annäherungs-übereinkommens auf den Osten“ zu fallen, die sich auf Seite 128 von „The People's Tribune“, Bd. 6, Nr. 3 vom 1. 2. 1934 finden. Aber immerhin: das stille Zusammenspiel Frankreichs und Japans seit dem Übereinkommen von 1907 hat 27 Jahre lang viele Gegenminen gegen beide abgequetscht; und die französische Abkehr davon wird von China aus als ein Schritt zur Isolierung Japans gewertet. Bis dahin hatten sich Japan und Frankreich, das eine für Korea, Liautung, Mandschurei, Mongolei, Shantung und Fukien, das andre für Indochina, Yunnan, Kwangsi und Kwangtung die Rücken für friedliche Durchdringungen gedeckt [„Temps“ 4. 2. 1934. „Relations de bon voisinage . . . au Pacifique“]. Jetzt sieht man von Shanghai aus bereits Japan durch Sowjetunion, USAmerika, Frankreich eingekreist, unter wohlwollendem Patronat des Völkerbundes, der Westnachbarn Rußlands im besonderen, und fühlt nur Unbehagen über Englands noch freie Hände. Aber man droht England mit dem dort besonders schwer empfundenen japanischen Dumping und „dem Auseinanderbrechen des Empire“, falls es sich zu einem Waffenbündnis mit Japan entschlösse, da Australien und Kanada sicher mit USAmerika in einem Lager ständen. Damit flüchtet sich der Mann aus Shanghai wieder in eine Traumrache Chinas an Japan. Aber als irdisches Werk-

zeug bleibt ihm der Boykott! [C. F. Remer: A study of Chinese Boycotts. Baltimore; John Hopkins].

In noch viel größerem Stil beschäftigt sich Professor Arnold J. Toynbee im Leitaufsatz der nach New York ausgewanderten „Pacific Affairs“ mit der Frage: „The next war — Europe or Asia?“ Owen Lattimore mit der Tatsache: „Mongolia enters World Affairs“, mit Anklängen an Graf Carl Sforzas Aufsatz in der „Dépêche de Toulouse“. Dort war die Mandschurei — (zum Verdruß Japans) — als der Balkan von heute, Wladiwostok als das mögliche Serajewo von morgen bezeichnet und die allgemeine Verachtung des ehemals weltüber so angesehenen Westens und sein Respektverfall seit 1914 schonungslos beleuchtet worden.

Freilich wirft Owen Lattimore dem Grafen Sforza eine zu ozeanische Einstellung vor, die des vom Meere her an den Fernen Osten herankommenden Westeuropäers, der die Wucht seiner Festlandmassen und Kontinentalgrenzen notwendig unterschätze. Hier also stehen sich geopolitische Zeugnisse von Rang gegenüber, im höchsten Grad aufmerksamer Beachtung würdig.

Immerhin scheint uns der auch wehrgeographisch bemerkenswerte Toynbee zu einfach verallgemeinernd die Rolle Roms für USAmerika, Japans für Karthago in einem pazifischen Krieg als Seitenstück zu einem abermaligen punischen an die Wand zu malen. Sicher aber hat er recht, wenn er sagt: „Die Zerstörung Japans würde nicht das Ende der Geschichte, sondern nur der Beginn eines neuen geschichtlichen Kapitels für USAmerika sein“, das mit sehr peinlichen Belastungen für Gottes auserwähltes Volk zwischen Atlantik und Pazifik beginnen könnte.

Sicher wird auch dem Unbefangenen aus solcher Lektüre klar, mit welcher frivolen Selbstgerechtigkeit die politische Wissenschaft der Angelsachsen mit der „Zerstörung“ großer Kulturvölker wie mit Rechenpfennigen spielt! „Eine der wirksamsten amerikanischen Kriegsmaßregeln gegen Japan würde die Bewaffnung, Schießbedarfarsrüstung und Organisation (Autoindustrie!) der Chinesen und Russen sein, um von Japan die Länder, Städte, Häfen, Eisenbahnen wieder wegzunehmen . . . und aus der Verantwortung für beide Reiche würde dann zwangsläufig eine Art römischer Herrschaft für die Amerikaner über beide entstehen.“ Selbst möchte man das blutige Werk ja, wie 1918, nicht machen, sondern nur ein riesiges Geschäft (Prosperity nannte man es wohl) in Heeresarsrüstung und Munitionslieferung dabei ausschlagen.

Man lese nur Seite 12 von Toynbees Aufsatz und wird kaum anderes als das von uns Hervorgehobene herauslesen können. Er ist eine von den vielen Proben, die wir für ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer in der englisch geschriebenen Presse jenseits und diesseits des Atlantik in Massen anführen könnten.

Viel sachlicher ist Owen Lattimore. Er gibt vor allem eine klare Verteilung

der eigentlichen Mongolen mit je 1 Million in äußerer und innerer Mongolei, 2 Millionen in der Chinganprovinz von Manchukuo, und etwa eine im ganzen in Ostturkestan, in der Kokonor-Provinz Tibets, in der Burjätenrepublik der Sowjets und im Innern Rußlands, um Astrachan, an der untern Wolga. Das ist für diese 5 Millionen eine der weitläufigsten und dünnsten Rassenzerstreungen der Alten Welt. Aber wer dieses Rassengefühl wieder zu wecken, zu ballen und seiner Politik in den weiten Räumen Groß-Asiens vorzuspannen vermag, wird zweifellos einen mächtigen Hebelarm auf einem wichtigen Nebenkriegsschauplatz besitzen.

Wie wir in Nr. 3 der „Geopolitik“ 1934 mit einer Skizze aus „Jenseits der Großmächte“ belegten, ist die Pufferzone Asiens zur Zeit eines der politisch unruhigsten, am meisten mit Überraschungen geladenen Gebiete der Erde. Das beweisen Vorgänge in der inneren Mongolei, in Ostturkestan, in Tibet, in Kashmir, in Szechuan, in Yünnan, wie die großen Kraftanhäufungen der Sowjets in Fernost und ihre hastigen, kostspieligen Bahnbauten und Befestigungen dort: durchaus begreifliche Vorsichtsmaßregeln.

Japan umarmt mit seiner Ausfuhrexpansion, namentlich auch nach Südamerika, mit der regelmäßigen Menschenausfuhr von etwa 27 000 Köpfen jährlich nach Brasilien (Pacific Affairs, J. F. Normano, 1934, S. 42 bis 61), mit dem inneren Abringen zwischen scharf überstrecktem Kapitalismus (ebenda, S. 71, Iwanami Shoten, Tokyo 1932) und einem starken einheimischen Nationalsozialismus zur Zeit mehr, als es auf einmal wird festhalten können.

Eine gewaltige politisch-wissenschaftliche Strömung von China, von den Sowjetbünden und von USAmerika aus arbeitet ihm dabei entgegen. Dabei wird Gefahr, Reibung und Spannung genug offenbar, aber doch im größten Umfang auch eine positiv entspannbare Kraftreserve bereitgestellt, während sich Klein-Europa in unfruchtbarem Ellenbogengedränge verzehrt. Der Gegensatz kann nicht scharf genug herausgestellt werden. Auf diesem, an sich so dankenswerten Ausgleichsfelde hat die Einrichtung von Genf trotz ihrem kostspieligen und vielfältigen Apparat häufig versagt und im ganzen sicher nicht das Erhoffte geleistet. Der letzte Grund dafür dürfte eben doch in ihrer kleinräumigen Verzettlung vor allem im Nahen Osten liegen. Vergleicht man mit dessen unfruchtbarem Menschenverbrauch so schöpferische Leistungen, wie den Aufbau von Manchukuo, die Siedelungsanläufe und Verkehrsdurchgliederung ihres asiatischen Riesengebiets durch die Sowjets, die Energie, mit der Roosevelt die Philippinenfrage mit ihren fast 300 000 qkm angeht [Aufgabe der Flottenstützpunkte; Manch. Guard. 3. 3. 1934], die Aufbauleistungen Chinas trotz seiner Innenwirren, so erscheint auch im Frühjahr 1934 das Gesamtbild vom Kraftfeld der indopazifischen Welt ganz anders durchblutet, neuen schöpferischen Lebens voll, seiner selbst bewußt, zukunftsicher bei allem „gefährvollen Leben“, als das atlantische, das seine engeren Hemmungen im gleichen großen Stil überwinden müßte.

KARL HAUSHOFER:**Einem verstummten Fern-Ost-Forscher zum Gedächtnis!****Oskar Nachod †**

Leichtherzig — unter tönenden Reden, mit freigebigen Händen wird in der Zeit der Presse, des Films und des Rundfunks den Größen des Tags oft eine wahre Lorbeerstreu geschichtet — freilich zuweilen, um schon anderntags für andere umgeschüttet zu werden. Dürftig, karg und spärlich träufeln die Tropfen des Nachruhs für ellenbogenlose Arbeiter in der Stille, auch wenn sie fast unvergängliche Steine zur Erkenntnis, zur Verbindung von Ländern und Völkern aufgeschichtet haben, in denen Ewigkeitswerte stecken.

Das war Oskar Nachods Los! Am 4. März 1858 in Leipzig geboren, errang er erst 1894, nachdem er sich durch zwanzigjähriges Geschäfts- und Reiseleben durchgearbeitet hatte, die stille, von Jugend auf ersehnte, völkerverbindende Gelehrtenarbeit als Lebensinhalt, um von da ab dem gegenseitigen Verstehen des Herzlandes Europas mit dem Vorkämpfer-Reich des Fernen Ostens zu dienen. Aus dieser Leistung schöpfen wir das Recht, in diesen Blättern seiner zu gedenken. Geführt wurde er zu seiner Aufgabe durch die Erforschung der Holländisch-Ostindischen Kompanie und ihrer Beziehungen zum Fernen Osten: der Reiz des Indienfahrers entführte auch ihn danach 1898 bis 1900 zu einer zweijährigen Weltreise; auf ihr begannen die Beziehungen zur wissenschaftlichen Welt Japans, die ihn zum fruchtbarsten Erklärer der japanischen Geschichte in der deutschen Wissenschaft machten: als solcher war er in Paris und London, Amerika und Japan gleich hoch geschätzt. Zwei große Denkmale überragen seine aufbauende kritische und sichtende Arbeit: die drei Bände der Bibliographie und die leider nur zum Torso gediehene Geschichte von Japan, von der aber ein unvergleichlicher Vorläufer in der „Ullstein-Weltgeschichte“ besteht: heute noch die beste Zusammenfassung der tiefbewegten japanischen Geschichte auf dem knappsten Raum. Treu umsorgt von seiner Gattin, zuletzt von Sorgen bedrängt und doch die philosophische Klarheit des Forschergemüts aufrechterhaltend bis zum Ende — ging er dahin in vorbildlicher Werktreue. Sie befähigte ihn, für sein Arbeitsfeld in der Bibliographie (K. Hiersemann, Leipzig) ein Werkzeug hinzustellen, ohne das weltüber niemand Japankunde treiben kann; so sorgte er auch für das Fortleben dieses Werks über den Tod hinaus, das nun in treuen Händen bei Dr. Präsent und A. Mainka liegt.

Wer bibliographische Arbeit — auch ersten Ranges — leistet, der weiß, daß er sich damit noch mehr als mit anderer wissenschaftlicher Tätigkeit einer unendlichen Kette einreihet, ähnlich wie der Forstwirt, der sagt: Wir ernten, wo wir nicht gesät haben, und säen, wo wir nicht ernten werden! Das ist das Herbe, aber auch das Große, das Überlebensweite an solchem Tun! Aber Nachods bleibendes Verdienst ist, daß er aus Wencksterns glänzendem Anlauf zur Überschau der Japankunde die Dauerreihe geschmiedet hat, die nun über Präsent und Mainka weiterläuft. Tragisch ist, daß die japanische Geschichte ein Torso blieb, von dem wir nur ein Modell in dem kurzen Abriß haben. Aber das ist vielleicht die notwendige Tragik aller derer, die den Führern, den Schicksalsweisern, die noch kommen mögen, die Wege bauen, auf denen sie weiterschreiten —, treu dem Schillerwort, das nur von einer Befehlsform an Kommende für einen Hingegangenen die ewig stillstehende Form der Vergangenheit annehmen muß: „Der sammelte still und unerschläft im kleinsten Punkte die höchste Kraft!“ —

ERICH MASCHKE:

Preußen und die „polnischen Mutterländer“.

Die wissenschaftlich so fruchtbare Methodik der Geopolitik hat, worauf in dieser Zeitschrift bereits hingewiesen wurde¹⁾, in Polen eine steigende Unruhe geschaffen, die sich freilich nicht so sehr aus der Abneigung gegen die Methoden als gegen ihre Resultate erklärt: denn die Kenntlichmachung politischer Inhalte bestimmter Räume, das Herausarbeiten der Räume in ihrer Eigengesetzlichkeit und im Verhältnis zu Mensch und Geschichte, dieses ganze organische Denken mußte dort nur zu peinlich empfunden werden, wo man für die Zerreißung aller organischen Zusammenhänge durch die östliche Grenzziehung des Versailler Diktates verantwortlich ist. Daher wurde in Polen die Forderung nach einer „polnischen Geopolitik“ laut. Ein Echo darauf ist wohl schon die kleine Schrift des Posener Historikers Zygmunt Wojciechowski, „Rozwój terytoryalny Prus w stosunku do ziem macierzystych Polski“ (Die territoriale Entwicklung Preußens im Verhältnis zu den Mutterländern Polens, Thorn 1933). Sie ist vom Baltischen Institut in Thorn veröffentlicht worden, das also damit auch auf geopolitische Methoden für seine Propagandazwecke zurückzugreifen sucht.

Wojciechowski geht davon aus, daß Preußen seine Rolle im deutschen Einigungswerk nur auf Grund „der allmählichen Beherrschung von Ländern“ habe spielen können, „die man als Mutterländer Polens bezeichnen kann“. Der Begriff der Mutterländer Polens wird dann grundsätzlich geklärt. Er ist nicht etwa in einem genetischen Sinne gemeint, dem dann Tochterländer entsprechen würden. Vielmehr zeigt er innerhalb der mehr oder minder nahe verwandten westslawischen Stammeswelt einschließlich der Oderslawen die Entstehung des Staates Boleslaw Chrobrys († 1025), der sich schließlich auf die im engeren Sinne ethnisch-polnischen Länder beschränkt habe. Um zu erkennen, um welche Länder es sich dabei handle, geht Wojciechowski zunächst von sprachlichen Kriterien aus, freilich nur, um sie zu verwerfen: da er die Forschungen von Lorentz denen von polnischen Gelehrten objektiv gegenüberstellt, bezeichnet er die Frage der engeren Zugehörigkeit des Pommerschen zum Polnischen als kontrovers und scheidet sie ganz aus, da man „das Hauptgewicht auf die spätere politische Geschichte dieser Gebiete legen muß. Denn der Begriff des Polentums war vor allem die Folge politischer Verbundenheit und des Zusammenlebens verschiedener lechitischer Stämme“ (S. 10). Er führt seine Darstellung dann fort mit der Zugehörigkeit Pommerns zum Reiche Boleslaw Chrobrys, dem Zusammenbruch des Staates durch die heidnische Reaktion und seiner Erneuerung, der Rückerwerbung Schlesiens durch Kasi-

1) X. Jhg. 1933, Heft 10, Oktober, S. 573.

mir I. und Pommerns durch Boleslaw Krzywousty (1102—1138), der die pommersche Frage „definitiv“ gelöst habe. „Dergestalt beginnt sich vor unsern Augen nicht nur der Begriff der Mutterländer Polens, sondern auch des piastischen Polens zu klären.“

Wojciechowski identifiziert also die polnischen Mutterländer mit dem Polen der Piasten in seiner weitesten Ausdehnung nach Westen zur Zeit Boleslaw Chrobrys und Boleslaw Krzywoustys. Er legt dem von ihm verwandten Begriff weder ein ethnographisches Prinzip, das er ja sogar als zweifelhaft und kontrovers ablehnt, noch ein räumliches Prinzip zugrunde, da ein solches in der Tat nicht einheitlich auf das Werden des ersten polnischen Staates eingewirkt hat — sondern er fundiert den Begriff der „polnischen Mutterländer“ rein geschichtlich, entstanden aus einem Ausleseprozeß innerhalb verschiedener und weiterreichender (westlawischer Gesamtstaat!) Möglichkeiten. Er erhebt also einen geschichtlichen Zustand, der selbst bei beträchtlicher Dauer doch seinem Wesen nach einmalig, immer wandelbar ist, zu einem gewissermaßen natürlichen Maßstab, einer gültigen geopolitischen Einheit, nach der er die weitere Entwicklung bemißt. Der Begriff der „Mutterländer“ Wojciechowskis wird, ohne jede organische Ableitung aus räumlich-politischen Zusammenhängen, allein aus der Geschichte gewonnen; er ist identisch mit dem polnischen Piastenreich in einem oder einigen bestimmten Zeitabschnitten: denen der größten geographischen Ausdehnung. Die Karte, die diese weitesten Grenzen angibt, wird daher auch den anderen Karten zugrunde gelegt, die die territorialen Veränderungen zeigen; auf ihnen kehrt diese weiteste Grenzlinie regelmäßig zum Vergleich und als eigentlicher Maßstab wieder: die einmalige historische Grenze wird zum Ausgangsort der geographischen Vergleichung.

Der Begriff der Mutterländer wird dann im weiteren Verlauf der Darstellung nur auf den Westen und auf die politische Entwicklung der Oderlinie bezogen. Indem Wojciechowski die historische Einheit der Oderlande innerhalb des polnischen Staates unter den genannten Piasten als gültig voraussetzt, sucht er dann das Ringen zwischen Deutschen und Polen um dieses Gebiet auf einen einheitlichen geopolitischen Nenner zu bringen. Er verbindet den Verlust der Odermündung in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts an deutsche und dänische Herren mit den Ereignissen, die etwa um die Mitte des 14. Jahrhunderts zum Verluste der ganzen Oderlinie führten. Im Anschluß an Dąbrowski¹⁾ sieht er im Besitz der Odermündung eine Garantie für das Übergewicht Polens im Kampf mit Böhmen um Schlesien. Durch die Übertragung des Landes Lebus und des Warthelands an die Markgrafen von Brandenburg im 13. und 14. Jahrhundert ging die Zentralstellung Polens an der Oder verloren. Nach diesem schwerwiegenden Ereignis war weder Schlesien, das in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts an Böh-

1) Im Pamiętnik IV Zjazd historyków polskich I (1925).

men kam, noch Pommerellen, dessen Schicksal andererseits durch die Entstehung des preußischen Ordensstaates (1230) bedingt war, mehr zu halten.

Diese Überlegung enthält eine einzige geopolitisch richtige Beobachtung: die Bedeutung des Warthe-Netze-Landes und des Landes Lebus als Schlüsselstellung zwischen Polen, Brandenburg und Pommern: „Das Land Lebus lag am Zusammenfluß der Flüsse Oder und Warthe und war daher der strategische Schlüssel auf dieser Seite Polens. Wer diesen Schlüssel in der Hand hatte, beeinflusste zugleich die Verhältnisse am übrigen Lauf der Oder . . . Der Besitz des Lebuser Landes wurde einige Jahrhunderte später der Ausgangspunkt für das geeinte Preußen in Richtung auf die Beherrschung Westpommerns und Schlesiens“ (S. 20).

Man darf demgegenüber nicht vergessen, daß diese Schlüsselstellung der Neumark ihren geopolitischen Wert nicht nur in den brandenburgisch-polnischen, sondern mehr noch in den polnisch-pommerschen Beziehungen besaß. Die Ausgrabungen Unverzagts bei Zantoch haben uns gezeigt, daß schon in frühgeschichtlicher Zeit die Warthe-Netze-Landschaft der Riegel war, der Pommern vor Polen sicherte oder Polen den Zugang nach Pommern eröffnete. Der Besitz dieser Stellung wirkte sich in der Tat bedeutsam auf den nördlichen und den südlichen Oderabschnitt aus. Der Eigenwert des Wartheabschnittes weist aber gleichzeitig darauf hin, daß man von einer einheitlichen Oderlinie als geopolitischer Realität in diesen Jahrhunderten polnischen Besitzes nicht sprechen kann. Der pommersche Unterlauf und der schlesische Oberlauf der Oder bilden trotz der historischen Zugehörigkeit zum „piastischen Polen“ nach Wojciechowski keine organische Einheit. Schlesien steht in engsten Beziehungen zum Sudetenraum; es wechselt seit dem ersten christlichen Fürsten Polens, seit Miseko, mehrfach zwischen polnischer und böhmischer Herrschaft, es ragt am tiefsten von den polnischen „Mutterländern“, die diesen Namen im ethnographischen Sinne wirklich verdienen, in den Westen hinein und unterliegt daher, wie Wojciechowski (S. 17) richtig ausspricht, „am schnellsten und stärksten den Zivilisationseinflüssen, die von Westen kommen“. Schlesien steht unter dem Einfluß des böhmischen Kraftfeldes und eröffnet sich selbst dann nach dem Karpathenraum, indes Miseko und Boleslaw Chrobry um Pommern kämpfen, Wladyslaw Lokietek den Verlust Ostpommerns leiden muß und Kasimir der Große im Osten neue Aufgaben sucht. Obere Oder und Odermündung sind Endpunkte einer polnischen Politik, die nach Südwesten und Nordwesten greift, in den böhmischen und den Ostseeraum hineinreicht, der es aber niemals gelingt, längs der Oderlinie einen frontal gegen deutsche Gebiete gerichteten, einheitlichen politischen Raum zu gestalten.

Die Bedeutung des Warthelandes beruht für Polen ja gerade darauf, daß sein Besitz die Pression auf Ost- und Westpommern erlaubt, durch die allein Pommern in den polnischen Staatsverband zu zwingen ist. Dieser Druck hat aber seit frühgeschichtlichen Zeiten niemals einen organischen, aus eigenen Lebenszusammen-

hängen sich erhaltenden Raum schaffen können. Sowie der Druck nachließ, ging Pommern seine eigenen Wege; sie führten es immer in den Organismus des Ostseeraumes hinein, in den Polen nur mühsam und mit Gewalt aus seiner binneländischen Stellung vorstößt. Westpommern wird im Mittelalter Reichslehen, dänisch, brandenburgisch, Ostpommern wird im 12. Jahrhundert selbständig und im Anfang des 14. Jahrhunderts ein Teil des Ordensstaates. Alle diese Zusammenhänge und besonders die Bedeutung der baltischen Ordensländer in der pommerellischen und der Ostseefrage bleiben bei Wojciechowski ganz unverständlich, da er immer nur vom Begriff der einmal historisch fixierten „polnischen Mutterländer“ und nie von einem organischen, Geschichte und Landschaft umfassenden Denken ausgeht.

Es ist daher festzuhalten, daß sich der Kampf Polens um die Oderlande in drei geographisch verschiedenen Abschnitten vollzieht, die zwar eng miteinander verbunden sind, aber durch sehr viel umfassendere Zusammenhänge als durch die Oderlinie selbst. Der Nordabschnitt steht unter dem Einfluß der baltischen Kräfte und gehört in die Auseinandersetzungen innerhalb des Ostseeraumes. Die untere Oder im Mittelalter, untere Weichsel und Memel bis zur Neuzeit liegen im Kraftfeld des baltischen Raumes; die Ströme selbst bilden als Ganzes keine organischen politischen Räume. Nur gelegentlich erkennt Wojciechowski diesen Zusammenhang, wenn er dem Zerreißen der Territorialverbindung zwischen Polen und Pommern im Jahre 1312 infolge der Eroberungen Waldemars von Brandenburg im Netzegebiet großes Gewicht beilegt; er sieht, „daß die Tendenzen zur territorialen Vereinigung Brandenburgs und Preußens dann durch die Jahrhunderte hindurch sich in verschiedenen Varianten wiederholen werden“ (S. 25). Der organische Ablauf der Geschichte ging eben parallel dem Südufer der Ostsee — diese Kräfte waren stärker und lebendiger als die, welche von Süden nach Norden drängten.

Weshalb Wojciechowski aber den Verlust Schlesiens außer durch das militärische Übergewicht Böhmens auch aus der Paralleltät der Ereignisse an den andern Oderabschnitten und der entsprechenden polnischen Gebietsverluste ableitet, sagt er am Schlusse des Abschnittes, der diese Verluste schildert: „Es scheint, daß diese geographischen Bedingungen am ernstesten zu den Möglichkeiten einer späteren Rückkehr Schlesiens zu Polen führten.“ Wir werden demgegenüber die enge Beziehung des schlesischen zum Sudetenraum festhalten; er hat, wie das Hinübergleiten der schlesischen Fürstentümer zu Böhmen im 14. Jahrhundert bezeugt, ein größeres Gewicht als die rein historisch zu sehende Tatsache, daß die obere Oder ethnisch, die untere zeitweilig machtpolitisch in den polnischen Staat eingegliedert war.

Die Schlüsselstellung des Warthe-Netze-Landes aber hat zunächst ihren Sinn gerade in der Eigenfunktion zwischen Pommern, Brandenburg und Polen. In den ausschließlichen Zusammenhang der Oder als organischer Einheit gehört es

dagegen keineswegs, da schon seine Bedeutung für die Weichsellande um nichts geringer ist. Aber auch hier gilt, daß der Schlüssel und der Raum, den er öffnet, zweierlei sind. Der mittlere Abschnitt der Oder ist von Osten, von Polen her, zwar das Sprungbrett einer mehrfach groß gedachten Politik gewesen; eine Klammer, die organische Verbindungen sowohl in der Richtung der Oderlinie wie in der brandenburgisch-preußischen Ostwestlinie schuf, wurde dieses Gebiet erst von Westen, von Preußen her.

Wojciechowski schildert dann den Untergang des Ordensstaates und den langsamen Umschwung, der zur Abschüttelung der polnischen Oberherrschaft über Preußen, zur Annahme der preußischen Krone und der Ausdehnung des brandenburgisch-preußischen Staates führte. Dabei macht er die polnisch-litauische Ostpolitik für die Verluste im Westen verantwortlich. Weiter wird die Erwerbung Pommerns von Schweden, Schlesiens von Österreich dargestellt, aber nur nebenbei wird erwähnt, daß es sich weder hier noch dort um polnischen Besitz handelte. Daß die Lösung des Herzogtums Preußen von fremder Souveränität und die Erwerbung Pommerns in den jahrhundertealten Kampf der skandinavischen und der deutschen Mächte um das Südufer der Ostsee gehören, an dem Polen nur zeitweise beteiligt war, wird ebenso übersehen, wie die Tatsache, daß die Erwerbung Schlesiens nur als Ringen der beiden deutschen Mächte um den schlesisch-böhmischen Raum zu verstehen ist, die zum Kampf um die Suprematie in Deutschland angetreten waren. Weder der eine noch der andere Vorgang wird klar, wenn man nur den Besitz polnischer Länder als Wurzel der preußischen Größe betrachtet, und wenn man sich unter Verzicht auf eine organische Betrachtungsweise politischer Räume darauf beschränkt, „als Hauptleitmotiv der Geschichte Polens: den Verlust der Oderländer“ zu bezeichnen (S. 39).

Die preußischen Erwerbungen aus den drei polnischen Teilungen (1772, 1793, 1795) und nach dem Ende des von Napoleon I. geschaffenen Herzogtums Warschau die Festlegung der preußischen Ostgrenze auf dem Wiener Kongreß, die bis zum Jahre 1918 galt, bilden den Abschluß dieser Entwicklung. „Von diesem Gesichtspunkte waren die Entwicklung Preußens an der Wende des 17. und 18. Jahrhunderts und die Teilungen Polens das Ergebnis der Tendenz Preußens zur Beherrschung des Mutterlandes Polens.“ Preußen habe nach den Teilungen „von den fünf Stammesländern des ältesten Polens“ drei, nämlich Pommern, Groß-Polen und Schlesien vollständig, und ein viertes, Masowien, zum größeren Teil besessen, so daß nur Klein-Polen nicht preußisch wurde (S. 40), und nach dem Wiener Kongreß seien immer noch drei von fünf der polnischen Mutterländer in preußischer Hand gewesen (S. 42).

Mit Überraschung sieht man, daß der Begriff der „Mutterländer“, der im Anfang der kleinen Schrift wesentlich historisch definiert war, sich gegen Ende derselben plötzlich gewandelt hat. Während dort Pommern eine gewisse

Sonderstellung zugebilligt war, wird es jetzt ganz selbstverständlich unter die „Stammesländer des ältesten Polen“ gerechnet, und die „polnischen Mutterländer“ werden mit den „ursprünglich ethnisch-polnischen Ländern“ gleichgesetzt. Erst jetzt zeigt sich auch, welchen eigentlichen Sinn der Leitbegriff der Schrift hat: er ermöglicht, die weitere geschichtliche Entwicklung, die gar nicht Polen, sondern Schweden und Österreich bei den preußischen Erwerbungen betraf, zu umgehen; er erlaubt, von den ethnographischen Verhältnissen der „ursprünglich polnischen“ Gebiete in der Neuzeit zu schweigen¹⁾ und doch das ethnische Prinzip in dem Anspruch auf die Oderlandschaften Pommern und Schlesien festzuhalten. Wer die Errichtung der preußischen Größe auf der „Beherrschung des Mutterterritoriums Polens“ (S. 40) nachweisen möchte, kann es sich freilich nicht leichter machen, als wenn er seine Rechnung auf dem Bestande der fünf sogenannten Stammesländer aufbaut. Dann braucht er kein Wort darüber zu verlieren, wie deutsch Pommern und Schlesien sind, und daß ihre Hauptstädte Stettin und Breslau rein deutsche Städte sind. Dann kann er auf die Tatsache verzichten, daß Polen machtpolitisch und ethnisch seit Kasimir dem Großen erfolgreich über die Ostgrenzen dieser Stammesgebiete tief in den Osten hineingewachsen ist, und Preußen mit den drei von fünf polnischen Mutterländern keineswegs drei Fünftel des polnischen Staats- oder Volksbodens oder der polnischen Bevölkerung erworben hatte, sondern beträchtlich weniger! Doch darauf kommt es hier nicht an: es soll ja allein die Errichtung der preußischen Führung in Deutschland und im deutschen Einigungswerk auf den Trümmern des ursprünglichen Polen, es soll die Verwurzelung der Größe Preußens in dem ihm nicht gebührenden polnischen Mutterboden erwiesen werden, wobei dem polnischen Historiker infolge seiner unglücklichen Fragestellung das Wachsen des preußischen Staates nach Westen, an den Rhein, völlig entgangen ist.

Gegen Ende der Schrift wird neben der Oder auch die Weichsel genannt. „Die Erwerbung des Danziger Pommern schuf die Grundlage für die Expansion nach anderen, an der Weichsel gelegenen polnischen Ländern, ähnlich wie die Beherrschung des Oderlaufes von seinem Anfang bis zur Mündung bequeme Bedingungen für die Expansion Preußens in Richtung des Flußgebietes der Oder schuf“ (S. 41). Was diese letzte Frage angeht, so lohnt sich ein Blick auf die Karten, die dem Buche beigegeben sind. Da die Entwicklung Preußens in schwarzen Flächen wiedergegeben ist, ergibt sich überraschend klar, daß von einer wirklichen Einheit des Oderraumes erst seit den Tagen Friedrichs des Großen, seit der Erwerbung Schlesiens durch Preußen gesprochen werden kann: in kräftigem Schwarz ist der Raum beiderseits des ganzen Flußlaufes als organische Einheit markiert (Karte VI) — zum ersten Male in seiner Geschichte!

1) Nur S. 38 f. heißt es, daß Schlesien noch im Anfang des 19. Jahrhunderts 30% polnischer Bevölkerung gezählt habe.

Trotz eines abschließenden Vergleichs der neuen polnischen Westgrenzen mit den einleitend angenommenen historischen Grenzen des „piastischen Polen“ (S. 46 f.) tritt das Problem der Oderlinie hinter die kräftigen politischen Akzente auf den letzten Seiten zurück. Hier geht es nicht mehr um die Frage der „preußischen Territorialentwicklung im Zusammenhang mit den polnischen Mutterländern“ oder um den Begriff der „Mutterländer“ als historische oder geographische Probleme der Wissenschaft. Führend wird dagegen die Frage, die durch die Lage Polens zwischen Mitteleuropa und Rußland gegeben ist, die durch seine Geschichte hindurchzieht und in den politischen Entscheidungen der Gegenwart lebendig ist: ob Polen seine außenpolitische Aktivität nach Osten oder Westen orientieren solle. „Zwei volkliche und staatliche Organismen kämpfen den tragischen Kampf um einen und denselben Lebensraum. Der Erfolg Preußens würde sich mit der vollständigen Liquidation Polens verbinden; denn wie immer die Eroberungen des polnischen Volkes sein würden, die es im Osten erringen könnte, es wäre schwer zu glauben, daß ein Volk sich erhalten könnte, das den überwiegenden Teil seiner Mutterländer aufgab“ (S. 45).

Es ist die Stimme der nationaldemokratischen Opposition, die hier ertönt. Die Gegnerschaft gegen Deutschland, die sie verkündet, ist ernst und würdig vertreten. Aber sie vereinfacht sich die Geschichte und die Politik zu sehr, um aus dem Entweder-Oder, das sie in beiden aufstellt, noch einen Ausweg zu finden. Es scheint uns kein Zufall, daß es einem der führenden jungen Historiker Polens so wenig gelang, in politischen Räumen zu denken und sich organische Vorstellungen von Geschichte und Landschaft zu verschaffen, obgleich er historische und geographische Momente miteinander zu verweben suchte. Die Stabilisierung des Geschichtsbilder auf ethnische Grundlagen, die nie vorhanden waren oder lange verschwunden sind, und die Fixierung historischer Grenzen zum bleibenden, fast „natürlichen“ Maßstab zeigen, wie fern diese Konzeptionen dem organischen Denken sind, das uns in Deutschland eine so lebendige Wirklichkeit geworden ist.

OSKAR VON NIEDERMAYER:**Rudolf Zu der Luth, Wehrwissenschaftlicher Atlas¹⁾**

Wie ahnungslos ein Teil unserer studierenden Jugend, und nicht nur sie, in bezug auf die Kenntnis unserer Wehrlage und unseres Wehrraumes ist, davon kann sich jeder überzeugen, der sich mit ihr über die Fragen der Wehrpolitik unterhält. Was der Instinkt anderen Völkern gibt, das muß dem Deutschen anerzogen werden. Die Grundlage dafür ist die Bildung eines nationalen Wehrwillens. Das kann natürlich unmöglich in der Atmosphäre mißverständenen internationalen Pazifismus, in der Ablehnung jeglicher Beschäftigung mit den Dingen vom Kriege sein. In dieser Beziehung hat die nationale Regierung in Deutschland ihr Volk gründlich auferüttelt, und die Anzeichen mehren sich, daß auch unser Brudervolk in Österreich sich dieser Notwendigkeit mehr und mehr bewußt wird. Wir haben jüngst eine ausgezeichnete Skizze eines alten Soldaten (Gallian) über die wehrpolitische Lage Österreichs lesen können, die auch uns Reichsdeutschen zu denken geben sollte, und jetzt erschien in Wien ein „Wehrwissenschaftlicher Atlas“ von Generalmajor Rudolf Zu der Luth, dem Vorstandsmitglied der Wiener Geographischen Gesellschaft, einem verdienstvollen Militärschriftsteller.

Aus den Erfahrungen seiner Vortragstätigkeit an der Wiener Universität heraus und dem Bestreben, der studierenden Jugend einen wissenschaftlichen Behelf für ihre Wehrausbildung zu geben, hat der Verfasser sich der nicht leichten Aufgabe unterzogen, unter Anwendung der Methode geopolitischer Karten mit begleitendem knappem, das Wesentliche enthaltendem allgemeinverständlichem Text ein anschauliches Bild aller wehrgeographischen und wehrpolitischen Erscheinungen zu geben, die heute zur Beurteilung der Wehrlage eines Staates herangezogen werden müssen. Ausgehend von den natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, von der Raumauffassung und Raumverteilung der Vorkriegs- und der Weltkriegszeit kommt der Verfasser zur Darstellung der heutigen Wehrlage der wichtigsten europäischen Staaten, vor allem des ungeheuren Unterschiedes zwischen Rüstung der Sieger und Wehrlosigkeit der unterlegenen Staaten, und zu den Problemen des Zukunftskrieges.

Es ist, wie der Verfasser selbst sagt, eine ausbaufähige Rahmenarbeit, ein Versuch, der den Zweck verfolgt, eine Verbindung zwischen der studierenden Jugend, dem Zivilgelehrten und dem Soldaten herzustellen. Sie ist geeignet, das deutsche Wehrwissen und Wehrgewissen anzuregen und anzustacheln. Wir zweifeln nicht, daß sie dazu beitragen wird, im Reiche wie ganz besonders in Österreich die Überzeugung zu kräftigen, daß die deutsche Wehrhaftmachung und Wehrgeltung nur eine gesamtdeutsche Tat sein kann. Der Atlas soll daher auch unserer studierenden Jugend warm empfohlen sein.

KLAUS MEHNERT:**Eine Sowjet-Geopolitik²⁾**

Nicht von allzu vielen Büchern über die Sowjetunion läßt sich sagen, daß sie eine Lücke ausfüllen. Bei dem Buch von Niedermayer und Semjonow aber handelt es sich um den dringend notwendigen und groß angelegten Versuch einer geopolitischen Betrachtung der russischen Entwicklung. Spezialliteratur über die einzelnen Fragen ist genügend vorhanden — auf die wertvollen bibliographischen Angaben des Buches sei besonders hingewiesen —, es

1) Selbstverlag. Auslieferung durch Kurt Vowinkel Verlag, GmbH., Berlin-Grünwald. Format: 28,5: 31,5 cm, 74 S. Text mit 20 Skizzen. Preis Kart. M. 3.30, Halbleinen M. 3.70.

2) O. v. Niedermayer — J. Semjonow: Die Sowjetunion. Eine geopolitische Problemstellung. Geleitwort von Karl Haushofer. Mit 28 Kartenskizzen. Berlin-Grünwald. Kurt Vowinkel Verlag, G. m. b. H. 1934. 151 S. Kart. M. 4.50, Ln. M. 5.80.

konnte sich also nicht darum handeln, alle Gebiete erschöpfend zu behandeln. Das Buch nennt sich auch bescheiden nur eine „Problemstellung“. Dafür stößt es zu neuen Fragen vor, viele Anregung wird von ihm ausgehen und sicher wird man auch auf russischer Seite die Arbeit zu würdigen wissen. Die ausgezeichneten Kartenskizzen fördern die Einführung in die komplizierten Fragen sehr.

Das Ziel ist, auf Grund einer Darstellung der menschlichen und sachlichen Voraussetzungen den großen Zusammenhang der russischen Entwicklung zu suchen. Von der Seite des Menschen her wird das schwierige Problem der Wanderungen von den ersten Jahrhunderten russischer Geschichte bis zur jüngeren bolschewistischen Siedlungstätigkeit verfolgt. Hier sind noch nachzutragen: Die Aktivierung des Umsiedlungskomitees beim Rat der Volkskommissare durch den Erlaß vom 31. 8. 1933 und die wichtigen neuen Steuerprivilegien des Fernöstlichen und des Ostsibirischen Gebiets (Erlasse vom 11. 12. 1933 und 5. 2. 1934), welche der Siedlungstätigkeit einen neuen Anstoß geben sollen. Mit Recht wird die große Frage der Übervölkerung aufgerollt und die nach dem noch vorhandenen Siedlungsraum unter den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen überraschend negativ beantwortet. Eine ausgezeichnete Zusammenfassung findet die Nationalitätenfrage, die gewöhnlich viel zu stark mit den Augen des Westens betrachtet wird und dabei ein sehr kompliziertes und spezifisch russisches Problem darstellt, von dem für die Sowjetunion alles abhängt und dessen bis jetzt noch ungenügende Lösung die große Rolle der ukrainischen Frage im letzten Winter bewiesen hat.

Zu den sachlichen Voraussetzungen gehört vor allem die „Rayonnierung“, also die Verteilung der Produktionskräfte und die Überwindung der dem eurasischen Raum eigentümlichen, die Wirtschaft mit gewaltigen Spesen belastenden Zerstreuung seiner Bodenschätze. Worum es sich dabei handelt, wird besonders deutlich bei den Ural-Kusnetzker Kombinat, in dem Kohle und Eisen über 2000 km zueinander gebracht werden müssen, oder bei der Versorgung der getreidebedürftigen Gebiete, für die interessanterweise Stalin in seiner großen Rede vor dem Parteikongreß jetzt die Agrarisierung fordert. Das alles führt notwendig zu einer besonders eingehenden Untersuchung des Verkehrsproblems, das in seiner Gesamtheit und in der inneren Abhängigkeit von Eisenbahnwesen, Fluß- und Kanalsystem usw. behandelt und auch im Lichte militärischer Erwägungen dargestellt wird.

Die beiden Autoren, die Rußland aus langjährigem Aufenthalt genau kennen, haben in ihrem Buch der Geopolitik ein Sechstel der Erde neu erschlossen.

HANS HUMMEL: Büchertafel**Geographie**

1. **Freytags Weltatlas.** 142 S., 260 Karten. Freytag u. Berndt, Wien u. Leipzig 1933.

Der Atlas zeichnet sich gegenüber ähnlichen anderer Verlage vor allem durch die starke Rücksicht aus, die man auf Nebenkarten genommen hat. Das Format ist handlich, das Suchen wird durch ein Register von 150 Seiten erleichtert.

2. **F. Klose hrs.: Statistisch-geographisches Weltlexikon.** Lieferung 1. 48 S. Scheur, Bonn 1932. Lieferung je RM. 2.50.

In 40 Lieferungen wird das Lexikon 120 000 Nachweise über Verwaltungsbezirke, Städte, Flüsse, Gebirge usw. bringen. Für größere Stichworte sind Textbeilagen vorgesehen. Das Werk wird eine Lücke ausfüllen, die seit Jahrzehnten nicht mehr neu geschlossen wurde, und wird den Büchereien und großen Firmen ein unerlässliches Handwerkszeug darstellen.

3. **Siegfried Passarge:** Einführung in die Landschaftskunde. 100 S., 31 Abb., 4 Karten. Teubner, Leipzig u. Berlin. Kt. RM. 4.—.

4. **Siegfried Passarge:** Geographische Völkerkunde. Bd. 2: Afrika. 129 S., 14 Karten. Diesterweg, Frankfurt-M. 1933.

Von rein physikalisch-geographischen Erwägungen ausgehend, versucht P., an dem Beispiel eines Teils des Etschtales eine Landschaftskunde zu umreißen. Die bisherige landschaftsbeschreibende Methode der Geographie wird in eine neue Anordnung gebracht, dadurch aber weder dynamischer, noch reizvoller. Im Vorwort zu (3) macht P. sehr bemerkenswerte Äußerungen über seine Methodik, die er aber dann im speziellen Teil leider nicht praktisch durchführt. In seinem Afrika-Buch (4) behandelt P. in zwei langen Abschnitten die Kulturgeographie in einer Art geopolitischer Methode, ohne das Wort aber auch nur einmal zu nennen. Er spricht z. B. von Charakter- und Kulturhöhendruckgefälle, also in Ausdrücken, die er anderwärts der Geopolitik vorwirft.

5. **Handbuch der geographischen Wissenschaft.** Lieferung 37 bis 45. Akademische Verlagsges. Athenaion, Potsdam-Wildpark 1933.

Das großzügig angelegte Werk, von Prof. Dr. Klute herausgegeben und unter Mitarbeit der berufensten Geographen, schreitet immer weiter voran. Zur Besprechung liegen vor: 37. Ein Ausschnitt aus den Kapiteln über Persien und Afghanistan mit guten Karten, bunten und schwarzen Abbildungen, auf die der Verlag dankenswert große Aufmerksam-

keit richtet. Ferner 38. bis 42. Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und Griechenland aus dem Teilband Südost- und Südeuropa ebenfalls mit gründlichem, lebendig geschriebenem Text und vielen Bildern mit klarer Reproduktion. 43. bis 45. Der Teilband Nordasien, Zentral- und Ostasien wird durch sie eröffnet, bearbeitet von Bouterwek, Anger, Schultz, Wegener und Trautz, berufenen Kennern Asiens. Bouterwek gibt, mit 45. fast abschließend, ein packendes Übersichtsbild des Arbeitsfeldes. Wir wünschen dem Verlag guten Erfolg seiner Arbeit.

6. **Lamperta Martina van den Bergh van Eysinga:** Bijdrage tot de sociaal-geographische kennis der gemeente Velsen. Diss. Utrecht. 128 S., 16 Abb., 4 Karten. Utrecht 1933.

7. **Hendrik Jakob Keuning:** De Groeninger Veenkolonien. Diss. Utrecht. 367 S., 31 Karten. Paris, Amsterdam 1933.

Die holländische Geographenschule bringt ausgezeichnete Einzelarbeiten über ganz kleine Bezirke der Niederlande hervor, die in Deutschland Nachahmer finden sollten. Sauber und fleißig haben die Doktoranden alles Material zusammengetragen, dessen sie habhaft werden konnten, und haben es geordnet und erklärt.

8. **Martin Voigt:** Kafiristan. 119 S., 59 Abb., 2 Karten. Hirt, Breslau 1933. Geb. RM. 7.50.

Voigt betritt mit seiner Landeskunde völliges Neuland. In der sachlichen Methode der landschaftsbeschreibenden Geographie legt er alles Material nieder, das er auf zweimonatiger Forschungsreise durch diese entlegene Provinz Afghanistans sammeln konnte. Im Hintergrund steht immer das etwas waghalsige Abenteuer seiner Reise, das er zu bescheiden unterdrückt.

9. **Hans-Eberhard Iven:** Das Klima von Kabul. 74 S., 17 Diagr. Hirt, Breslau 1933. Kt. RM. 3.—.

I. hat die jahrelangen Beobachtungen der meteorologischen Station in Kabul ausgewertet und in den Zusammenhang mit den Ergebnissen der Nachbarstationen, besonders der NW-indischen, gestellt.

10. **Jörgen Hansen:** Der Neubau der Heimat- und Erdkunde auf nationaler Grundlage. 80 S. Diesterweg, Frankfurt-M. 1933. Kt. RM. 1.80.

11. **Wilhelm Volz:** Die nationalen Aufgaben der Geographie. In: Mitt. d. Vereins d. Geogr. a. d. Univ. Leipzig, H. 13. 11 S. Leipzig 1934. Br. RM. 1.50.

H.s. Vorschläge, mutig vor dem Januar 1933 niedergeschrieben, sind im Laufe des letzten Jahres bereits zum Teil Wirklichkeit geworden. Die Heimatkunde ist in den Vordergrund gerückt worden, also die Erkenntnis der Landschaft aus eigener Anschauung heraus, weiter hat man auch der Geopolitik langsam den Platz eingeräumt, der ihr im neuen Staate gehören muß. V. (11) spricht dann in einem Vortrag deutlich aus, daß die deutschen Geographen zu der Forschung im deutschen Raum zurückkehren müssen, da hier ihre nationalen Aufgaben liegen, er rückt bereits erheblich vom Gedanken unbedingter wissenschaftlicher Objektivität ab und verlangt die Geographie im Dienste des Vaterlandes.

Europa um Deutschland

1. Johan Huizinga: Die Mittelstellung der Niederlande zwischen West- und Mitteleuropa. Grundr. d. Intern. Pol., H. 5. 21 S. Teubner, Leipzig u. Berlin 1933. Br. RM. 1.—.

H. verfolgt in einem kurzen Vortrag die Mittelstellung der Niederlande im europäischen Raum durch die Jahrhunderte. Sehr frühzeitig nutzten die Niederlande ihre Mittelstellung aus und wurden zu Mittlern in Wirtschaft und Verkehr, oft auch in der Politik. H. unterstreicht natürlich die westeuropäischen Züge Hollands, um dadurch den Beweis des eigenen niederländischen Staatsgedankens zu führen.

2. Hans Rohde: Französische „Geschichtsauffassung“ und Propaganda in der Abrüstungsfrage. 122 S., 57 Skizzen. Berliner Börsenzeitung, Berlin 1934.

Der bekannte Militärschriftsteller R. faßt in diesem neuen Buch mit leicht lesbarem Stil und vortrefflich unterstützenden Diagrammen alle Lügen der Welt über die deutschen Rüstungen und die deutsche Kriegsschuld zusammen. Mit Zahlen und Karten leugnet er die „friedfertigen“ Absichten unseres westlichen Nachbarn.

3. Hermann Savelkoul: Das englische Kabinettsystem. 436 S. Beck, München 1934.

S. bringt in einer eingehenden, auf allem zur Verfügung stehenden Material fußenden historischen Studie Licht in das verwickelteste Regierungssystem der Welt. Klar trennt er germanische Führungsprinzipien von dem Beiwerk französischer Gleichmacherei. Englisches Verfassungsrecht in kontinentalem Sinn gibt es überhaupt nicht, da Tradition und ungeschriebenes Gesetz erst das Gefüge des englischen Systems schufen. Das ausführliche Werk ist der wichtigste neuere Beitrag zur englischen Kulturgeschichte und Volkspsychologie.

4. Emil Wehrle: Die neuere Wirtschafts- und Sozialpolitik Spaniens bis zum politischen Umschwung. 72 S. Aschendorff, Münster 1932. Kt. RM. 2.50, Ln. RM. 3.25.

W. gibt anfangs eine interessante wirtschaftspsychologische Studie, dann einen Abriss der Wirtschaftsgeographie Spaniens. Seine Hauptabschnitte behandeln den Nacionalismo económico, die protektionistischen Pläne und Gesetze Spaniens, dann ausführlich die Entwicklung von Agrarwesen, Industrie, Arbeiterfrage und Sozialpolitik. Im ganzen ein klares, wichtiges Buch.

5. Herbert von Beckerath: Spanien seit der Revolution. Grundr. d. Intern. Pol., H. 4, 24 S. Teubner, Leipzig und Berlin 1933. Kt. RM. 1.—.

B. gibt in einem Vortrag einen kurzen Geschichtsabriss der spanischen Republik. Noch vor der deutschen nationalen Revolution wurde der Vortrag in der Hochschule für Politik gehalten, so daß er sich auf den Bahnen unserer liberalen Staatsführung von damals bewegt, die sich allein durch das Wörtchen Republik zu solchen Beifallsstürmen hinreißen ließen, daß sie die neue französische Einstellung Spaniens einfach übersahen. Das letzte Jahr hat gezeigt, wie herrlich es in der Republik Spanien aussieht, die alles das wiederholt, was wir Gott sei Dank hinter uns haben.

6. Maximilian Claar: Italien. Weltpolitische Bücherei, Bd. 29, 104 S., 13 Karten. Zentralverlag, Berlin 1933. Br. RM. 6.—.

In der üblichen, knappen Form der weltpolitischen Reihe schreibt C. über Italien einen Band den man in der Reihe schon lange vermißt. Er unterscheidet sich nicht wesentlich von den hier schon oft gelobten Geschwistern. Jedoch merkt man dem Autor aus jedem Satz eine gute Kenntnis Italiens an.

7. Louise Diehl: Die Frau im faschistischen Italien. 168 S., 50 Abb. Hobbing, Berlin 1933. Ln. RM. 6.—.

Eigentlich ein Bilderbuch, und zwar ein gutes. Selten hat man in Deutschland so gute Aufnahmen modernen italienischen Lebens gesehen, alle Frauentypen und Frauenbeschäftigungen werden durch ein Bild dokumentiert. Über den Text ist nicht viel zu sagen.

8. Elemer Hantos: Denkschrift über die Wirtschaftskrise in den Donaustaaten. 26 S. Mitteleuropa-Institut, Wien 1933.

Der gelehrte, verschlagene Politiker und Großgrundbesitzer H., dessen Stellung nie so ganz klar wird, hat auf wenigen Seiten seine Meinung über die Wirtschaftskrise im Südosten gesagt. Wer die Schrift aufmerksam

liest, wird sehr viel über ungarische Politik lernen können.

9. **Statistisches Handbuch** für die Republik Österreich. 235 S. Österr. Staatsdruckerei, Wien 1933. Kt. RM. 5.—.

Wieder kommt das Buch der Zahlen und Prozente, das nüchtern Rechenschaft ablegt über ein Jahr wirtschaftlicher und politischer Entwicklung unseres Bruderlandes. Wie mag das nächste aussehen, das die Tatsachen über das vergangene Jahr wird vorzeigen müssen?

10. **Gothard Tazher**: Die oberösterreichische Seenlandschaft. Wirtschaftsgeographie, H. 2, 91 S., 6 Karten. Österreich. Wirtschaftsverl., Wien 1933.

Nach kurzem Überblick über die landschaftliche Gestaltung des Beobachtungsgebietes befaßt sich T. mit der Naturausstattung der einzelnen Wirtschaftsbezirke. Genaue Zahlenangaben stützen die Schlußfolgerungen.

11. **Ungarisches Wirtschaftsjahrbuch 1933**. 432 S. Piorkowski, Berlin 1933. Kt. RM. 15.—.

Geheimrat und Minister Gustav Gratz hat dieses Jahrbuch herausgegeben. Von den bekanntesten ungarischen Wirtschaftsautoren sind Aufsätze über die aktuelle Krise, Lage der einzelnen Industrien und die Zukunftsaussichten gesammelt. Da fast alle Autoren höhere Beamte sind, ist das Jahrbuch offiziös, was besonders auf den handelspolitischen Teil angewandt werden kann. Prognosen werden nicht viele gestellt.

12. **Carte de la Macédoine**. 44 S., 1 Karte im Maßstab 1:300 000, 10 kleinere. Sofia 1933.

Das mazedonische wissenschaftliche Institut in Sofia, das diese Karte von D. Iaranoft herausgibt, nennt sie: Mazedonien in seinen geographischen Grenzen und stellt dadurch auch einen politischen Anspruch. Die Karte selbst ist außerordentlich sauber und die erste dieses Maßstabes für den südlichen Balkan.

13. **Erich Maschke**: Polen und die Berufung des Deutschen-Ordens nach Preußen. Ostland-Forsch., H. 4, 84 S. Danziger Verlagsgesellschaft, Danzig 1934.

M. gibt eine mit 20 Seiten Anmerkungen belegte geschichtliche Studie über die Entstehung des Ordensstaates, die im Rahmen des wissenschaftlichen Feldzuges des Danziger Ostlandinstitutes gegen polnische Geschichtsklitterer erscheint. Seine Arbeit ist hieb- und stichfest.

14. **Moeller van den Bruck**: Rechenschaft über Rußland. 203 S. Der Nahe Osten, Berlin 1933. Br. RM. 2.—, Ln. RM. 2.70.

Hans Schwarz sammelte in diesem Buch alle Aufsätze Moeller van den Brucks über

Rußland, seine Kultur, seine Politik. Die Forderung organischer Ostpolitik berührt sich bei Moeller mit Dostojewski. M. schreibt in seiner temperamentvollen Art kluge Worte über die Fehlleistungen russischer Vorkriegspolitik.

15. **Harald Laeuen**: Östliche Agrarrevolution und Bauernpolitik. 180 S. Korn, Breslau 1934. Kt. RM. 3.—, Ln. RM. 4.—.

L. führt die umwälzenden Ereignisse in der Agrarpolitik Osteuropas einzeln an, um aus ihnen Folgerungen für eine gemeinsame Agrarreform Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn im Sinne des deutschen Nationalsozialismus zu ziehen. Das Buch begibt sich mutig auf den gefährlichsten Boden osteuropäischer Politik.

Deutschtum an der Grenze und im Ausland

1. **Das Buch der deutschen Kolonien**. Hsg. v. A. Mayer. Gr-8°, 352 S., 172 Abb. Potsdam/Leipzig 1933, Verlag Volk und Heimat. Ln. RM. 4.80.

Ein Sammelwerk aus Darstellung, Bericht und Erzählung, lebendig zusammengestellt, wirkungsvoll, wenn auch teilweise etwas sentimental illustriert. Eine gute, auf Massenerwirkung berechnete Verkörperung jener echt deutschen Sehnsucht zur Sonne, zum Abenteuer und zur Pionierleistung, die als Einzelschicksal und zur Erziehung eines jungen Nachwuchses erstrebenswert, als Stoßrichtung unseres Volkes aber geopolitisch falsch ist.

2. **Grenz- und Auslandsdeutschtum**. Ein beratendes Bücherverzeichnis. In Verbindung mit ... hsg. vom Institut für Leser- und Schrifttumskunde. 8°, 47 S. Leipzig 1934, Institut f. Leser- und Schrifttumskunde. Br. RM. 0.90.

Diese sachliche Zusammenstellung gibt Gelegenheit, auf die stille, aber wertvolle Forschungs- und Wertungsarbeit hinzuweisen, die vom Institut für Leser- und Schrifttumskunde geleistet wird. An dieser kleinen Schrift zwei Ausstände: die angegebenen Preise stimmen teilweise nicht, und dann: ein Hinweis auf die vornehmlich im Sinne des Grenz- und Auslandsdeutschtums wirkenden Zeitschriften wäre erwünscht.

3. **Hans Steinacher**: Volkstum jenseits der Grenze / Staat und Volk, Staatsbürger und Volksgenosse. 3. Heft der Reihe: Wir in unserer Zeit. 8°, 32 Seiten, 6 Kartenskizzen, 1 graphische Darstellung. Stuttgart 1934. Kart. RM. 0.80.

Das kleine Heft des VdA.-Leiters will natürlich nur ein erster, roher Überblick über das Problem des Deutschtums im Ausland sein: er ist klar und gelungen. Die angefügte

Übersicht über das Schrifttum bedarf einer Durchsicht und Ergänzung bei der zweiten Auflage.

4. **Richard Bahr:** Volk jenseits der Grenzen / Geschichte und Problematik der deutschen Minderheiten. 80, 462 S. Hamburg 1933, Hanseatische Verlagsanstalt. Kt. RM. 8.—. Ln. RM. 9.50.

Dies letzte Bekenntnisbuch eines begeisterten Streikers für das auslandsdeutsche Volkstum verleugnet seine Herkunft nicht: die vom Journalismus. Nicht im Guten, — wir kennen keine Gesamtdarstellung des Problems von so großem Wurf im Gesamten, solch erlebter und lebendiger Fülle in der Einzeldarstellung. Aber auch nicht im Nachteiligen, — im Mangel an Exaktheit, an Zurückschneiden des Tatsachenbestandes auf die sachlich-scharfe Linie. Doch werden diese Ausstellungen verdeckt durch den mitreißenden Schwung des persönlichen Bekenntnisses. Eins allerdings wird der Geopolitiker nicht verschmerzen: daß nirgends eine Karte oder eine Skizze versucht, neben der wortgemäßen auch die räumliche Anschauung zu geben.

5. **Franz Thierfelder:** Die wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums. (Wirtschaftlich-soziale Weltfragen, Heft 1.) 80, 36 S. Stuttgart 1934, F. Enke. Br. RM. 1.20.

Man möchte diesem kleinen Heft eine Massenverbreitung bei unseren Wirtschaftsführern wünschen, wenn sie sich den Kopf über neue Exportmöglichkeiten zerbrechen, und bei unseren Außen- und Kulturpolitikern. In ganz knapper Form werden hier nicht nur einleuchtende Tatsachen gegeben, sondern schon ein Hinweis darauf, welche Möglichkeiten wirtschaftlicher und wirtschaftspoliti-

scher Art mit jener Unzahl von Außenposten gegeben sind, die sich in Gestalt von deutschen Siedlungen draußen befinden, — Außenposten, an deren planmäßige Aktivierung noch nie ernsthaft herangegangen wurde.

6. **Kurt Trampler:** Not und Aufbau der bayerischen Ostmark / Schicksal eines deutschen Grenzlandes. Folio, 104 S. mit 190 Bildern und Kartenskizzen. München 1934, Bayerland-Verlag. Kart. RM. 2.50.

Die wirklich schöne und packende, stark geopolitisch gesehene Monographie eines unserer vernachlässigsten, daher aber auch unberührtesten Grenzgebiete. Und eines unserer gefährdetsten: erst 1918 wurde es im eigentlichen Sinne Grenzgebiet, ist in keiner Weise als solches organisiert und hat doch die Abwehraufgabe an der schmalsten Stelle des deutschen Volksbodens. Nur rund 300 km trennen Franzosen und Tschechen. In diesem großen Rahmen sieht T. das Problem der Bayerischen Ostmark, — des Oberpfälzer-, des Bayerischen- und Böhmer-Waldes mithin. Seine Stärke ist die Unterbauung des Textes mit Karten und Bildern, deren Auswahl vortrefflich ist. Ein Heft, das sich vor allem für geopolitische Schulung eignet.

7. **Fritz Dörrenhaus:** Das deutsche Land an der Etsch / eine geographische Landeskunde. Gr.-80, 184 S., 32 S. mit 113 Abb., 15 Kartenskizzen. Innsbruck 1933, Verlagsanstalt Tyrolia. Kart. RM. 6.60, Ln. RM. 8.40.

Eine klare, nicht rein wissenschaftliche, aber voll wertvollen Materials steckende Landeskunde, die über das Geographische hinaus ins Soziale und Wirtschaftliche greift. Dank vieler guter Abbildungen und einer lebendigen Darstellung gibt sie auch dem Laien ein Bild des schönen deutschen Landes.

Wir weisen hin auf den beiliegenden Prospekt des Verlages M. Ehlermann über die geopolitischen Geschichtsatlantanten unseres Mitarbeiters A. H. Ziegfeld — Kartenwerke, deren Bedeutung gerade für diese Zeit feststeht.

RUDOLF ZU DER LUTH

Wehrwissenschaftlicher Atlas

Format 28,5 × 31,5 cm. 74 Seiten Text mit 20 Skizzen

Kartoniert M 3.30 • Halbleinen M 3.70

Wehrwissenschaft ist ein wesentlicher Bestandteil der Lehre vom Staat. Ihr gehören alle Wissenszweige an, die Vorbereitung und Durchführung der Landesverteidigung erleichtern und sichern. Mehr noch: wehrwissenschaftliches Verständnis, ein gewisses Allgemeinwissen, sind überhaupt Voraussetzung für die Wehrhaftigkeit eines Volkes. Deshalb der starke Zwang zu wehrwissenschaftlicher Schulung in allen Teilen unseres, aber auch der anderen Völker Europas. Hierfür gilt es Handwerkszeug bereitzustellen. Tatsachen, die der Wehrwissenschaft zugrunde liegen, setzen eines voraus: sie müssen sichtbar dargestellt und betrachtet werden können. Daher ist gerade hier das Kartenbild so wesentlich. Aber es fehlte bisher für wehrwissenschaftliche Zwecke der eigens gezeichnete, für die Allgemeinverbreitung entsprechend billige Atlas. Er liegt in einer Schöpfung des Generalmajors R. zu der Luth, geboren aus der wehrwissenschaftlichen Schulung, jetzt vor, — 20 großformatige, geopolitisch gesehene Karten mit dem zur Auswertung notwendigen Text. Es ist ein wehrwissenschaftlicher Elementarkurs mit allen Hilfsmitteln, der hier geboten wird.

Auslieferung, außer für Österreich, durch

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

BERLIN-GRUNEWALD

DEUTSCHE GEOPOLITIK

Ein Bücherverzeichnis in Auswahl

DIE GRUNDBÜCHER

- RUUDOLF KJELLEN:** Der Staat als Lebensform. 8°, 228 Seiten Leinen 4.—
FRIEDRICH BURGDÖRFER: Volk ohne Jugend / Geburtsschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. II. Auflage. 8°, 500 Seiten mit 30 graph. Darstellungen. Kartiert 5.50, Leinen 7.50
(O. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik)
KARL HAUSHOFER: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. 8°, 352 Seiten mit 32 Karten Leinen 8.—
— Geopolitik des Pazifischen Ozeans. Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte. 8°, 478 Seiten mit 17 Karten z. Z. vergriffen, Neuauflage in Vorbereitung
BAUSTEINE ZUR GEOPOLITIK. Herausgegeben von K. Haushofer, E. Obst, H. Lautensach, O. Maull. 8°, 350 Seiten mit 20 Karten Gebunden 4.—
JAMES FAIRGRIEVE: Geographie und Weltmacht. Eine Einführung in die Geopolitik. Mit einer Einführung von Karl Haushofer. 8°, 427 Seiten mit 67 Karten Leinen 6.—

DIE BEIHEFTE

ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

(Wissenschaftliche Behandlung von Einzelfragen)

1. F. HESSE: Die Mossulfrage. 1925. 68 S., 4 Karten 2.80
2. M. LANGHANS-RATZBURG: Begriff und Aufgaben der geographischen Rechtswissenschaft (Geopurspruden.). 1928. 78 S., 5 Karten 3.20
3. A. HOBELSBERGER: Europa im Abstieg. Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913. 1928. 70 S., 2 Karten, 13 farbige Tafeln. 4.—
4. H. L. C. GATTINEAU: Verstädterung und Arbeiterherrschaft. Ergebnisse einer kritischen Betrachtung der australischen Verhältnisse. Mit Vorworten von A. Frowein und K. Haushofer. 1929. 246 S., 8 graph. Darstellungen. Kartiert 6.80, Leinen 7.60
5. H. HARMSEN u. K. C. VON LOESCH: Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. 1929. 92 S., 4 Abbildungen 3.—
6. E. KOCH-WESER: Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919 bis 1929. 1930. 148 S. Kartiert 2.—, Leinen 3.20
7. I. SEYFULLAH: Italien im östlichen Mittelmeer. Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln. 1930. 92 S., 14 Karten und Skizzen 3.20
8. JOSEPH COHN: England und Palästina. Ein Beitrag zur englischen Empire-Politik. 1931. 328 S. Kartiert 5.50, Leinen 6.80
9. FR. BURGDÖRFER: Volk ohne Jugend. Geburtsschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. 1932. 448 S., 28 Karten. Kartiert 7.80, Leinen 9.50
10. J. F. GELLERT: Die politisch-geographische Entwicklung und Struktur Bulgariens. 1933. 45 Seiten, 6 Kartenskizzen 2.60
11. J. MARZ: Die Adriafrage. Geleitet von Karl Haushofer. 1933. 8°, 352 Seiten, 4 Kartenskizzen Kartiert 6.80, Leinen 7.50
12. K. PINTSCHOVICUS: Das Problem des sozialen Raumes Kartiert 7.50, Leinen 8.80

SCHRIFTEN ZUR GEOPOLITIK

(Billige Ausgaben für Schule und Schulung)

1. JOHANN THIES: Geopolitik in der Volksschule. Eine methodische Einführung zur nationalpolitischen Erziehung der deutschen Jugend. 40 Seiten, 6 Karten 1.50
2. ALBRECHT HAUSHOFER: Zur Problematik des Raumbegriffs. 16 Seiten 60
3. KARL HAUSHOFER: Rückblick und Vorschau auf das geopolitische Kartenwesen. 16 Seiten, 18 Karten 60
4. O. VON NIEDERMAYER: Wehrgeographische Betrachtung der Sowjetunion. 12 Seiten, 2 Karten 60
5. HERMANN JAHREISS: Europa — Germanische Gründung aus dem Ostseeraum. 28 Seiten, 1 Karte 90
6. WILHELM VOLZ: Industrie in den Osten! Die deutsche Wirtschaftsstruktur und das Problem der Ostseesiedlung. 18 Seiten, mehrere graph. Darstellungen 90
7. O. VON NIEDERMAYER — J. SEMJONOW: Die Sowjetunion — Eine geopolitische Problemstellung. — Geleitet von Karl Haushofer. 152 Seiten, 28 Kartenskizzen Kartiert 4.50, Leinen 5.80
8. KARL HAUSHOFER — KURT TRAMPLER: Um Volksboden und Grenze. 70 Seiten. 18 Kartenskizzen und eine dreifarbige Karte des deutschen Volksbodens von A. H. Ziegfeld Kartiert 2.—

Verlangen Sie Prospekt oder Vorlage zur Ansicht

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.